grundrisse

zeitschrift für linke theorie & debatte
frühjahr_2004 preis_euro_4.80

perspektiven der gesellschaftlichen transformation - zu wallerstein

arbeiterInnenbewegung und globalisierung seit 1870

soziale bewegungen in österreich: die autonomen

der begriff der arbeit in den schriften von karl marx

warenform, rechtsform, staatsform. zu paschukanis

außerdem: bericht vom wsf in mumbai, buchbesprechungen, 3 fabeln von don durito



Inhaltsverzeichnis

Die offenen Redaktionstreffen der grundrisse finden jeden 2. und 4. Montag im Monat um 19 Uhr statt. Interessierte LeserInnen sind herzlich eingeladen. Unser „Hauptquartier“ befindet sich bis auf Widerruf in der Martinstraße 46, 1180 Wien. Weitere Infos unter: **www.grundrisse.net** und unter **grundrisse@gmx.net**

Ein Abo kostet für 4 Nummern Euro 18,-. Bestellungen bitte entweder an **grundrisse@gmx.net** oder an K. Reitter, Antonigasse 100/8, A - 1180 Wien
Bankverbindung: Österreich: (K. Reitter), BAWAG Konto Nr. 03010 324 172, Bankleitzahl 14000.
Seit 1. 7. 03 kann aus allen Ländern mit EU Währung spesenfrei auf unser Konto überwiesen werden.
Anzugeben sind: Betrag in Euro, BIC = BAWAATWW,
IBAN = AT641400003010324172, Empfänger = K. Reitter und der Zahlungszweck, z.B. Abo ab Nr. ... für (Name und Adresse)

Impressum: Medieninhaberin: Partei “grundrisse” Antonigasse 100/8, 1180 Wien
Herausgeberin: Redaktion “grundrisse” (Wolfgang Bacher, Martin Birkner, Bernhard Dorfer, Robert Foltin, Marcus Gassner, Franz Naetar, Karl Reitter, Klaus Zoister),
MitarbeiterInnen dieser Nummer: Clemens Berger, Linda Bilda, Ingo Elbe, Horst Müller, Thieß Petersen, Annette Wehrmann, Michael Zakel-Reip, - Graphikkonzept: Harald Mahrer
Erscheinungsort: Wien; Herstellerin: Telekopie, Westbahnstraße 18, 1070 Wien
Offenlegung: Die Partei „grundrisse“ ist zu 100% Eigentümerin der Zeitschrift grundrisse. Grundlegende Richtung: Förderung gesellschaftskritischer Diskussionen und Debatten.

Editorial: Gruß, Dank, Bericht

Liebe LeserInnen,

richtig erkannt, die **grundrisse** haben ein neues Umschlagslayout. Zwei Jahrgänge Personenkult und Bleiwüste sind genug! Dank Harry schreiten wir nun in eleganter Aufmachung munter zu neuen Taten. Die Ausweisung der Artikel bereits am Umschlag soll die Orientierung erleichtern, da es in der Vergangenheit nicht selten ratlose Gesichter gab ob der forschen Zitate, die obendrein - wie in der letzten Nummer - oft gar keine inhaltliche Entsprechung im Heft fanden. Ab sofort weiß mensch (fast) auf den ersten Blick, was sie im Inneren erwartet ... und entschließt sich möglicherweise sogleich zu einem Abonnement. So, genug der Zaunpfähle, kurzer Bericht:

Während Karl sich wochenlang in Indien erholte - sein Bericht vom **World Social Forum** in Mumbai beweist, dass dies keineswegs eine Auszeit vom Klassenkampf bedeutete - waren die in eisiger Kälte Zurückgebliebenen jedenfalls keineswegs untätig. Neben der „normalen" Redaktionstätigkeit veranstalteten wir gemeinsam mit der HochschülerInnenschaft an der Wiener Akademie der Bildenden Künste eine gut besuchte Diskussion zu „Sozialforen und radikaler Emanzipation", in der aus verschiedensten, meist kritischen Blickwinkeln über die emanzipativen Potentiale des Sozialforenprozesses berichtet wurde. Vor allem die Riesenhaftigkeit und die große Häufigkeit der Sozialforen wurden kritisiert, aber auch die Unterbelichtung des antirassistischen Kampfes nicht zuletzt als Folge der hohen „FunktionärInnendichte". Das Problem, dass VertreterInnen von finanzstarken Großorganisationen ungleich mehr Einflussmöglichkeiten haben als BasisaktivistInnen, und dass sich diese Asymmetrie demokratiepolitisch ungünstig auf den Sozialforumsprozess auswirkt, wird sich wohl weder schnell lösen, noch sollte es Menschen vom aktiven und kritischen, ja radikalen Mitmachen abhalten. In Karl Reitters Bericht vom WSF findet sich - wenig überraschend - diese Problematik dann auch wieder.

Auch das beinahe schon traditionelle **grundrisse**-Galadiner zur hochwertigen Befüllung von Mägen und Kassen im Jänner war wieder ein voller Erfolg und hat uns (und somit indirekt auch euch) mehr als 300 Euro Einnahmen beschert. An dieser Stelle noch einmal ein dreifaches Hoch auf Wolfgang, Koch aller Köche.

Außerdem beteiligten sich die **grundrisse** auch in den letzten Monaten aktiv an verschiedenen politischen Projekten, nicht zuletzt an der Wiener Stadtwiederaneignungsinitiative F13. Vor einigen Jahren begann F13 als politisch motivierte Schwarzfahrkampagne. Initiiert durch die Obdachlosenzeitung „Augustin", sollte an jedem Freitag den 13. auf die Situation von Obdachlosen aufmerksam gemacht werden; gefordert wurde Freifahrt für diese auf allen öffentlichen Verkehrsmitteln. „Dank" der uneinsichtigen Wiener Stadtregierung ist dieser Aspekt nach wie vor aktuell, F13 hat sich jedoch mittlerweile zu einem äußerst mannigfaltigen Aktionstag entwickelt, an dem diesmal rund 10 verschiedene Aktionen stattfanden: Von einer Demonstration über Straßentheater, alternative Fahrscheinkontrollen und Volxküchen bis hin eben zum grundrisse-F13-Beitrag, einer Veranstaltung zur Frage des garantierten Grundeinkommens, abgehalten in einer Straßenbahn der Linie 5, selbstverständlich fahrscheinfrei. Bei der anschließenden Diskussion blieben wir zwar eher unter uns, immerhin wurden wir aber nicht angepöbelt und unsere Flugblätter interessiert gelesen.

Und nun zur Zukunft: Thematisch planen wir für die nächste Zeit, uns - wie überraschend - der Frage nach dem Kommunismus zu widmen, näher: der Auseinandersetzung um das Verhältnis von sozialen Kämpfen und Utopie oder jenes um Aneignung und gemeinsamen Gebrauch. Auch das Männerproblem sollte einer entsprechenden Behandlung zugeführt werden ...

Bleibt noch, auf zwei **Veranstaltungen** hinzuweisen, die uns ganz besonders am Herzen liegen, und zu denen wir drei Gäste aus dem näher bzw. weiter entfernten Ausland (und hoffentlich auch euch) begrüßen dürfen, nämlich John Holloway aus Mexiko sowie Lars Stubbe und Ingo Elbe aus Deutschland. Am Montag, dem **15. März 2004** findet im Institut für Wissenschaft und Kunst in der Berggasse 17, 1090 Wien, eine Arbeitstagung unter dem Motto **„Die Welt verändern, ohne die Macht zu ergreifen"** statt.

17:00 Begrüßung

17:15 Prof. Dr. John Holloway (Mexiko City) „Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen" , anschließend Diskussion

18:30 Lars Stubbe (Hamburg) „Peripherer Widerstand? Herausforderungen durch die neuen Bewegungen in Lateinamerika“, anschließend Diskussion

19:45 Dr. Karl Reitter (Wien) Binärer Antagonismus - Einheit des Wir? anschließend Diskussion

Tags darauf wird es in unserem Hauptqartier in der Martinstraße 46 in 1180 Wien die Möglichkeit geben, im kleinen Rahmen mit John Holloway und Lars Stubbe zu diskutieren. Bei Interesse bitte um eine e-mail an grundrisse@gmx.net.

Ingo Elbe von der Roten-Ruhr-Uni Bochum wird uns Mitte April besuchen und über „Umwälzungsmomente der alten Gesellschaft. Revolutionstheorie und ihre Kritik bei Marx“ referieren. Nähere Informationen zu dieser Veranstaltung folgen in Kürze auf unserer Homepage **www.grundrisse.net** und via e-mail. Bleibt nur noch, euch eine spannende Lektüre zu wünschen sowie last not least dankbar auf die grafische Gestaltung dieser Nummer durch Annette Wehrmann und Linda Bilda hinzuweisen.

Die Redaktion

Erratum: Wir möchten uns an dieser Stelle für den Fehler entschuldigen, der uns beim Abdruck des Artikels „Glanz und Elend der kritischen Theorie“ von Meinhard Creydt in der Nummer 8 der grundrisse unterlaufen ist: Auf S. 35 heißt es: „Adorno aber kann anderes Falsches so blockieren und lähmen, zersplittern und verwirren, daß...“ Dieser Satz macht nicht nur keinen Sinn, sondern verkehrt auch die inhaltliche Intention ins Gegenteil. In der vom Autor übermittelten Datei heißt es: ‚Falsches’ (sensu Adorno) aber kann anderes Falsches so blockieren und lähmen, zersplittern und verwirren, daß aus dieser besonderen Gemengelage heraus wünschenswerte Impulse mehr Entfaltungsraum erlangen als in der herrschenden Normalform üblich.“

The World Social Forum is not an organisation, not a united front platform, but „...an open meeting place for reflective thinking, democratic debate of ideas, formulation of proposals, free exchange of experiences and inter-linkingfor effective action, by groups and movements of civil society that are opposed to neo- liberalism and to domination of the world by capital and any form of imperialism, and are committed to building a society centred on the human person“. (From the WSF Charter of Principles).

Bericht vom „World Social Forum“ in Mumbai, Indien

Vom 16. bis zum 21. Jänner 2004 fand das 4. Welt Sozial Forum in Mumbai (Indien) statt. Die Beteiligung war in jeder Hinsicht enorm. An die hunderttausend Menschen waren als TeilnehmerInnen registriert und über 800 Veranstaltungen wollten besucht werden, organisiert von über 200 Organisationen und Gruppen. Quantitativ war das Sozialforum in einer der politisch rechtesten und teuersten Städte Indiens zweifellos ein Erfolg, aber wie ist dieses Ereignis qualitativ einzuschätzen? Welche Maßstäbe für Erfolg bzw. Scheitern können sinnvoll entwickelt werden, welche Perspektiven für die Zukunft der Sozialforenbewegung ergeben sich nach Mumbai - immerhin ist der Ort für das fünfte, nächste Weltsozialforum bereits fixiert: es soll wieder in Porto Alegre stattfinden. Aus meinen Erfahrungen und Gesprächen in Mumbai habe ich den Schluss gezogen, dass sich kein einheitlicher Charakter des Weltsozialforums feststellen lässt. Der in Peru lehrende Autor und WSF Organisator Teivo Teivainen hat zwei wesentliche Konzeptionen der Sozialforen in seinem Artikel: „The World Social Forum: Arena Or Actor?“[1] gegenübergestellt. Sollen und können die Sozialforen politisch agierende Organisationen gegen die neoliberale Globalisierung darstellen, oder können sie primär nur Orte der Begegnung, des Dialogs und der Artikulation sein? Beide Konzeptionen wurden in Mumbai praktisch umgesetzt oder besser, umzusetzen versucht, wobei die Organisatoren das WSF eher als politischen Akteur verstanden, viele der beteiligten Organisationen mehr dazu tendierten, das WSF als Bühne und Forum zu verstehen.

Das WSF als politischer Akteur

Als Bewegung, die sich nicht nur in einer Anti-Haltung gegen die neoliberale Globalisierung wen-

det, sondern zugleich die Konturen einer neuen Gesellschaft anstrebt („Eine andere Welt ist möglich"), zeichnet sich das WSF durch eine Besonderheit aus, die der sogenannten Antiglobalisierungsbewegung insgesamt eigentümlich ist: Sie ist nicht repräsentierbar. Es existieren keine Personen oder Gruppen, die für sich reklamieren können, die Sozialforenbewegung zu repräsentieren und daher als informelle Leitung zu fungieren. Es existieren zwar international vernetzte Seilschaften, die die Sozialforen organisieren, Themen vorgeben und Einladungen aussprechen, aber diese hinter den Kulissen arbeitenden Personen können schwerlich behaupten, die Führung und Leitung der Bewegung darzustellen. Beschlussfassungen sind „so opaque that it was nearly impossible to figure out how decisions were made".[2] Da diese Entscheidungen jedoch einen hohen formalen Charakter aufweisen und selbst die ausgewählten Themen und geplanten Foren einen bloßen Rahmen bilden, resultiert daraus eigentlich kein besonderes Problem. Personen wie Noam Chomsky, Naomi Klein und Arundhati Roy[3] werden öffentlich zwar mit dem Sozialforumsprozess identifiziert, können jedoch nicht als FührerInnenfiguren aufgebaut werden, wie etwa Rudi Dutschke in der westdeutschen 68er Bewegung. Wer, wie und mit welchen Inhalten auf dem WSF agierte entzog und entzieht sich selbstverständlich der Kontrolle der Organisatoren. Daher ging auch die Kritik von „Mumbai Resistance" völlig ins Leere. Bei dieser Plattform handelte es sich um eine Verbindung traditional antiimperialistischer sowie leninistisch-stalinistischer Gruppen[4], die sich teilweise dazu verstiegen, das WSF als imperialistische Agentur innerhalb der „Bewegung" zu bezeichnen. Auf dem WSF selbst wurde freilich nicht so heiß gegessen wie gekocht wurde. „Mumbai Resistance" stellte sich vor Ort auch recht zahm und mehr als Ergänzung denn als Alternative zum Gesamtprozess des WSF dar, und ihre Veranstaltungen waren letztlich einige unter hunderten, auf denen Gruppen ihren Ideologiekoffer öffneten und uralte Ladenhüter als Ausdruck von Klarheit und Konsequenz anpriesen. Von wirklicher Konfrontation war nicht viel zu spüren. Ich erlaube mir, die Kritik von „Mumbai Resistance" am WSF oder besser dessen Ablehnung schlicht auf die völlig unterschiedlichen Organisationsstrukturen zurückzuführen. Wer, wie Jose Maria Simson, philippinischer Maoist und graue Eminenz von „Mumbai Resistance", sein politisches Leben in straff organisierten, hierarchischen und quasi militärischen Strukturen verbacht hat, muss nicht organisierte und nicht kontrollierbare Massen als Bedrohung oder zumindest als Mangel empfinden. Tatsächlich wurde in den Texten und Stellungnahmen der „wahren" AntiimperialistInnen den WSF-OrganisatorInnen eine Durchgriffsmöglichkeit und eine Manipulationsmöglichkeit bezüglich des Sozialforumsprozesses unterstellt, die so keinesfalls gegeben waren.

Aber nicht nur Parteiführern und Kommandanten militärischer Gruppen bereitete die Nicht-Repräsentierbarkeit des WSF große Probleme, auch die Gilde der JournalistInnen wusste nicht recht, worüber sie eigentlich schreiben, im Klartext, wen sie eigentlich interviewen sollten. Daher konzentrierten sich die Artikel über das WSF fast ausschließlich auf bestimmte, für Indien besonders relevante Veranstaltungen; so berichtete „The Hindu" ausführlich über die Rede von Yasin Malik, Führer - und in diesem Falle ist der Ausdruck höchst zutreffend - der „Jammu and Kashmir Liberation Front", der die vertriebenen Hindus zur Rückkehr nach Kaschmir aufforderte[5]. Ein weiteres Beispiel einer höchst selektiven Berichterstattung war die teilweise verzerrte Wiedergabe der Rede von Arundhati Roy, die angeblich zum bewaffneten Kampf gegen die US-Invasion im Irak aufforderte. Griffige und knallige Formulierungen lassen sich auf dem Nachrichtenmarkt allemal besser verkaufen als unspektakuläre Berichte. Wenn also das WSF als Akteur begriffen werden kann, so nur indirekt: Indem dieses Phänomen existiert, wirkt es.

Das WSF als Arena

Das WSF war vielen vorrangig Plattform und Bühne für ihre Anliegen und ihre politische Arbeit. Ununterbrochen zogen Gruppen, trommelnd, singend und Parolen rufend über das WSF-Gelände. Aber das WSF als Arena zu begreifen, konnte sehr vieles bedeuten. Ich will meine Sympathien für jene Gruppen nicht verschweigen, die auf dem WSF einen Ort fanden, aus der Unsichtbarkeit herauszutreten. Dazu zählen nicht nur die zahlreichen Organisationen der *Dalits*, der Unberührbaren, sondern auch die vielen Frauengruppen. Stellen üblicherweise die Männer 90% aller Personen auf den überfüllten indischen Straßen, so war der Frauenanteil beim WSF mindestens 50%. Gemeinsam mit dem Themenkomplex „Kinder" stellten Frauenthemen und Rechte der *Dalits* einen Hauptteil der Veranstaltungen der aktiven politischen Gruppen, die aus ganz Indien und den benachbarten Staaten angereist waren. Bei diesen Treffen, auf denen detailliert über die Probleme und Schwierigkeiten der und die Repressionen gegen die alltäglichen Aktivitäten berichtet wurden, war freilich die Perspektive einer „anderen Welt" oft sehr weit entfernt. Zumeist ging es einfach um Sichtbarmachen von verleugneten Verhältnissen, um die Mühseligkeiten emanzipatorischer Politik in einer feindlichen Umwelt, um das alltägliche Sich-Behaupten. Für viele dieser Gruppen war das WSF ein Ort, an dem nicht nur internationale Kontakte gesucht wur-

den, sondern auch neue AktivistInnen angesprochen oder die eigenen Aktivitäten erst einmal bekannt gemacht werden sollten.

Ein anderes Verständnis von Plattform hingegen wurde bei den angereisten „IdeologInnen“ deutlich, die diese Veranstaltungen mit konkretem Inhalt meist keines Blickes würdigten. Ob es sich um die deutsche Gruppe „Demokratie jetzt“, die diversen trotzkistischen Internationalen, ATTAC oder die Phalanx der tibetanischen Mönche und Nonnen handelte, das WSF wurde einfach als Ort behandelt, an dem viele Menschen zusammen kommen, die mit der eigenen Botschaft zu beglücken sind. Wäre das WSF in Grönland durchgeführt worden, an ihren Aussagen und Interventionen hätte das nichts geändert. Die hier getroffene Unterscheidung zwischen „AktivistInnen“ und „IdeologInnen“ mag selbst ein wenig schematisch sein, aber sie gibt doch meine Erfahrung auf dem WSF wieder. So weit ich die Dinge überblicken konnte, überwog zumeist einer dieser Aspekte und bestimmte Auftreten und Themenwahl der Foren.

Ich möchte nun näher über zwei Veranstaltungen berichten, die mich besonders beeindruckt haben und geeignet sind, ein wenig Einblick in die Verhältnisse in Indien zu geben.

„Moving towards peace in Kashmir“

Das mit langjährigen und prominenten Aktivisten[6] aus Indien, Pakistan und Kaschmir besetzte Forum fand in einer angespannten, jedoch nicht aggressiven Atmosphäre statt. Über 80.000 Menschen sind bisher in den Kampfhandlungen umgekommen, praktisch in jeder Familie in Kaschmir sind Tote zu beklagen. Daher stand auch die Frage im Mittelpunkt, wie die Dinge in einer höchst verfahrenen und vertrackten Situation zum Besseren zu wenden wären. Sowohl die Sprecher aus Pakistan als auch jene aus Indien waren sich zumindest in einer Frage einig: Einfache Slogans sind vollkommen ungeeignet, um die Situation zu lösen, ja auch nur darzustellen. Explizit wurde das Mantra vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ als leer und abstrakt zurückgewiesen und ebenso explizit wurde mehrheitlich gefordert, dass eine Überwindung von Grenzen und Staaten notwendig sei. Das sei allerdings leichter zu postulieren als in die Realität umzusetzen. Denn der Konflikt in Kaschmir setzt sich als aus mehreren übereinadergelagerten und ineinander verwobenen Konfliktlinien zusammen. Kaschmir ist einmal reines Objekt, um das Indien und Pakistan bisher drei Kriege führten. Beide Staaten verhindern, u.a. durch die Verweigerung von Visa, die Kommunikation der Menschen in der geteilten Region und suchen sowohl verwandtschaftliche Kontakte als auch politische Beziehungen zu unterbinden. Ein weiterer Aspekt ist der Gegensatz zwischen den Unabhängigkeitsbestrebungen von Jammu und Kaschmir und der indischen Zentralregierung, der sich in brutalen Militäreinsätzen und willkürlichen Verhaftungen äußerte und nicht zuletzt in der Unterstellung von Kaschmir unter die unmittelbare zentrale Regierungsgewalt ihren Ausdruck findet.

Auf der pakistanischen Seite haben die Konflikte zwischen der Regierung in Islamabad und den islamistischen Jihads zugenommen. Lag es ursprünglich im bewussten Kalkül der pakistanischen Regierung, die nach dem Abzug der Sowjets aus Afghanistan „frei gewordenen“ Kämpfer nun in Kaschmir einzusetzen und illegal über die Waffenstillstandlinie zu schleusen, so erweisen sich diese „Gotteskrieger“ inzwischen als innenpolitisch bedrohliche Macht für die pakistanische Militärregierung. Und nicht zuletzt sind die Konflikte innerhalb des Widerstandes zu berücksichtigen, die sich selbstverständlich um die Frage drehen, ob das freie Kaschmir ein moslemisches oder ein multikonfessionelles Land sein soll. Diese Konflikte werden aktuell durch die höchst selektive Einbindung von Repräsentanten aus Kaschmir in den indisch-pakistanischen Dialog gefördert, welcher derzeit von der indischen Regierung angestrebt wird. Offenbar möchte die indische Regierung den Status Quo, also die Waffenstillstandslinie als endgültige Grenze festschreiben. Es war also nicht verwunderlich, dass angesichts dieser komplexen und bedrohlichen Situation - ein weiterer Krieg zwischen Indien und Pakistan könnte zum Einsatz von Atomwaffen führen - oft sehr pragmatische Vorschläge dominierten, wie etwa die Forderung, dass endlich die Menschen in dieser Region überhaupt einmal einen Dialog über ihre Situation, Wünsche und Bedürfnisse führen können, was eine Durchlässigkeit der bestehenden Grenze impliziert. Eine weitergehende Perspektive formulierte Karamat Ali aus Karachi: „Both concepts of nation and religion are dangerous. They have brought us nothing but destruction. We have to reject them and come out of the straitjacket.“ Ob und wie sich diese Perspektive praktisch entwickel kann, diese Frage konnte auch der Sprecher leider nicht beantworten.

„The changing face of dowry“

Während der Konflikt um Kaschmir international durchaus Beachtung findet, so sieht es bei der Situation von Frauen in Indien völlig anders aus. Nicht nur einmal wurde ich auf meinen langen Zugfahrten durch Indien von Männern auf die unterschiedliche Familiensituation in Indien und in Europa angesprochen und mir die Vorzüge des sta-

bilen indischen Familienverbandes als Hort der Liebe und Geborgenheit trotz oder gerade wegen der Dominanz der arrangierten Ehen angepriesen.[7] Zweifellos existieren starke emotionale Bindungen, insbesondere zwischen Kindern und Eltern, allerdings erweist sich dieses heile Bild als eine Seite der Medaille, deren andere vorzugsweise verschwiegen wird. Diese andere Seite trägt den Namen Dowry. Was ist Dowry? Auf der von VIMOCHANA[8], einer Frauenorganisation aus Bangalore organisierten Veranstaltung, war die Definition auf einem der Plakate aufgeschrieben: Dowry ist eine Forderung, die in Geld oder Sachleistungen vor, während und nach der Hochzeit vom Bräutigam gegenüber der Familie der Braut erhoben wird.

Auf den anderen Plakaten war die Konsequenz dieser Struktur anhand dutzender Frauenschicksale aufgezeichnet: Druck, Gewalt, Folter und Mord. Weitere Plakate stellten klar, dass Dowry keine Klasse, keine Kaste, keine Religion und keine Region kennt. Dowry ist zudem kein vormoderner, traditionaler Brauch, der gewissermaßen in die Moderne hineinragt, und zunehmend mit der Durchdringung der indischen Gesellschaft mit globalisierten kapitalistischen Verhältnissen verschwindet. Ganz im Gegenteil! Im Kontrast zu den Darstellungen bürgerlicher Modernisierungstheorien a la Habermas nehmen die Forderungen nach Dowry gerade durch den Aufstieg der indischen Mittelklasse, durch die Ausweitung des Angebots von Konsumartikeln (Fernseher, Motorrad und in letzter Zeit das Handy) rasant zu und breiten sich auf alle anderen Schichten aus. Je gebildeter ein Mann ist, desto mehr Dowry verlangt er. Je mehr Kontakt er mit westlichen Kulturen hat, desto mehr Dowry wird erwartet. Und sollte er gar in den USA oder in Europa leben, so nimmt seine Forderung astronomische Höhen an. „The new market economy has added to the gravity of the situation, wherein woman herself is reduced to a commodity.“, formulierte eine Teilnehmerin aus Bangalore, einem der neuen Softwarezentren in Indien. Und weiter unten im Text: „With Bangalore city alone counting for a daily average of 3 deaths of married woman in unnatural and suspicious circumstances, the magnitude of the problem can be imagined on a national basis.“ Da die Braut zur Familie des Bräutigams ziehen muss, ist sie allein auf sich gestellt. Sucht die Familie der ermordeten Frau die Umstände ihres Todes aufzuklären, trifft sie auf eine Kumpanei von Polizei, Rechtsanwälten und der Familie der Bräutigams.

Die finanzielle Dimensionen von Dowry sind enorm. Ein Lohn von monatlich 3500 Rupees[9] gilt bereits als ausreichend, über fünftausend Rupees sind bereits als sehr gut zu bezeichnen, und wer zehntausend und mehr verdient, zählt bereits zur gehobenen Mittelklasse. Forderungen nach Dowry bewegen sich in der Größenordnung von einigen hunderttausend bis ein, zwei Millionen Rupees. Das bedeutet praktisch: Hat ein Vater drei Töchter zu verheiraten und keinen Sohn, so ist er und seine Familie am Ende seines Lebens bankrott. Die Konsequenzen von Dowry liegen auf der Hand: Die wohlhabende Mittelklasse nimmt illegale Ultraschalluntersuchungen vor und führt im „Falle“ eines Mädchens nach Möglichkeit einen Schwangerschaftsabbruch durch. Für Kriminelle stellt Dowry ein wahres Eldorado der Bereicherung dar. Dowry zementiert die Geschlechterverhältnisse unmittelbar und unerbittlich ein. Umgekehrt: Eine Entwicklung der indischen Gesellschaft in Richtung Sozialismus ist ohne Aufbrechen der Familienstruktur, das bedeutet praktisch, ohne massive öffentliche Kritik an Dowry, unmöglich. Dowry ist eine Schlüsselfrage. Ach ja, selbstverständlich ist Dowry seit Jahrzehnten illegal, Indira Gandhi hat dies schon in den 60er Jahren durchgesetzt. Dieses gesetzliche Verbot hat allerdings die Ausbreitung von Dowry keineswegs verhindern können.

Lässt sich also einfach zusammenfassen, was das WSF war? Eben nicht: Ein wenig Bewegung, ein Ort der Begegnung, ein Ort des Sich-Artikulierens und des Sichtbarmachens, ein Jahrmarkt der Gruppen und Initiativen, eine Art alternative Messe, eine Struktur, die Vernetzung und Kontakte ermöglicht, sicher all das und - verzeiht mir den Gemeinplatz -: Das Ganze ist immer mehr als die Summe der Teile.

Karl Reitter

1 http://www.choike.org/documentos/wsf_s303_teivainen.pdf
2 Naomi Klein 2001, zitiert nach Teivainen
3 Ihre viel beachtete Rede ist in der Zeitschrift „die linke“ Nr. 2/2004 nachzulesen
4 http://www.mumbairesistance.org/
5 „Come back, Yasin Malik tells Kashmiri Pandits“, „The Hindu“ 21.1.04
6 Mit Ausnahme von Akhila Raman, die in Kalifornien (!) lebt, waren nur Männer auf dem Podium. Auch eine Konsequenz der Situation in Kaschmir.
7 „Ihr in Europa stellt einen heißen Topf auf einen kalten Herd, wir in Indien einen kalten Topf auf einen heißen Herd“, mit dieser poetischen Wendung wurden mir gegenüber die vorgeblichen Vorzüge des indischen Ehesystems angepriesen.
8 http://www.newbangaloreonline.com/archive/nbo/issue1/vimochana1.htm
9 Derzeit sind 55 Rupees ein Euro. Ich warne jedoch davor, die Zahlen einfach umzurechnen. Dies ergibt in jedem Fall verzerrte Eindrücke, da die Preis- und Kostenstruktur einfach nicht vergleichbar ist.

Horst Müller
Perspektiven der gesellschaftlichen Transformation

Zur Diskussion von Immanuel Wallersteins Buch „Utopistik" ~ Teil 1

Teil 1: Der Eintritt in die Übergangsperiode
Blickwendung zur konkreten Utopie

Immanuel Wallersteins „Utopistik"[1] setzt neue Akzente im Zusammenhang der mittlerweile zahlreichen Beiträge zur Entwicklung des kapitalistischen Systems und der neoliberalen Globalisierung: Hier wird nicht nur auf die Prekarität und Krisenhaftigkeit des weltweit dominierenden Wirtschafts- und Gesellschaftstyps verwiesen.[2] Die wesentlich weiter reichende These lautet, dass nunmehr eine chaotische, instabile Geschichtsperiode eröffnet ist, in der sich zum ersten Mal ganz real die Möglichkeit des historischen Übergangs zu einer neuen, höheren, post-kapitalistischen Gesellschaftsformation eröffnet.

Ich möchte im Folgenden Wallersteins Konzept möglichst dicht entlang seiner markanten Begriffe und Aussagen verdeutlichen und in eine Diskussion mit Positionen der marxistischen und praxisphilosophischen Gesellschaftstheorie hineinziehen[3]. Dadurch soll insgesamt ein brauchbarer, für weitergehende Beiträge und Kontroversen offener Rahmen für die sonst zerstreute, unstrukturierte Debatte über wirtschaftliche und gesellschaftliche Alternativen aufgespannt werden:

Der vorliegende **Teil 1** der Untersuchungen, **Zum Eintritt in die Übergangsperiode,** setzt an bei den konzeptuellen Grundlagen der Utopistik, diskutiert die historische Ortsbestimmung einer Übergangszeit, sucht nach Gründen für das Scheitern des Sowjetsozialismus und nach Folgewirkungen der welt-bewegenden Ereignisse um 1968. Welche Prozesse liegen der gegenwärtigen politischen und ökonomischen Krisensituation des Weltsystems zugrunde? Im demnächst folgenden **Teil 2** der Überlegungen, **Von der Krisen- zur Transformationstheorie,** wird zum Thema, welche Zukunftsperspektiven sich uns trotz alldem eröffnen. Es geht darum, die Umrisse einer möglichen System-Alternative deutlicher zu machen und zum Schluss die Frage nach dem Programm und nach den Kräften einer gesellschaftlichen Transformation zu stellen.

Konzeptueller Rahmen und Denkmittel der Utopistik

Was ist der konzeptuelle Rahmen der vorliegenden Theorie? Wallerstein interpretiert die historische Entwicklung nicht unmittelbar mit Begriffen wie „Produktionsweise" und „Gesellschaftsform". Er operiert stattdessen mit „Behauptungen hinsichtlich der Struktur von Systemen": „Sie werden

geboren, leben ein langes Leben, folgen dabei einigen Regeln, geraten schließlich in eine Krise, stehen an einem Scheideweg und verändern sich zu etwas anderem.“ (101). Dieser system-theoretische Ansatz erscheint nicht unvereinbar mit der historisch-materialistischen Annahme von in einander übergehenden „Entwicklungsstufen“, einer Aufeinanderfolge gesellschaftlicher Praxisformierungen.

In der angezeigten Sichtweise wird die gegenwärtige geschichtliche Situation, der jetzt anstehende Übergang, als Entscheidungssituation mit nicht determiniertem Ausgang bestimmt - „das Ergebnis aus einer chaotischen Situation mit systemischer Weichenstellung kann nicht vorhergesagt werden“. Das System entfernt sich weit von seinem Gleichgewichtszustand, so dass „geringe Fluktuationen eine große Wirkung“ haben können. Dies führt zu der Behauptung: „In Zeiten des Übergangs und der Krise wird der Faktor des freien Willens zentral“, die Situation ist „besonders offen für den Input von Einzelnen und von Gruppen. Sicher erscheint letztlich nur, dass die Herausbildung „neue(r) Ordnungszustände“ unvermeidlich ist, denn: „Von komplexen Systemen wissen wir, dass sie sich selbst organisieren und immer wieder neue Formeln erfinden, neue Lösungen für existierende Probleme“. (vgl. 73, 74, 94, 101)

In bestimmter Hinsicht erinnern Wallersteins konzeptuelle Annahmen an die Theorie des amerikanischen Sozialphilosophen und Praxisdenkers G.H. Mead: Demnach bricht die gemeinsame Welt fortwährend zusammen, die entstehenden Probleme der gesellschaftlichen Rekonstruktion erfordern praktische Lösungen und es eröffnet sich so auch die Aussicht auf eine höhere Form menschlicher Vergemeinschaftung.[4] Hier wie dort werden jedoch Argumente verschenkt: Das Konzept eines „Übergangs“ kann mit Bezugnahme auf Marxsche geschichtstheoretische Thesen, von der „Deutschen Ideologie“ bis zu den „Grundrissen“, theoretisch erheblich vertieft und verstärkt werden[5]. Schließlich ist auch der historische Materialismus kein Geschichtsdeterminismus: Rosa Luxemburg sprach von der Alternative „Sozialismus oder Barbarei“, Ernst Bloch erwog die Möglichkeit eines großen Umsonst, der totalen Vereitelung am Ende der Geschichte.

Im Grunde sind die Ansätze also kompatibel. Dennoch weist das system-theoretische Konzept, in dem Andrea Komlosy eine „wissenschaftstheoretische Anleihe“ von Ilya Prigogine sieht (111), eine wesentliche Schwäche auf: Die Phase des Übergangs erscheint in erster Linie als eine „Periode der Unordnung, Auflösung und Desintegration“ und jedenfalls bedeutend weniger als eine Phase des bereits wachsenden, andrängenden Neuen. In diesem Sinne lautete die Marxsche Hypothese im Vorwort „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ von 1859: „Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind“[6]: Das meint weit mehr als das Hineingleiten des Gesellschaftssystems in einen chaotischen Zustand mit ungewissem Ausgang.

Meine Schlussfolgerung lautet, dass der „Übergang“ mit einem praxisphilosophisch erweiterten begrifflichen Instrumentarium zu fassen ist: Die Übergangsperiode umfasst die Schnittmenge zweier Praxisformationen, sie ist eine doppelt dimensionierte, widersprüchliche Wirklichkeit. Die geschichtlich andrängende neue Formierung konstituiert eine neue Praxis- und Sinnperspektive, deren Standpunkt letztlich durch konkret-utopische Antizipation erobert werden muss, um ihren Vorschein, ihre Tendenzen und latenten Potentiale inmitten der gegenwärtig noch superioren, aber geschichtlich verfallenden Praxis begreifen zu können.[7]

Materiale Rationalität und höhere Vernunftgestalt

Die von Wallerstein anvisierte „Transformation“ zielt auf eine „material rationale Welt“. Damit wird auf Max Webers Unterscheidung zwischen einer formalen und einer materialen Rationalität zurückgegriffen und darauf angespielt, dass die „kapitalistische Logik“ zunehmend in Widerspruch zu menschlichen und sachhaltigenMaßstäben und Zielen steht, die einer „materialen“ Logik entsprechen. (vgl. 94, 99, 100)

In der praxisphilosophischen Theorietradition hat sich insbesondere Herbert Marcuse mit Max Webers Analyse des industriellen Kapitalismus und mit dessen Theorie der kapitalistischen Rationalität auseinandergesetzt. Er argumentiert, dass der kapitalistischen Rationalität im Spätkapitalismus eine

definitive Irrationalität innewohnt, so dass sie als „formale" Rationalität nur unzureichend bestimmt ist. Er wirft Max Weber daher vor: „Aber dann macht die Kritik halt ... und wird zur Apologetik - schlimmer noch, zur Denunziation der möglichen Alternative: Einer qualitativ anderen geschichtlichen Rationalität".[8]

Was könnte das heißen? Der Kapitalrechnung liegt ein ökonomisches Kalkül zugrunde, hinter dessen formalem Anschein sich eine historische Form des ökonomischen Werts und das Krebskalkül einer Verwertungsökonomie verbirgt. Die Alternative liegt insofern in einer anderen systemischen Figuration der ökonomischen Praxis, die praktisch-objektiv ein anderes Kalkül impliziert. Erst auf diesem Fundament, Hand in Hand mit der Austreibung markt- und kapitalwirtschaftlicher Suggestionen, könnte sich eine andere gesellschaftliche Vernunft entfalten: Das überbietende Bewusstsein eines unentfremdeten, emanzipierten gesellschaftlichen Lebens, befreit vom Fetischismus der Warenproduktion und den Ideologien der Klassengesellschaft.

Utopistik und utopisch-kritische Wende der politischen Philosophie

Die Bezugnahme auf Max Webers Unterscheidung von formaler und materialer Rationalität ist also nicht unproblematisch. Aber Wallerstein ist kein Weberianer, er mag sich offenkundig überhaupt nicht auf einen ganz bestimmten Ansatz beziehen. „Die Weltsystemanalyse ist kein Paradigma der historischen Sozialwissenschaft. Sie ist der Ruf nach einer Debatte über das Paradigma", hieß es in der Aufsatzsammlung „Die Sozialwissenschaft kaputtdenken".[9] So bleiben aber die immer wieder anklingenden historisch-materialistischen Elemente unerhellt, und es ist jedenfalls auch kein Versuch zur „Rekonstruktion" der philosophisch-wissenschaftlichen Denkgrundlagen erkennbar.

Solche Rekonstruktionsbemühungen, von denen es in der europäischen Denktradition ja nicht wenige und genügend fehlgehende gibt[10], sind jedoch immer noch unerlässlich und fruchtbar. Ich denke vor allem an die Entwicklungslinie, die an das durch Marx in die Welt gekommene Theorie-Praxis-Konzept anknüpft. Dass Wallerstein solche theoriegeschichtliche Ressourcen nicht mobilisiert, wird vor allem an der Abwesenheit einer zentralen Blochschen Kategorie, des Schlüsselbegriffs „konkrete Utopie" deutlich.

Was meint „Utopistik" anderes als die in der praxisphilosophischen Denklinie[11] - von Marx über Antonio Labriola, Herbert Marcuse bis hin zu Henri Lefebvre und Ernst Bloch - reaktivierte Philosophie und Wissenschaft der Konkreten Utopie. Bloch spricht von einer „Zukunftswissenschaft der Wirklichkeit plus der objektiv-realen Möglichkeit in ihr; all das zum Zweck der Handlung."[12] Wallerstein geht es um die Weg-Ziel-Erforschung im Hinblick auf eine „alternative, glaubhaft bessere und historisch mögliche (aber alles andere als sichere) Zukunft" (8). Es ist der spezifische Charakter unserer historischen Situation als Übergangssituation, der eine Wende zu diesem Denktyp herausfordert, der das Unzureichende sowohl einer positivierenden Forschung als auch herkömmlicher negatorischer Kritik-Modi bedingt.

Elemente einer Weltsystemtheorie

Aus der gegenwärtigen Übergangssituation blickt Wallerstein zurück auf das geschichtliche Werden: Das „moderne Weltsystem, das eine kapitalistische Weltwirtschaft ist", entwickelt sich demnach seit dem 16. Jahrhundert. Seine Produktions-

weise beruht auf der „Profit-orientierten Produktion für den Markt", dem „Primat nicht endender Kapitalakkumulation. Es lebt von der systemisch eingeschriebenen Tendenz zu „universaler Kommodifizierung", überbordender Akkumulation und imperialer Expansion. Dieses Weltsystem bildet heute, nachdem der kapitalistische Weltmarkt vollendet ist, eine „integrale Gesamtheit" (17).

Wallerstein ist der Ansicht, dass auch die staatlichen Organisationsformen und politischen Regimes der kapitalistischen Ära untrennbar mit der ökonomischen Grundorganisation verflochten sind, in der die kapitalistische Logik regiert. Dies gilt ebenso für soziale und ideologische Phänomene: Insbesondere haben die liberalen Zugeständnisse und Gestaltungsmomente des Systems letztlich zur „Erhaltung der grundlegenden politischen Ordnung der kapitalistischen Weltwirtschaft" beigetragen (27 f.).

Damit korrespondiert die Weltsystemtheorie intensiv mit dem Marxschen Konzept, dass die kapitalistische Entwicklung zu einer „Universalität des Verkehrs" und zur Verwirklichung des „Weltmarkts" führen muss. In den maßgeblichen Systementwürfen der Kapitaltheorie bildet stets „der Weltmarkt den Abschluss .. worin .. alle Widersprüche zum Prozess kommen ... Die Krisen sind dann das allgemeine Hinausweisen über die Voraussetzung, und das Drängen zur Annahme einer neuen geschichtlichen Gestalt".[13] Tatsächlich können alle Phänomene der heute so genannten „Globalisierung" im Rahmen dieser übergreifenden historischen Perspektive gedeutet werden.

Eine für traditionelles linkes Denken unbequeme Konsequenz der „Utopistik" besteht allerdings in der Verabschiedung beliebter revolutionstheoretischer Datierungen und Orientierungen. Ein Kommentator bescheinigte: „Eines ist Immanuel Wallerstein ganz gewiß nicht: ein Revolutionstheoretiker".[14] In weltsystemtheoretischer Sichtweise bilden die Französische Revolution und die Revolution von 1848, die Russische und die Volksdemokratische Revolution im Grunde nur Entwicklungsmomente innerhalb der bisherigen Geschichte des modernen Weltsystems. Sie erreichten „weniger als ihre Vertreter gehofft und erwartet hatten", trugen zur Etablierung bestimmter „säkularer Trends des Weltsystems" bei, ohne es aber inauguriert oder transzendiert zu haben (21, 74).

Oktoberrevolution und Sowjetsozialismus

Welche genaueren Einschätzungen ergeben sich zunächst hinsichtlich der Russischen Revolution und des sowjetsozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftstyps: Handelte es sich nicht doch um anti-systemische Realitäten? Wallerstein wiederholt gegen voraussehbare Einwände seinen grundsätzlichen Standpunkt: Die russische Revolution ereignete sich „innerhalb" des kapitalistischen Weltsystems und ließ zwar in den politischen und ökonomischen Strukturen „relativ weite Abweichungen" von den kapitalistischen Grundmustern erkennen (20). Aber an der Basis dieser Praxisformierung wirkte weiterhin ein „Primat des Wertgesetzes" (19), und die darauf aufsetzenden staatswirtschaftlichen und politbürokratischen Strukturen sind wesentlich an dem Versuch zerbrochen, „auf der Grundlage einer anderen Logik Entscheidungen zu treffen". (vgl. 18 f., 33 ff.)

Die leninistisch organisierte Oktoberrevolution könnte demnach nicht als der große Achsendrehpunkt eines Neuanfangs der Geschichte gelten, als der sie sich im 20. Jahrhundert darstellte. Die noch nicht gebrochenen gravitatorischen Kräfte der warenproduzierenden Ökonomie und der hoch entwickelten kapitalwirtschaftlichen Welt holten die Staatsgebilde des sowjetsozialistischen Typs letztlich wieder in das Weltsystem zurück. Es ist eine Entwicklung, wie sie meines Erachtens wiederum das moderne China durchläuft.[15]

Wallersteins Analyse kreuzt sich mit vormaligen Feststellungen von Charles Bettelheim und anderen zur „Natur der sowjetischen Gesellschaft", dass nämlich weiterhin von der „Existenz der Wertform" ausgegangen werden muss und dass „kapitalistische Produktionsverhältnisse auf der Basis des Staatseigentums aufrechterhalten werden".[16] Während Bettelheim wie die Neue Linke vor etwa 25 Jahren noch überwiegend davon ausging, die sowjetische „Gesellschaftsformation" habe einen ursprünglich sozialistischen Charakter nach und nach verloren, würde man im Sinne Wallersteins allerdings sagen müssen, dass sie von Anfang an keinen alternativen formationellen Charakter aufwies. Im Gefolge der Russischen Revolution haben sich Wallerstein zufolge auch sonst keine transzendierenden Entwicklungen ergeben: Im Westen trug die sowjetische Drohung wesentlich zur Entfaltung der keynesianischen Wohlfahrtspolitik und damit zur „Befriedung der arbeitenden Klassen" bei, in der außereuropäischen Welt beförderte sie nationalistische Bewegungen bzw. die Entkolonialisierung, letztlich die Selbstbestimmung der weniger entwickelten Nationen als Mitspieler in einem globalen liberalistischen Systemzusammenhang. (34 ff.)

Sollten wir allerdings die Diskussion nach solchen Feststellungen bereits abschließen? Es fällt auf, dass Wallersteins strategisch-weltsystemische Perspektive ihm an dieser Stelle erlaubt, von zahlreich vorgelegten Sondierungen zum Charakter des

sowjetischen Wirtschafts- und Gesellschaftstyps abzusehen. Handelte es sich bei dem, auch unscharf als ‚Sowjetsystem' Bezeichneten um einen bereits ‚realisierten Sozialismus', gekennzeichnet etwa durch eine ‚Zentrale Planwirtschaft', oder hat sich eine ‚Übergangsgesellschaft' durch ‚Restauration des Kapitalismus' in einen ‚Staatskapitalismus' verwandelt, den das polemische Wort eines ‚Kasernenkommunismus' trifft? Einen herausragenden Knotenpunkt dieser Debatte bildete Rudolf Bahros Anatomie des ‚real existierenden Sozialismus' als einer Gesellschaft auf einem „nichtkapitalistischen Weg der Industrialisierung", Bahro zufolge im besten Fall eine „protosozialistische Gesellschaft".[17]

In der heutigen, neuen Situation, nach dem Zusammenbruch des „Realsozialismus", werden erneut Untersuchungen vorgelegt, die der inneren Widersprüchlichkeit der „politischen Ökonomie der UdSSR" und der RGW-Wirtschaften, den „Erfahrungen aus dem ersten Sozialismusversuch in Europa" oder den Reformierungsversuchen in Richtung einer „sozialistischen Marktwirtschaft" nachgehen. Als Grundproblem bleibt die Kollision zwischen Wertfunktionalität und Planrationalität im Blick. Die Unterscheidung zwischen der Phase einer nachholenden Industrialisierung und einer dann nicht mehr bewältigten Modernisierung trägt zum Verständnis bei. Beachtung finden die besonderen Erfahrungen des DDR-Realexperiments.[18] All dies zeigt: Die geschichtsexperimentellen ökonomischen und politischen Realitäten des 20. Jahrhunderts geben noch zu rätseln und zu lernen auf. Notwendig wäre die Verstärkung und Bündelung der Untersuchungen und politisch-ökonomischen Diskussionen zur Frage einer alternativen Wirtschaftsweise, nunmehr aber nachdrücklich in einer utopistischen Gesamtforschungsperspektive!

Wetterleuchten und Richtungsanzeigen von 1968

Eine gewisse Sonderstellung nimmt die von Wallerstein provokativ so genannte „Weltrevolution von 1968" ein. Sie hatte langfristig gesehen „systemerschütternde" Wirkungen, führte zu einer „Entmachtung des Liberalismus als eine selbstverständliche Metasprache des Weltsystems". Danach ist eine „dreipolige ideologische Spaltung" zu verzeichnen: Es blieben die Hauptströmungen des antiwohlfahrtsstaatlichen Neokonservatismus, sozialdemokratischen Reformismus und, abgesehen von der Neuen Linken, eine traditionelle antisystemische Linke, die in weiten Teilen der Welt ihren Rückhalt im enttäuschten Volk verlor. Diese Entwicklung, verbunden mit einem gewaltigen „Verlust von Hoffnung", kulminierte in der „Destruktion der Kommunismen" in Europa und der früheren Sowjetunion. (37, 38, 40)

In der Tat hat sich in der weltweiten „Periode der radikalen Negation", so der analoge Schlüsselbegriff des Marxisten Henri Lefebvre[19], ein weiterwirkender ideologischer Ablösungs- und Aufbruchsprozess entfaltet. Der Eintritt in die jetzige Übergangsperiode wirft ein neues Licht auf die wirkliche Bedeutung vormaliger Ereignisse als ihr geschichtliches Wetterleuchten. Zu den wesentlichen ideellen Richtungsanzeigen, die in der damaligen Zeit gewonnen wurden, gehört, dass die westliche „Sozialdemokratie als integraler Bestandteil der kapitalistischen Herrschaft demaskiert" (...) und im Realsozialismus der „Bolschewismus kritisiert" (37 ff.) wurde: Die Idee, dass es im Hinblick darauf einen dritten Weg geben müsse, der bis heute noch nicht wirklich durchdacht und begangen wurde, keimt in den globalisierungskritischen Bewegungen unserer Tage wieder auf. Das utopistisch inspirierte Motto von Attac lautet: „Eine andere Welt ist möglich"! [20]

Unser Projektieren in der Übergangszeit

Eine entscheidende Frage der „Utopistik" ist, ob die Grundlagen des Weltsystems jetzt, an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, nachhaltig erschüttert sind und weder das eingeleitete neoliberale Gegenprogramm noch eine mögliche weltweite Wirtschaftsbelebung einen Ausweg aufzeigen können. Eine stichhaltige Begründung für die These der eingeleiteten „Phase des Übergangs" ist umso mehr erforderlich, als der Zeithorizont dieser Periode knapp bemessen ist. „In einem Zeitraum von 50 Jahren" wird „eine neue Ordnung aus diesem Chaos entstehen", sei es eine bessere oder schlechtere. (43, 103)

Der Einwand gegen Wallersteins Ansicht, damit würde eine schon hinlänglich bekannte, immer wieder neu aufgetischte System-Endkrisen-Prognose wiederholt, liegt hier förmlich in der Luft. Aber ohne eine Prüfung von Wallersteins Argumenten und daran anschließende, weiter ins Konkrete gehende politisch-ökonomische Überlegungen, die in den

folgenden Abschnitten vorgestellt werden, kann über das Konzept einer Übergangs-Periode nicht geurteilt werden.

Vorab sollte klar werden, dass das Übergangs-Konzept keine einfache Neuauflage der traditionellen Krisen- und Revolutionstheorie darstellt. Es greift vielmehr die historisch-dialektische Grundauffassung von Marx auf, dass sich ein Übergang zwischen einer bestehenden und einer möglichen neuen, höheren Gesellschaftsformation vorbereitet, indem eine bestehende Gesellschaft zunehmend ökonomische und zivilisatorische Potentialitäten entwickelt, für die sie gerade noch, oder teils auch schon nicht mehr, „weit genug“ ist. In diesem Sinn verstehe ich Wallerstein so, dass es nach 500 Jahren Systementwicklung und angesichts entsprechender, identifizierbarer Symptome eher wirklichkeitsfremd wäre, von einer anderen Generalhypothese auszugehen. Wallerstein unterstreicht dabei, im Unterschied zur traditionellen Theorie, deutlich den nicht determinierten Charakter der Situation und darin angelegten, aber noch offen stehenden Möglichkeiten. Eben dadurch tritt zugleich wieder der essenziell sozialpraktische, auch forschungspraktische Sinn der Marxschen wie der aktuell von Wallerstein vorgetragenen geschichtlichen Situationsdeutung zutage.

Ist es allerdings notwendig oder überhaupt möglich, die Übergangsperiode auf etwa ein halbes Jahrhundert zu terminieren? Das systemtheoretisch in eine finale, realhistorisch in eine regressive, mehr oder weniger chaotische Periode eintretende Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell mag sich aufgrund seiner „transformistischen Flexibilität“[21] auch länger erhalten. Meiner Ansicht nach ist das einem dialektischen Praxisdenken gemäße Konzept des Übergangs als solches entscheidend. Der provozierende Bruch mit herkömmlichen Ansichten liegt darin, dass in den Debatten des 20. Jahrhunderts in der Regel mit Bezug auf die realsozialistischen Länder von „Übergangsgesellschaften“ die Rede war, während der Begriff des Übergangs hier auf die entwickeltsten Industriegesellschaften angewendet wird. In deren spannungsgeladener, latenzhaltiger Übergangswirklichkeit lautet die alles entscheidende Frage: Womit geht dieses System schwanger, welche neue Ordnung kann möglicherweise aus einer realen Potentialität entbunden werden?

Insgesamt macht Wallersteins Übergangs-Konzept deutlich, inwiefern ein historischer Realismus nicht ohne Option zu haben ist. Historischer Realismus ist keine Krisen- und Geschichtsprognose, sondern impliziert ein gesellschaftlich-geschichtlich konkretes Projekt. Darin scheint mir letztendlich die Bedeutung des von Andrea Komlosy hervorgehobenen Schrittes (105) von „Der historische Kapitalismus“ zur aktuellen „Utopistik“, oder vielmehr deren Verbindung im Sinne einer blochianisch notwendigen Verknüpfung der „Situationsanalyse“ mit dem „begeisternd prospektiven Akt“[22] zu liegen. In diesem Sinne bekennt Wallerstein auch: Es ist eine „moralische und politische Verpflichtung“ die Gelegenheiten der Übergangsperiode zu nutzen!

Funktionsstörungen der Ökonomie und Unterminierung staatlicher Strukturen

Aus welchen Entwicklungen erwachsen die Eingriffsmöglichkeiten der Übergangsperiode? Wallerstein interessieren zunächst „übergreifende(n) historische(n) Trends“ (48), welche „operative Mechanismen“ des Systems und vor allem die Realisierung von Profiten, also die entscheidende Funktionsbedingung der Kapitalwirtschaft, nachhaltig gefährden.

Die Einschätzung geht dahin, dass die Verhandlungsmacht der Arbeiter im Zuge der global fortschreitenden Entagrarisierung bzw. Industrialisierung zunimmt. Auch kommen Grenzen des neoliberalen Programms zur Senkung der Lohn- und Steuerkosten in Sicht. So ist letztlich von einem „globalen Trend eines Anstiegs der Lohnkosten“ auszugehen (dazu und im Folgenden 51-57, 103).

Einen asymptotischen Trendverlauf zeigen auch die Steuerkosten. Arbeiter und die übrige Bevölkerung sowie Kapitalisten richten Forderungen nach öffentlichen Dienstleistungen und finanzieller Umverteilung an den Staat. Daraus eröffnet sich ein weiteres Problemfeld: Der „doppelte Druck auf den Staat, die Ausgaben zu erhöhen, aber gleichzeitig die Steuern zu senken, kann man als fiskalische Krise des Staates bezeichnen“.

Drittens eskaliert die „Erschöpfung der Überlebensbedingungen“. Die von den Unternehmen gerne externalisierten Kosten, darunter vor allem auch Umweltkosten, werden aber auf gesellschaftlichen Druck hin zunehmend internalisiert oder aber die Steuerquote wird erhöht. Auch dies trägt zur Verschärfung der Profitklemme der Kapitalwirtschaft bei.

Alle aufgezeigten globalen Trends zusammen genommen stören die ökonomische Funktionalität des Systems, so dass letztlich eine „strukturell chaotische Situation“ entsteht. Diese wirtschaftliche Destabilisierung geht schließlich noch mit einer wachsenden Delegitimierung und Unterminierung staatlicher Strukturen einher. Darin schließlich, so Wallerstein, sei der „entscheidende(n) Pfeiler des modernen Weltsystem unterminiert, das Staaten-

system, ohne den die endlose Kapitalakkumulation nicht möglich ist. Die ideologische Zelebrierung der so genannten Globalisierung ist in Wahrheit der Schwanengesang unseres historischen Systems". Wir sind damit in eine „schwarze Periode", in die „historische Übergangsphase" dieses Systems eingetreten (41).

Auch wenn man Wallersteins Grundannahmen hinsichtlich historischer Trends und Problemlagen des Systems akzeptiert, erhebt sich an dieser Stelle doch die Frage: Ist ausreichend begründet, dass das kapitalwirtschaftliche Weltsystem jetzt wirklich an seine historischen Schranken stößt und in eine finale Periode eingetreten ist? Schließlich handelt es sich nicht um den ersten Versuch, dem Spätkapitalismus als sozusagen lebender Leiche einen Totenschein auszustellen.

Reproduktionstheoretische Argumente zur Situationseinschätzung

Was bedeutet der Schritt in die neue Zeit der „neoliberalen Globalisierung", so dass sie als finale Periode gekennzeichnet werden kann? Wenigstens andeutungsweise sei ein reproduktionstheoretischer Ansatz skizziert, der Wallersteins zentrale These stützen soll.

Ich sehe den entscheidenden Umschlagspunkt darin, dass die im ökonomischen Kalkül verwurzelte, ständige zwanghafte Produktivitätssteigerung - letztlich durch die Perfektionierung des, wie es Marx in den Grundrissen nannte, „automatischen Systems der Maschinerie"[23] - schließlich zu einem Aggregatzustand des Reproduktionssystems geführt hat, bei dem weitere Wachstumsbewegungen keine Mehrbeschäftigung mit sich bringen. Sie induzieren vielmehr tendenziell eine noch weitergehende, chronische, unverhältnismäßige Freisetzung von Arbeitskräften aus der Produktionssphäre. Dadurch bricht aber die zur Kapitalverwertung notwendige Massenkaufkraft am anderen Ende des Wirtschaftskreislaufs weg. Infolgedessen wird jenseits des bezeichneten Umschlagspunktes eine Stagnationstendenz die Oberhand gewinnen, entsteht im Inland eine durch das beschworene Wachstum grundsätzlich nicht mehr behebbare, sondern tendenziell noch geförderte Massenarbeitslosigkeit und stellen sich sozialstaatliche Finanzkrisen ein. Als systemkonformer Ausweg bleibt, sieht man einmal von perversen Methoden der Kapitalvernichtung durch Investitions-, Weltraum- und Kriegsabenteuer ab, Mehrwert durch einen ständig überbordenden internationalen Austausch zu realisieren und das auf diesem Wege realisierte produktive Mehrkapital in externe Anlagesphären zu investieren.

So bildet die massenhafte Ausgrenzung von Arbeitsvermögen, die Strangulierung des Sozialstaats, das Wachstum des internationalen Handelsvolumens und Kapitalexports sowie die weltweite, gewalttätige, polarisierende Implementierung modernster kapitalwirtschaftlicher Strukturen in weniger entwickelten Gesellschaften das zwangsgesetzliche Kerngeschehen der so genannten Globalisierung. Es tritt heute typisch im Programm- und Aktionszusammenhang der World Trade Organisation (WTO) und der anderen globalen Agenturen der Kapitalwirtschaft zutage. Dadurch wird aber der so genannte freie Weltmarkt mitsamt den darin verflochtenen nationalökonomischen Terrains zu einem Konkurrenz- und Wirtschaftskriegsschauplatz, in den relativ überschüssige Produktionen und relativ überschüssiges Kapital fluten, auf dem extreme soziale und internationale Polarisierungen entstehen und verwirrende Dysfunktionalitäten aufbrechen.

Infolge der kapitalwirtschaftlichen Überakkumulation auf dem technologischen Niveau automatischer Systeme ist die Grundfunktionalität des kapitalwirtschaftlichen Reproduktionssystems nachhaltig bedroht oder gestört. Dadurch kann nun aber auch der im Reproduktionsprozess erheblich involvierte Staat seine Ordnungs-, Steuerungs- und Verteilungsaufgaben nicht mehr zufriedenstellend erfüllen: Der Wachstumspfad der fordistisch-keynesianischen Phase der Nachkriegszeit kann nicht noch einmal beschritten werden. Auch auf dem Wege einer angestrebten „Global Governance"[24] können die sich entladenden Widersprüche im kapitalwirtschaftlichen Weltsystem letztlich nicht zuverlässig reguliert werden. Einen Ausweg aus dieser Situation bietet auf längere Sicht nur eine konsequente Transformation des gesamten kapitalwirtschaftlichen Reproduktionsszenarios, und eben dies ist die Signatur der Periode des Übergangs.

Eine Analyse der noch unterhalb von säkularen Trendverläufen liegenden historischen Aggregatzustände und Entwicklungsphasen des Systems kann meiner Ansicht nach die Schlussfolgerung bestärken, dass im 21. Jahrhundert in der Tat ein finales Entwicklungsstadium des kapitalwirtschaftlichen Systems eröffnet ist. Diese Annahme widerspricht ebenso der ratlosen Beschwörung einer „transformistischen Flexibilität" der Kapitalwirtschaft wie der apokalyptischen Krisis-Prognose, dass demnächst endgültig die „Blase platzt" und ein „Weltbankrott" bevorsteht.[25]

Die Gegenthese lautet, dass das Konzept des „Übergangs" das zutreffende Erklärungsmodell für die Situation des Weltsystems am Anfang des 21. Jahrhunderts darstellt. Und eben dies lässt selbst

gut und links-reformerisch gemeinte „Alternativen zur neoliberalen Wirtschaftspolitik“[26] heute als ungenügend erscheinen.

Das Scheitern des neoliberalen Gegenprogramms

Die transformationstheoretische Option wäre kurzschlüssig, würden nicht auch die Strategien der Nutznießer und Verteidiger des Systems sondiert: Das kapitalistische Lager sucht vor allem eine Schwächung der Verhandlungsposition der Arbeiter, eine Senkung der Steuerquote und Begrenzungen für die Internalisierung von Kosten durchzusetzen. „Dies ist natürlich das Programm des Neoliberalismus, das im letzten Jahrzehnt so erfolgreich zu sein schien“ (55). Wallersteins erste Annahme besteht darin, dass die neoliberale Wirtschaftspolitik in den bezeichneten Aspekten Gegenreaktionen hervorruft und zunehmend auf Grenzen stößt.[27]

Die zweite und zentrale These besteht darin, dass die „Möglichkeit effektiven staatlichen Handelns“ nachlässt und die Staaten ihre „öffentliche Legitimierung“ verlieren. Und da die kapitalistischen Produzenten den Staat weit mehr brauchen als die Arbeiter, wird die Abschwächung der staatlichen Strukturen eher ihr langfristiges Problem: Der Staat sichert vor den Nachteilen eines rein konkurrenzbestimmten Marktes, er stützt Monopole. Der starke Staat vermittelt finanzielle Transaktionen an die Hersteller und sanktioniert häufig die Externalisierung von Kosten. „Starke Staaten ..sind das entscheidende Element bei der Erzielung großer Profite“ transnationaler Unternehmen. (56, 59 f.)

Um in diesem Zusammenhang genauere Aussagen treffen zu können, müssten vor allem auch die Effekte der Entstaatlichung von genuin „sozialwirtschaftlichen“ Wirtschaftsleistungen[28] weiter diskutiert werden: Meiner Ansicht nach wird das neoliberale Programm vor allem auch deswegen nicht erfolgreich sein, weil es im Zuge der Reprivatisierungen die Kapitalverwertungsmöglichkeiten nicht grundsätzlich verbessert, sondern stattdessen eine indirekte Nachfrage gefährdet, die über die Abschöpfung von Steuern und die staatliche Alimentierung des Sektors sozialwirtschaftlicher Dienste verläuft. Die Staats- und Sozialquote[29] ist der wichtigste Indikator für einen derartigen ökonomischen Transfer, der einem bei den Kapitalwirten unbeliebten, aber mittlerweile systemtragenden Reproduktionskreis angehört.

Aufgrund der vorstehenden Überlegungen ergibt sich mir, dass das liberalistische Plädoyer für eine deutliche Senkung der Staats- und Sozialquote langfristig noch tiefer in eine Spirale von Wirtschaftsstockungen, Massenarbeitslosigkeit, Haushaltsproblemen und fatalen Weltmarktabhängigkeiten führt, während das herkömmliche wohlfahrtsstaatliche Gegenkonzept dazu in eine letztlich untragbare Staatsverschuldung oder zu Einbrüchen beim kapitalwirtschaftlich überlebensnotwendigen Export führen würde. Die Finalität der heutigen Krisenperiode drückt sich in dem bezeichneten, kapitalwirtschaftlich unlösbaren Dilemma aus.

Es ist das umrissene historisch-systemische Dilemma, das die Sozialdemokratie in der Regierungsverantwortung umtreibt und für das auch die Rhetorik und Programmatik des machthungrigen schwarzen Lagers keinerlei Lösung aufweist: In der aktuellen Diskussion über Wirtschaftsprobleme wird noch von dem Einschlagen der Übergangsproblematik in die gegebene Gesellschaftswirklichkeit abgelenkt. Die moderne Wirtschaftslehre, das gesamte liberalistische Lager operiert noch mit Wirtschafts- und Wachstumsformeln, die dem Mittelalter des kapitalistischen Weltsystems entstammen und mit der ökonomischen Realität der Übergangsperiode immer weniger zu tun haben.

Legitimitätsverlust und Zersetzung der Gesellschaftlichkeit

Wallerstein geht in der Analyse der wachsenden Problemlagen über das Ökonomische im engeren Sinne hinaus. Er sieht einen anderen Hauptfaktor des staatlichen Autoritäts- und Legitimationsverlustes darin, dass die liberalistische Ideologie allmählich zusammenbricht, die seit der Mitte des 19. Jahrhunderts die „globale Geokultur“ (56) war. Die Ideologie des kapitalistischen Weltsystems hat in den letzten 20 Jahren ihren Zauber verloren. Es greift „eine weltweite Enttäuschung über den reformistischen Liberalismus“ um sich. Das Versprechen von inneren Reformen und einer

gegen

gegen

gegen

Verringerung der weltweiten Polarisierungen wurde nicht erfüllt. Wir erleben daher eine „Delegitimierung staatlicher Strukturen“, eine „Delegitimierung des bestehenden historischen Systems“ (41, 64). Es heißt: „Aber die wichtigsten gegen den Staat gerichteten Stimmen kommen von der Arbeiterschaft selbst und sind das Ergebnis einer Enttäuschung über die reformistische Politik der liberalen Staaten - ob es sich .. um das westliche Modell einer sozialen Marktwirtschaft, um das heute diskreditierte sowjetische Modell oder um das Entwicklungs-Modell der Dritten Welt handelt.“ (57). Letztlich werden die Arbeiter von den Staaten auch nicht mehr jene „Reformen erwarten, die wirklich zu einem Ende der weltweiten Polarisierung führen würden“.

Die weiter um sich greifende, nachhaltige Enttäuschung der einfachen Leute geht einher mit ihrer Angst um den Lebensunterhalt, um persönliche Sicherheit, um ihre Zukunft und die ihrer Kinder. Auch das „Gefühl einer moralischen Gemeinschaft“ vermindert sich. Sie vertrauen nicht mehr auf effektives staatliches Handeln, erleben im Gegenteil willkürliches Handeln der Polizei und die Verschwisterung von Politik und Mafia. Sie greifen auf „individuelles Kliententum“ und „außerstaatlichen (Selbst)Schutz“ zurück. Schließlich zeigt sich als „Hauptindikator staatlicher Delegitimierung“ ein „Anstieg ethnischer Spannungen“. (58, 60, 62, 66)

Weltweite Polarisierungen und Konflikte

Wallerstein veranschlagt bei seiner Untersuchung der Systemperspektiven schließlich noch weltwirtschaftliche und weltpolitische Elemente: Die Annahme, dass heute „unzweifelhaft eine langfristige Expansionsperiode der Produktion und Beschäftigung in der Weltwirtschaft“ erwartet werden kann, ändert die Situation nicht grundlegend. Eine solche „Kondratiev-Welle“ würde nur die ohnehin verschärfte weltweite Polarisierung vertiefen (67). In diesem Zusammenhang erstarken weltweit Bewegungen, die sogar eine „totale Ablehnung der fundamentalen Voraussetzung der kapitalistischen Weltwirtschaft verkünden, der endlosen Kapitalakkumulation als Leitprinzip gesellschaftlicher Organisation“ (68), ja der ganzen westlichen Moderne.

Dazu kommen internationale Konflikte und soziale Spannungen, die durch die weltweite Verbreitung der Rüstung und den Zugang zu ABC-Waffen durch kleinere Staaten und nichtstaatliche Gruppen geschürt werden. Sie fordern die mächtigen Staaten heraus, es kommt zu kriegerischen Auseinandersetzungen. Eine der größten Herausforderungen unserer Zeit besteht in der „Einwanderung von den armen in die reichen Staaten“. Die MigrantInnen werden es mit rassistischen, rechtsradikalen Einheimischen zu tun bekommen. So entsteht „Zündstoff für ethnische Spannungen“.[30]

Die aufgezeigten Entwicklungen lassen zusammen eine „grundlegende Instabilität im Herzen der kapitalistischen Weltwirtschaft“ entstehen (71, 72). Dies sollte allerdings nicht so gedeutet werden, als ob das System linear beschleunigt auf eine historische Abbruchkante zutreibt. In einer transformationstheoretischen Perspektive erzeugt vielmehr die immer neu aufbrechende sozialökonomische Dysfunktionalität auf längere Sicht einen wirksamen Veränderungsdruck. Dieser fordert in noch unabsehbarer Weise neue Antworten heraus, vor allem eine systemische Neuordnung des Wirtschaftslebens. Insofern sind wir in der Tat „in eine Zeit der Unruhe oder eine Übergangsperiode des bestehenden Weltsystems eingetreten“ (58). *(Teil 2 erscheint in der nächsten Ausgabe der grundrisse. Red.)*

e-mail: dr.horst.mueller@t-online.de

Fußnoten:

1 Wallerstein, Immanuel (1998): Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts. Promedia Verlag, Wien 2002. Die in Klammern gesetzten Seitenangaben (..) verweisen auf Zitate und sachgemäße Fundstellen in dieser Ausgabe.
Wallerstein ist seit 1976 Direktor des Fernand Braudel Center for the Study of Economics, Historical Systems, and Civilisations (FBC) an der Birmingham University, New York. Seine Hauptarbeit gilt einer Weltsystemtheorie, von der bisher 3 Bände erschienen sind. Weitere Informationen und aktuelle Texte auf der Internetseite http://fbc.binghamton.edu/ des Instituts. Beim FBC können Wallersteins monatliche Mail-Kommentare zur Weltlage kostenlos abonniert werden. Siehe auch Wallerstein, Immanuel: Aufstieg und künftiger Niedergang des kapitalistischen Weltsystems. Zur Grundlegung vergleichender Analyse, in: Dieter Senghaas (Hrsg.), Kapitalistische Weltökonomie. Frankfurt/M. Ders.: Der historische Kapitalismus. Argument-Verlag, Hamburg 1984. Ders.: Das moderne Weltsystem I / II / III 1986 / 1998 / 2003 im Promedia Verlag, Wien. Ders.: Marx, der Marxismus-Leninismus und sozialistische Erfahrungen im modernen Weltsystem. S. 126-137 in: Zeitschrift Prokla Nr. 78, Auf der Suche nach dem verlorenen Sozialismus. Rotbuch Verlag, Berlin 1990. Ders.: Linke Politik für ein Zeitalter des Übergangs, S. 10-17 in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus, Nr. 3-2002, VSA-Verlag.

2 Ich habe auf der Seite praxisphilosophie.de/globkrit.htm eine umfangreiche Literaturauswahl zur Kritik der neoliberalen Globalisierung zusammengestellt: Von (A)ltvater, E. / Mahnkopf, B.: Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. Westfälisches Dampfboot, Münster 1996 bis hin zu (Z)iegler, Jean: Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher. Bertelsmann Verlag, München 2003. Keine dieser Untersuchungen geht von einer konsequent utopistischen bzw. transformationstheoretischen Fragestellung aus.

3 Zur Terminologie des Utopischen vgl. Bloch, Ernst: Das Prinzip

Hoffnung. Gesamtausgabe Bd. 5. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M., S. 165 und 179: „Hier mithin wäre der nur scheinbar paradoxe Begriff eines Konkret-Utopischen am Platz". Bloch sucht den Begriff „konkrete Utopie" im „Unterschied vom Utopistischen und von bloß abstraktem Utopisieren" zu bestimmen. Wallerstein zum Utopiebegriff von Morus, Engels und Mannheim: Marxismus und Utopien: Ideologien entwickeln, in Die Sozialwissenschaften kaputtdenken. Die Grenzen der Paradigmen des 19. Jahrhunderts. Weinheim 1995, S. 205-222. Der Blochsche Begriff des Konkret-Utopischen bringt, vor allem in weitergehenden Wortverbindungen, eine gewisse Umständlichkeit mit sich. Ich sehe daher kein Problem darin, die von Wallerstein „erfundenen" (ebd. S. 8) Begriffe „utopistisch" und „Utopistik" ganz im Sinne Blochs zu verwenden: Wo die utopistische oder konkret-utopische Orientierung, mit qualitativ entscheidender Differenz zu bloß Kritischer Theorie, zur Selbstverständlichkeit wird, sind Begriffsklauberei und kategorialer Schematismus am wenigsten am Platz.

4 vgl. Mead, G.H..:Philosophie der Sozialität. Aufsätze zur Erkenntnisanthropologie. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1969, S. 64. Ders.: Geist, Identität und Gesellschaft. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1975, S. 296 ff., S. 328 ff.

5 vgl. Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf von 1857/58). MEW 42, S. 373: „Ebenso führt diese richtige Betrachtung andererseits zu Punkten, an denen die Aufhebung der gegenwärtigen Gestalt der Produktionsverhältnisse - und so foreshadowing der Zukunft, werdende Bewegung sich andeutet. Erscheinen einerseits die vorbürgerlichen Phasen als nur historische, i.e. aufgehobne Voraussetzungen, so die jetzigen Bedingungen der Produktion als sich selbst aufhebende und daher als historische Voraussetzungen für einen neuen Gesellschaftszustand setzende".
Ebenso die großartigen Passagen S. 445-447: Die Tendenz des Kapitals zur „universellen Entwicklung der Produktivkräfte" treibt zur „Auflösung" seiner „bornierten Produktionsform" und bedingt, „dass es als bloßer Übergangspunkt gesetzt ist". Deutlicher kann man kaum ausdrücken, dass der Wissenschaft der politischen Ökonomie einzig eine konkret-utopische Methodologie, ein Begreifen der Praxis im Marxschen und Blochschen Sinne angemessen ist.

6 vgl. Marx, Karl: Zur Kritik der Politischen Ökonomie. Vorwort. MEW 13, S. 7-11.

7 vgl. Müller, Horst: Bloch, Kofler und das Projekt einer utopisch-kritischen Wissenschaft gesellschaftlicher Praxis, S. 212-235 in: Jünke Christoph (Hrsg.), Am Beispiel Leo Koflers. Marxismus im 20. Jahrhundert. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2001. Der Artikel enthält eine zusammenfassende Darstellung der Methode des konkret-utopischen Begreifens der Praxis bzw. deren Ausarbeitung als wissenschaftliches Paradigma.

8 vgl. Marcuse, Herbert: Industrialisierung und Kapitalismus im Werk Max Webers. S. 79-99 in: Herbert Marcuse Schriften Bd. 8, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1981. Ebd. S. 82: „In Max Webers Soziologie wird formale Rationalität bruchlos zur kapitalistischen Rationalität".

9 Wallerstein, Immanuel: Die Sozialwissenschaften kaputtdenken. Die Grenzen der Paradigmen des 19. Jahrhunderts. Beltz Athenäum Verlag, Weinheim 1995.

10 Eine der theoriegeschichtlich wirksamsten Fehlinterpretationen des Marxschen Denkansatzes bietet Jürgen Habermas: Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1976. Dagegen Schmied-Kowarzik, Wolfdietrich: Die Dialektik der gesellschaftlichen Praxis. Zur Genesis und Kernstruktur der Marxschen Theorie. Alber-Verlag, Freiburg/München 1981. Ebd. S. 87, 93, 108: „Jürgen Habermas weigert sich, diese Bestimmung der gesellschaftlichen Arbeit von Marx (als gesellschaftliche und bewusste Praxis) zur Kenntnis zu nehmen - selbst dort, wo er die einschlägigen Textstellen von Marx zitiert ... unterstellt er ihnen in textwidrigem Sinne den eigenen Begriff der instrumentellen Arbeitshandlung".

11 Müller, Horst: Praxis und Hoffnung. Studien zur Philosophie und Wissenschaft gesellschaftlicher Praxis von Marx bis Bloch und Lefebvre. Germinal Verlag, Bochum 1986. Noch erhältlich bei Fourier-Verlag, Wiesbaden.

12 vgl. S. 331 in: Bloch, Ernst: Das Prinzip Hoffnung. Gesamtausgabe Bd. 5. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. Darin vor allem Kapitel 19, S. 288-334, Weltveränderung oder die Elf Thesen von Marx über Feuerbach.

13 vgl. Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf von 1857/58). MEW 42. S. 154, 447

14 junge welt am 13.04.2002

15 Zu Fragen der Warenproduktion und des Wertgesetzes, sozialistischer Eigentumsformen und der Wirtschaftsplanung hat Mao 1958 in umfangreichen Kommentaren und Notizen mit Bezugnahme auf politökonomische Lehrmeinungen in der Sowjetunion und die Erfahrungen in China Stellung genommen. Es heißt: „Was die Schaffung sozialistischer Wirtschaftsformen angeht, so haben wir den Präzedenzfall der Sowjetunion, daher müssen wir es besser machen als die UdSSR; sollten wir Mist machen, so würde sich damit die Unfähigkeit der chinesischen Marxisten erweisen. Die Aufgabe ist schwierig und kompliziert ...". Vgl. z.B. S. 32 u. 104 in: Martin, Helmut und Duve, Freimut (Hrsg.), Das machen wir anders als Moskau. Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg 1975 (rororo aktuell). Die chinesische Kritik mündete in den 60er-Jahren in den Vorwurf einer „Restauration des Kapitalismus" in der UdSSR. An die Entwicklungen der neuesten Zeit knüpft an Joachim Bischoff, Staatssozialismus - Marktsozialismus. China als Alternative zum sowjetischen Weg. VSA-Verlag, Hamburg 1993. Meines Erachtens ist allerdings die politökonomische Fundierung dieser Untersuchungen unzureichend und bleibt mit dem Plädoyer für eine „sozialistisch regulierte Marktwirtschaft" in Verbindung mit einer „Erweiterung der Zivilgesellschaft" und eines „Abbaus der Staatsmaschinerie" in unkonkreten Generalthesen stecken.

16 vgl. S. 104 f. in Bettelheim, Charles: Über die Natur der sowjetischen Gesellschaft. S. 101-106 in: Bettelheim, Meszaros, Rossanda u.a., Zurückforderung der Zukunft. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M: 1979 (es 962). Ders.: Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen. Zur Theorie der Übergangsgesellschaft. Wagenbach Verlag, Berlin 1972 (Rotbuch 12). Ders.: China nach der Kulturrevolution, trikont-theorie, München 1974.
Auf Ansätze, die über eine vereinfachte Diagnose als Staatskapitalismus hinausweisen, weist M. Creydt hin: Masuch, Michael: Kritik der Planung. Darmstadt und Neuwied 1981. Ticktin, Hillel H., Holubenko M., Cox. M. u.a.: Planlose Wirtschaft. Zum Charakter der sowjetischen Gesellschaft. Hamburg 1981.

17 Bahro, Rudolf: Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus. Europäische Verlagsanstalt, Köln - Frankfurt am Main 1977. Vgl. insbesondere S. 158 f., 285. Daran schließt an Marcuse, Herbert: Protosozialismus und Spätkapitalismus - Versuch einer revolutionstheoretischen Synthese von Bahros Ansatz. in: Kritik. 6. Jg. (1978) Nr. 19, 5-27. Marcuse nannte in dieser Schrift Bahros Analyse den „wichtigsten Beitrag zur marxistischen Theorie und Praxis, der in den letzten Jahrzehnten erschienen ist".

18 vgl. Baum, Ingeborg: Zur Politischen Ökonomie des Realsozialismus. Planwirtschaft in den realsozialistischen Ländern. Text im Glasnost-Archiv, 1994. Wenzel, Siegfried: Erfahrungen aus dem ersten Sozialismusversuch in Europa. S. 1021-1037 in: UTOPIE kreativ. Heft 133, November 2001. UTOPIE kreativ gibt seither immer wieder Denkanstöße, beispielsweise mit Hans-Georg Draheims Artikel zu „Fritz Behrens und Arne Benary als kritische Vordenker einer sozialistischen Wirtschaftstheorie" in: UTOPIE kreativ. Heft 144, Oktober 2002. Oder mit Fritz Vilmars „Aufstieg und Zusammenbruch des Sozialismus. Was tun?". Allerdings sehe ich keineswegs, wie Vilmar, die Notwendigkeit, den Begriff „Sozialismus" aufzugeben, auch wenn das damit Erhoffte „grundlegend neu gedacht, neu konzipiert" werden muss. Wer „Sozialismus" ernsthaft zu einer „theoretisch toten" Kategorie erklärt, dem bleibt auch für sich eigentlich nur noch die intellektuelle Selbstverbrennung zu einem Häufchen „kalter Asche". Vgl. UTOPIE kreativ. Heft 151, Mai 2003, S. 415-424.

19 Vgl. S. 8 ff. in: Lefebvre, Henri: Das Alltagsleben in der modernen Welt. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1972.

20 Bernard Cassen / Susan George / Horst-Eberhard Richter / Jean Ziegler u.a.: Eine andere Welt ist möglich, hrsg. von Attac Deutschland im VSA-Verlag, Hamburg 2002.

21 Vgl. S. 288 in: Altvater, Elmar: Kapitalismus. Zur Bestimmung, Abgrenzung und Dynamik einer geschichtlichen Formation, Hauptartikel S. 281-292 in: Erwägen Wissen Ethik, EWE 13 (2002), Heft 3, Westdeutscher Verlag, Opladen. Siehe ebd. S. 317-319: Horst Müller, Politische Ökonomie heute: Krisen- oder Transformationstheorie? Thesen zur Kritik der traditionellen Kapital- und Krisentheorie.

22 S. 331 in Bloch, Ernst: Das Prinzip Hoffnung. Gesamtausgabe Bd. 5. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. Darin vor allem Kapitel 19, S. 288-334, Weltveränderung oder die Elf Thesen von Marx über Feuerbach. Siehe dazu auch Horst Müller, Durch den Feuerbach. Marx, Bloch und das Unabgegoltene der Feuerbach-Thesen. Onlinetext elfthes.pdf bei praxisphilosophie.de/

23 S. 592 in: Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. MEW 42. Marx hat klar gesehen, dass sich der Produktionsprozess schließlich in eine „technologische Anwendung der Wissenschaft" verwandelt und immer weniger von der unmittelbar darin angewandten Arbeitzeit oder von der „unmittelbaren Geschicklichkeit des Arbeiters" abhängt. Darauf beruht schließlich seine Vision von einer „Reduzierung der notwendigen Arbeitszeit" und zukünftigen „freien Entwicklung der Individualitäten", ihrer schöpferischen „künstlerische(n), wissenschaftliche(n)" Kräfte. Die moderne Informationstechnologie hat hier keine Tatbestände geschaffen, die den Marxschen Entwurf sprengen, sondern der bezeichneten Tendenz, über die Produktion i.e.S. hinaus in allen Bereichen der „Entwicklung des menschlichen Verkehrs", einen totalen Schub gegeben. Vgl. ebd. S. 595, 600, 601.

24 Vgl. Brand, Ulrich u.a.: Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung? Münster 2000

25 Robert Kurz prophezeit den „Weltbankrott des arbeitslosen Kasinokapitalismus. So grauenhaft die krisenkapitalistischen Verhältnisse jetzt schon sind: nach dem Krach, mit dem die größte aller spekulativen Blasen platzen muss, wird sich das globale kapitalistische System als rauchende ökonomische Ruine wieder finden". Vgl. Schwarzbuch Kapitalismus, Eichborn Verlag, Frankfurt/M. 1999, S. 748. Wenn man seine Prophezeiungen als Nostradamus der dritten industriellen Revolution subtrahiert, gibt es durchaus Verdienstvolles im Kurzschen „Abgesang auf die Marktwirtschaft" - allerdings keinerlei brauchbare utopistische Idee.

26 Vgl. Bischoff, Joachim: Die Memoranden - Alternativen zur neoliberalen Wirtschaftspolitik, S. 1114-1123 in: UTOPIE kreativ Heft 146, Dezember 2002.

27 Zu dem Themenkreis siehe auch Bourdieu, Pierre: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion. Darin u.a. S. 39-52: Der Mythos Globalisierung und der europäische Sozialstaat. UVK Universitätsverlag, Konstanz 1998.

28 Zum Begriff und zur Theorie der Sozialwirtschaft siehe Müller, Horst: Kapitalwirtschaft und Sozialwirtschaft (I). Zur konkreten Utopie der politischen Ökonomie. In: UTOPIE kreativ. Heft 47/48. Berlin 1994. S. 123-135. Ders.: Kapitalwirtschaft und Sozialwirtschaft (II). Übergang zur Sozialwirtschaft. In: UTOPIE kreativ. Heft 50. Berlin 1994. S. 25-37. Ders.: Sozialwirtschaft als Alternative zur Kapitalwirtschaft (Kurzfassung) in: Forum Sozialpolitik. Zeitschrift der AG SPAK Nr. 78/79, März 2000, S. 80-85.

29 Vgl. Müller, Horst: Die Staatsquote und Transformationstendenzen in Wirtschaft und Gesellschaft. S. 909-924 in: Utopie kreativ, Oktober 2001/Heft 132.

30 Die MigrantInnen, bei Wallerstein mehr oder weniger ein Zündstoff für soziale Spannungen, rangieren in der Empire-Theorie als eine Kerntruppe der Multitude, als eine jener politischen Subjektivitäten, welche die Konstitution des Empire angreifen und Wesentliches zu seiner Überwindung beizutragen haben. Vgl. Hardt Michael u. Negri Antonio (2000): Empire. Die neue Weltordnung. Campus Verlag, Frankfurt/M. 2002. Dazu auch Brand, Ulrich: Die Revolution der globalisierungsfreundlichen Multitude. Empire als voluntaristisches Manifest, in: Gesellschaftsgeschichte und Gesellschaftsformation, Zeitschrift Das Argument Nr. 245/2002.

Franz Naetar
Vorstellung und Diskussion von: Beverly J. Silver: „Forces of labor - Workers' Movements and Globalization since 1870" *

Das *Fernand Braudel Center* der *Binghampton University,* bekannt durch die Arbeiten von Immanuel Wallerstein über die Entwicklung des Kapitalismus als Weltsystem, startete in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts ein kollektives Forschungsprojekt über ArbeiterInnenkämpfe (genaugenommen über die Kämpfe aller Lohnabhängigen) von 1870 bis 1990. Resultat dieses Forschungsprojektes ist die „World Labor Group" (WLG) Datenbank über Arbeitskämpfe.[1]

Berverly Silvers Buch versucht - basierend auf gesammeltes Datenmaterial - die zur Zeit weltweit vorsichgehenden Entwicklungen einzuschätzen und in einen historischen Kontext zu stellen. Auf diese Art und Weise hofft sie, die neuen und nicht so neuen Aspekte der Globalisierung besser verstehen zu können. Im Folgenden werde ich vorerst das konzeptionelle Vorgehen der Autorin beschreiben und danach ihre zeitlich und geografisch sortierten Untersuchungsergebnisse vorstellen. Danach möchte ich versuchen, die Grenzen der Vorgehensweise von Silver zu skizzieren und die sich daraus ergebenden Fragestellungen anzureißen.

Der konzeptionelle Rahmen

Beverly Silver's Arbeit hat zwei theoretische Wurzeln:

* Die Theorie des Kapitalismus als Weltsystem - vor allem repräsentiert in den Arbeiten von Wallerstein[2] - die davon ausgeht , dass die Entwicklung des Kapitalismus nur als Weltsystem richtig verstanden werden kann.

* Die Sichtweise des italienischen Operaismus, welcher die Entwicklung des Kapitalismus durch der Kämpfe der ArbeiterInnenklasse gegen die Ausbeutung durch die Kapitalistenklasse bestimmt sieht.

Zur Charakterisierung von Arbeitskämpfen und zur Begründung ihrer Stärke / Schwäche und ihres Erfolgs / Misserfolgs führt Silver folgende Begriffe ein:

Bargaining Power

Bargaining power (der deutsche Ausdruck „Verhandlungsmacht" trifft diesen Begriff nicht ganz, ich werde daher den englischen Ausdruck verwenden, bezeichnet die Machtposition der ArbeiterInnenklasse in einer bestimmten Industrie, historischen Situation und konkreten Auseinandersetzung. Die bargaining power wird von Silver in eine Komponente, die sich aus der Organisationsstärke der ArbeiterInnen ergibt, und in eine die sich aus den strukturellen Gegebenheiten ergibt, geteilt. Erstere nennt sie die „associational bargaining

power". Bei der strukturellen bargaining power macht sie noch eine weitere Unterteilung in die „marketplace bargaining power" und die „workplace bargaining power". Während erstere die Position der ArbeiterInnen am Arbeitsmarkt beschreibt, beurteilt zweitere die sich aus der technischen Struktur des Arbeitsprozesses in der Fabrik ergebende Verhandlungsmacht der ArbeiterInnen. Diese drei Aspekte sind nicht unabhängig voneinander. Dennoch zeigt das Buch, dass diese Unterscheidungen ganz gut gestatten, Kräfteverhältnisse in Arbeitskämpfen zu analysieren.

Die Arbeitskraft ist keine Ware wie jede andere - „Polanyi- und Marx- ArbeiterInnenunruhen"

In der Beschreibung historischer Prozesse versucht Silver zwei Sichtweisen zu verwenden, und sie bestimmten Phasen von Klassenkämpfen zuzuordnen. Sie nennt sie die „Polanyi Sichtweise" und die „Marx Sichtweise". Beide betrachten laut Silver die Ware Arbeitskraft als eine *fiktive* Ware. Marx siedle den Punkt, an dem sich der fiktive Charakter der Ware Arbeitskraft zeigt, in der Fabrik an. Am Markt herrsche beim gelungenen Verkauf der Arbeitskraft zu ihren vollen Wert: *„Gleichheit, Eigentum und Freiheit"*[3] ,am Arbeitsplatz aber zeige sich der fiktive Charakter der Warenform im Widerstand der Arbeitskraft, falls diese zu lang, zu hart und zu schnell angetrieben werde.[4]

Für Polanyi wiederum zeige sich der fiktive Charakter der Ware Arbeitskraft schon am Arbeitsmarkt selber, da Land und Arbeitskraft entweder überhaupt nicht - wie das Land - oder nicht für den Arbeitsmarkt produziert würden - wie die Arbeitskraft. Arbeit und Land seien nichts anderes als die Menschen und ihre natürliche Umgebung selber, wie sie in jeder Gesellschaft existieren müssen. Für Polanyi erzeugt daher der unregulierte Markt notwendigerweise eine Gegenbewegung in der Gesellschaft in Form von Sozialgesetzgebung, Fabrikgesetzen, Arbeitslosenversicherung und Gewerkschaften, die zu einer relativen Reduzierung des Warencharakters der Arbeitskraft führe und zeitweise die Profitinteressen den Interessen der Erhaltung der lebendigen Arbeit unterordne. Diese Reaktion erzeuge aber wiederum Versuche zu einer neuerlichen Ausdehnung der Warenform der Arbeitskraft, um die Profitabilität zu verbessern.[5]

Auf diese Weise, meint Silver, könne die Pendelbewegung zwischen relativer Verringerung der Marktförmigkeit als Reaktion auf die steigende revolutionäre Entschlossenheit der ArbeiterInnen und die Wirtschaftskrise in der Zwischenkriegszeit erklärt werden, wie auch die Gegenbewegung des Pendels in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts. Für Marx dagegen sei eine phasenförmige Entwicklung des Verhältnisses zwischen Proletariat und Kapitalistenklasse kennzeichnend. Der Kapitalismus produziere gleichzeitig zunehmendes Elend und zunehmende proletarische Macht. *„Der Fortschritt der Industrie, dessen willenloser und widerstandsloser Träger die Bourgeoisie ist, setzt an die Stelle der Isolierung der Arbeiter durch die Konkurrenz ihre revolutionäre Vereinigung durch die Assoziation"* (Marx: Kommunistisches Manifest).

Für Silver verschlechtere daher die Zunahme der Reservearmee, die marketplace bargaining power, die Entwicklung der Technologie und die Konzentration der Arbeit in Fabriken verbessere aber die associational und workplace bargaining power des Proletariats. Diese Entwicklung müsse aber nicht notwendig linear interpretiert werden, sondern das Marxsche „Kapital" könne gelesen werden als die Geschichte der Dialektik zwischen dem Widerstand gegen die Ausbeutung am Ort der Produktion und den Versuchen des Kapitals, diesen Widerstand durch ständige Revolutionierung der Produktion zu überwinden. Diese Dialektik bewirke eine ständige Veränderung der ArbeiterInnenklasse selber und der Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit.

In der Analyse der Langzeitbeziehungen zwischen Kapital und Arbeit versucht nun Silver auf eine Kombination von Pendelbewegung und Phasenentwicklung zu achten. Den Abwehrkampf der ArbeiterInnen gegen den sich ausdehnenden Markt sowie neue und geänderte Produktionsformen, die „von oben" eingeführt werden, bezeichnet sie als „Polanyi-ArbeiterInnenunruhen" (labor unrest). Als „Marx-ArbeiterInnenunruhen" bezeichnet sie den Kampf der sich neu bildende ArbeiterInnenschichten, welche durch die historische Entwicklung der Produktionsformen des Kapitalismus entstehen.

Der Einfluss von Rasse, Ethnie[6], Geschlecht und Nationalität auf die Klassenbildung

Ein weiteres Element des konzeptionellen Rahmen der Studie stellt die Berücksichtigung von Rasse, Ethnie, Geschlecht und Nationalität auf die Klassenbildung dar. Im Gegensatz zu Marx, der meinte, dass der Proletarisierungsprozess mit der Zeit eine zunehmend homogenisierte ArbeiterInnenklasse mit gemeinsamen Erfahrungen, Interessen und Bewusstsein hervorbringen werde, stellt sie die historischen Erfahrungen des 19. und 20. Jahrhunderts, die zeigen würden, dass diese lineare Entwicklung so nicht stattfindet. Sie unterscheidet dabei zwei Situation: Die eine wird durch das Faktum bestimmt, dass *für das Kapital* jede Arbeitskraft

unabhängig von Alter, Geschlecht, Rasse und Nationalität als Ausbeutungsobjekt gleich viel zählt, oder besser so viel zählt wie sie Profit bringt. Dass sich aber die Objekte dieses Prozesses keinesfalls so sehen. *Die ArbeiterInnen selber* sind keinesfalls bereit, auf ihre Identität außerhalb der Klassenbeziehung zu verzichten. Gerade der Druck des auf sie lastenden Kapitals bringt sie dazu auf Nationalität, Rasse und Geschlecht zu achten, um - wie sie meinen - der alles zersetzenden Ausbeutung Grenzen zu ziehen.

Wie aus dem vorhergehenden ersichtlich ist, wird diese Situation in den Polanyi'schen ArbeiterInnenunruhen eine große Bedeutung spielen und bewirken, dass Nationalismus, Rassismus und Patriarchat integraler Teil der ArbeiterInnenbewegung war und ist. Die zweite Situation trifft dann zu, wenn sich durch die technische Umwälzung neu bildende ArbeiterInnenschichten auf Ausgrenzungen und Barrieren stoßen, die vom Staat und der Kapitalistenklasse - oft unter Mithilfe der bessergestellten ArbeiterInnen - aufrechterhalten werden, um diesen neuen Schichten die Errungenschaften der „alten" ArbeiterInnenschichten zu verwehren, letztlich um so besser alle beiden Schichten ausbeuten zu können. Diese Situation trifft neben den Auseinandersetzungen in Kolonien und Halbkolonien auch auf die Migrationsströme innerhalb und nach Europa sowohl Anfang wie Ende des zwanzigsten Jahrhunderts zu. Die Kämpfe dieser Schichten für gleiche Rechte für alle fallen oft mit den oben bezeichneten „Marx-ArbeiterInnenunruhen" zusammen.

Pendeln zwischen Profit und Legitimationsproblemen

Die Gesamtsicht des Systems „Welt" zeichnet für Silver ein einfacher Widerspruch aus. Es ist das „system level problem", wie es auch Wallerstein beschreibt, dass nämlich über einen längeren Zeitraum betrachtet, entweder die geringe Profitabilität des Kapitals ein Problem darstellt oder die Legitimität des kapitalistischen Systems. Diese Legitimität werde nämlich durch die Zweifel an der Fähigkeit des Kapitalismus, ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen, untergraben. Diese allgemeine Tendenz wird allerdings durch andere Prozesse überlagert, wie die empirischen Untersuchungen zeigen.

Die Datenquellen

Bevor wir uns den empirischen Daten und ihrer Interpretation zuwenden noch ein Wort über den Aufbau und die Erstellung der Datenbank. Ein Projekt, wie das von Silver, steht vor dem Problem, dass über ArbeiterInnenunruhen und Klassenkämpfe keine oder ungenügende Statistiken gibt. Streikstatistiken erfassen eben nur diese, und es gibt sie auch nur für einen kleinen Teil der Länder. Der Weg, der daher eingeschlagen wurde, war, zwei große Tageszeitungen The Times (London) und die *New York Times* von 1870 bis 1996 anhand des Index durchzusehen und jeden berichteten Fall von ArbeiterInnenunruhe in ein standardisiertes Formular einzutragen. Diese Vorgehensweise gründete auf der Überlegung, dass die großen Zeitungen der Bourgeoisie in den zwei dominanten kapitalistischen Mächten einen guten, weltweiten Überblick über Auseinandersetzungen aller Art zwischen Arbeit und Kapital liefern. Die dabei ermittelten Ergebnisse wurden danach mit anderen Quellen - soweit welche zur Verfügung standen - verglichen. Dabei konnte gezeigt werden, dass die WLG Datenbank eine qualitativ gute Landkarte der Arbeitskämpfe in der ganzen Welt zu zeichnen gestattet.

Die Arbeitskämpfe in der Autoindustrie und in der Textilindustrie

Um geographische und zeitliche Muster der Klassenauseinandersetzungen feststellen zu können, konzentriert sich Silver vorerst auf die führenden Industrien des 19. und des 20. Jahrhunderts, nämlich die Textil- und die Autoindustrie. Die geographische / zeitliche Entwicklung der Kämpfe in der Autoindustrie:

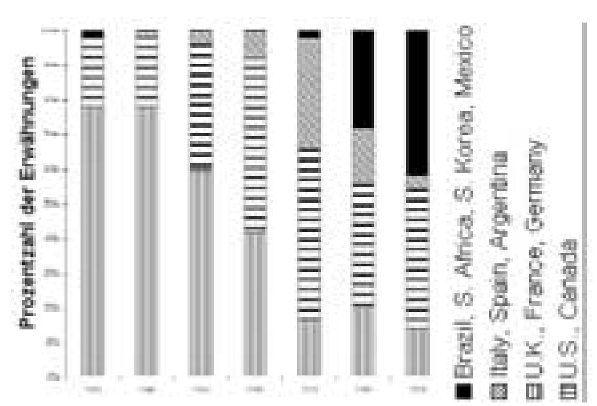


Abbildung 1: Geografische Verteilung der Erwähnung von ArbeiterInnenunruhen in der Automobilindustrie - Silver Seite 43

Die Grafik zeigt ein interessantes Muster: während in den 30er und 40 Jahren des 20. Jahrhunderts sich die Kämpfe vorwiegend auf die USA und Kanada konzentrierten, verschob sich das Zentrum der Kämpfe in den 50er und 60er Jahren nach UK, Frankreich und Deutschland, um danach Italien, Spanien und Argentinien und zuletzt in Brasilien, Südafrika, Mexiko vor allem aber auch Südkorea stark zu werden. Dieser durch die Welt wandernde Welle von ArbeiterInnenkämpfen gibt Silver folgen-

de Interpretation: Am Anfang steht eine produktionstechnische Lösung (product fix), die erlaubt, die Produktion weniger abhängig von der Arbeitskraft und ihrer Qualifikation zu machen. Konkret die Einführung der Fließbandproduktion für Autos. Diese gestattete es, weniger qualifizierte ArbeiterInnen einzusetzen.

Neue Schichten treten in den kapitalistischen Produktionsprozess ein und beginnen sich langsam gegen die Ausbeutung zur Wehr zu setzten. („Marx ArbeiterInnenunruhen") In den USA führte das zur siegreichen Besetzung der General Motors Werke in Flint am 30. Dezember 1936. Trotz Wirtschaftskrise gelang es den ArbeiterInnen am 12. März 1937 die Unterzeichnung eines Vertrages mit den United Auto Workers (der bis dahin nicht zugelassenen Gewerkschaft) zu erzwingen. Dieser Erfolg bewirkte, dass in einer ganzen Welle von Streiks die Gewerkschaften in den meisten Industrien der USA mit Massenproduktion Fuß fassen konnten. Ein wesentliches Faktum war die starke workplace bargaining power der AutoarbeiterInnen. Die hierarchische Struktur der Fließbandproduktion ermöglichte einer relativ kleinen Gruppe von entschlossenen ArbeiterInnen, die gesamte Produktion stillzulegen. Die starke workplace bargaining power ist ein wesentliches Kennzeichen der Autoindustrie. (Im Gegensatz zur führenden Industrie des 19. Jahrhunderts der Textilindustrie, die wesentlich weniger hierarchisch organisiert war - siehe dazu die Anmerkungen weiter unten.)

Für Silver bewirkte die erstarkende Stellung der AutomobilarbeiterInnen in den USA steigende Löhne und abhängig von der Situation im Produktzyklus - siehe dazu weiter unten - mehr oder weniger sinkende Profitraten. Das Automobilkapital reagiert darauf mit weiteren Versuchen, die Produktion zu rationalisieren und die Bedeutung der Arbeitskraft in Bezug auf Kosten zu verringern. In den 60er Jahren schließlich begann sie mit Verlagerungen der Produktion. Im Fall der USA zuerst in den gewerkschaftlich unorganisierten Süden mit seinem geringen Lohnniveau. Nachdem sich die UAW auch dort durchsetzen konnte, verringerte sich die Investitionsbereitschaft in den USA selber zunehmend. Die neuen Märkte Europa und Südamerika wurden bevorzugtes Ziel der Investitionen der großen Autokonzerne General Motors und Ford, Produktionsstätten für die USA wurden nach Mexiko verlegt (spatial fix). Die Investitionen der US-Autokonzerne in Europa führten zu einer von Staaten und europäischen Kapital geförderten Gegenoffensive im expandierenden Automarkt in den 50er, 60er und 70erjahren. Diese Übernahme der fordistischen Produktionsweise in der europäischen Autoindustrie führte, ähnlich wie in den USA vorerst zu einer Verringerung der Bedeutung qualifizierter Arbeit, zu einem massiven Zustrom wenig qualifizierter ArbeiterInnen aus dem Süden in die Autofabriken des Nordens und zu einer Neuauflage der Kämpfe der AutomobilarbeiterInnen der USA um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen in Europa.

Wie die Grafik zeigt, waren zuerst England, Frankreich und Deutschland und kurz darauf Italien, Spanien und Argentinien Zentrum der Kämpfe, um sich dann in den 80er, 90er Jahren nach Brasilien, Südafrika, Mexiko und vor allem Korea zu verlagern. In allen diesen Ländern kam es zu ähnlichen Entwicklungen mit einem zeitweiligen Sieg der ArbeiterInnen und der nachfolgenden Schwächung der Position der Beschäftigten durch Produktionsumstellungen und Produktionsverlagerungen. Für Silver stellt diese durch die Welt wandernde Welle von Arbeitskämpfen die Grundstruktur der Klassenauseinandersetzungen dar. Folgerichtig erwartet sie die nächste Welle von Arbeitskämpfen in der Autoindustrie in China und Mexiko, wo sich in wenigen Jahren die Autoproduktion auf ca. 2 Millionen produzierten Autos im Jahre 2002 vervielfacht hat.

Modifizierender Faktor: Technologisch - organisatorische Restrukturierung

Auffallend an den Tabellen ist eine bemerkenswerte Ausnahme in Bezug auf Arbeitskämpfe in der Automobilindustrie: Japan. Im allgemeinen wird die japanische Sonderstellung auf die Einführung des postfordistischen, toyotistischen Produktionsmodell der „lean and mean production" zurückgeführt. Diese Produktionsform mit der Auflösung der klassischen, zentralistischen Strukturen des Fordismus, der Auslagerung eines Großteils der Zulieferproduktion in eigene Firmen, einer flachen Hierarchie, der Einführung der

„just in time Produktion“, Gruppenarbeit und Qualitätszirkeln solle dieses Ausbleiben von Arbeitskämpfen in Japan erklären. In der Darstellung von Silver muss dieses Bild aber modifiziert werden. Laut ihrer Einschätzung muss man die Vorgeschichte des Toyotismus betrachten. Die japanische Automobilindustrie begann ihren Aufstieg in den 50er Jahren in einer Zeit, die von Massenkämpfen japanischer ArbeiterInnen in vielen Industrien und gescheiterten Versuchen mit fordistischen Modellen geprägt war. Das japanische Modell verringerte nun die Zahl der in den eigentlichen Autofirmen beschäftigten ArbeiterInnen bedeutend und verringerte vor allem ihre Zunahme in den Zeiten des Booms. Diesen an den zentralen Schaltstellen der Produktion sitzenden ArbeiterInnen wurden nicht nur relativ gute Löhne bezahlt, sie erhielten auch die Garantie auf einen „lebenslangen“ Arbeitsplatz. Durch die geringen Auswirkungen von Krise und Boom auf die Anzahl der benötigten ArbeiterInnen war diese Garantie möglich geworden. Diese (spalterische) Sonderstellung erreichte nun tatsächlich das Ziel großer Produktivität und geringer Arbeitsunruhe.[7]

Die Übernahme der organisatorischen Methoden des Toyotismus in anderen Ländern ging aber ohne diese Beschäftigungsgarantie einher. Diese sei aber entscheidend für das Ausbleiben des Kampfzyklus in Japan gewesen. In anderen Ländern bewirkte der Toyotismus daher keine Abnahme der Arbeitskämpfe und es zeigt sich auch, dass die „Just in Time“ Produktion die workplace bargaining power nicht nur nicht verringert sondern sogar erhöht hatte.

Modifizierende Faktoren: Der Produktzyklus

Ganz offensichtlich ist diese durch die Welt gehende Welle von Arbeitskämpfen nicht die Wiederholung des Immergleichen. Diese Grundstruktur wird auf technologischer Ebene erst einmal überlagert durch einen Produktzyklus.

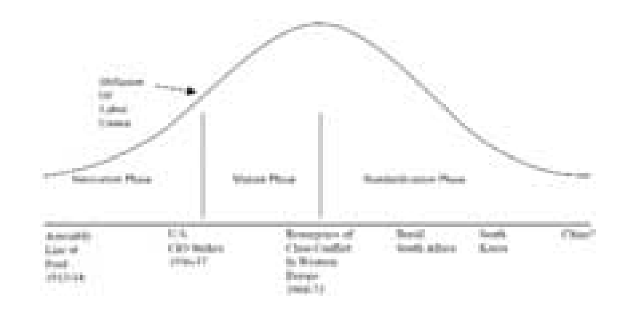


Abbildung 2: Der Automobil Produkt Lebenszyklus und die ArbeiterInnenunruhen (Silver S 78)

„Diffusion of Labor unrest“ meint Ausbreitung der ArbeiterInnenproteste und Unruhen. Als Produktzyklus wird hier die Entwicklung des Produktes Autos und der Formen der Produktion dieses Produktes insgesamt betrachtet. Die Annahme ist dabei, dass in der Innovationsphase die Möglichkeit, Extraprofite zu machen, besonders groß ist.[8] Die Sonderstellung der US-Autoindustrie, die in den 30er Jahren begann und durch die Weltwirtschaftskrise und den zweiten Weltkrieg bis in die 60er Jahre verlängert wurde, gestattete es den ArbeiterInnen trotz eines geringen Organisationsgrades (associational bargaining power) ganz wesentliche Verbesserungen ihrer Situation zu erringen. Ähnliche Kämpfe in Europa und noch viel mehr in Südamerika und Korea mussten mit mehr Härte und Konsequenz geführt werden und führten auch viel schneller zu Gegenmaßnahmen der Kapitalisten. Schließlich führt die Entwicklung zu einer zunehmenden Verlagerung des Kapitals in andere Produktionssphären (product fix). Ein Produktbereich verliert seine Sonderstellung und das Kapital flieht in andere Anlagesphären, die Extraprofite versprechen.

Die Textilindustrie

In einem Vergleich der Hauptindustrie des 19. Jahrhunderts der Textilindustrie mit der Hauptindustrie des 20. Jahrhunderts der Automobilindustrie zeigen sich - wie Silver meint - viele Ähnlichkeiten. Beide lösen eine Welle von ArbeiterInnenunruhen aus, die sich durch die Welt fortpflanzt. Beide führen erst einmal zur Zurückdrängung der qualifizierten Arbeit zugunsten weniger qualifizierter ArbeiterInnen, inklusive Kinder und Jugendliche. In jeweils führenden Ländern in beiden Industrien gelang es der ArbeiterInnenbewegung sich nach der Niederlage der qualifizierten Arbeit zu Beginn des Produktzyklus neu zu organisieren und nach harten Kämpfen ein relativ stabiles Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit zu erreichen. Ähnlich wie die UAW in den USA gelang es in England der ArbeiterInnenbewegung in den Lancashire Streiks von 1870 zu garantierten Verträgen über die Löhne zu gelangen, die mehrere Jahrzehnte hielten.

Allerdings bewirkten die Geschichte und Struktur dieser Industrie doch bedeutende Unterschiede: Die Textilindustrie war schon vor dem Aufkommen des industriellen Kapitals in vielen Ländern der Welt verbreitet. Die Eintrittshöhe für eine neue Produktion war wesentlich geringer. Beides führte dazu, dass die Ausbreitung der Textilindustrie nicht nur auf die Länder des Zentrums plus einiger Schwellenländer, wie bei der Automobilindustrie, beschränkt blieb.

Ein weiterer Unterschied war die weit geringere workplace bargaining power der TextilarbeiterInnen. Die Struktur der Textilindustrie macht Streiks in einem Teilbereich der Industrie weniger wirksam. Diese geringeren Möglichkeiten am Arbeitsplatz wurden zum Teil durch die größere Breite der Bewegungen ausgeglichen. Dennoch zeigt die Statistik der Arbeitskämpfe, dass insgesamt gesehen, die Erfolge der TextilarbeiterInnen seltener und Niederlagen häufiger waren.

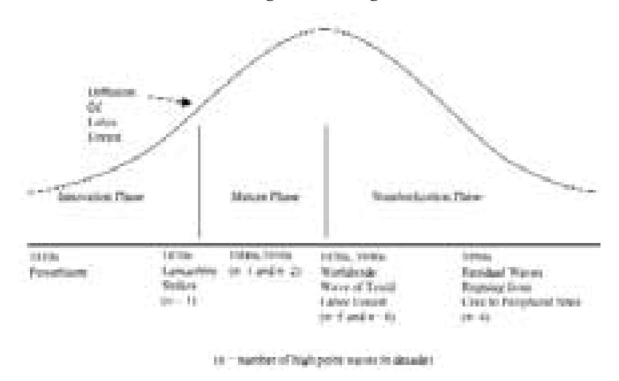


Abbildung 3: Textilprodukt Lebenszyklus und die ArbeiterInnenunruhen (Silver S 84) „number of high point waves in decade" meint Anzahl der ArbeiterInnenunruhe-Maxima im ganzen Jahrzehnt.

Was ist die nächste führende Industrie des Weltkapitalismus?

In der Interpretation von Silver ergibt sich die Struktur der Arbeitskämpfe aus der Überlagerung zweier Zyklen. Einerseits der geographischen Verlagerung der Produktion in Länder mit (noch) höherer Ausbeutungsrate, andererseits der Ablösung eines führenden Produktes durch ein anderes und der Verlagerung des Kapitals von einer Industrie in eine andere. Die führende Industrie des 19. Jahrhunderts, die Textilindustrie, wurde so durch die führende Industrie des 20. Jahrhunderts, die Automobilindustrie, abgelöst. Silver stellt sich die Frage, welche Industrie im 21. Jahrhundert die Rolle von Textil und Auto übernehmen könnte und muss diese Frage offen lassen. Zwar sieht sie Südostasien und insbesondere China als den Ort, an dem ein Kandidat für die führende Industrie, nämlich die Halbleiterindustrie und Elektronikindustrie ihre wichtigsten Auswirkungen auf neue Proletarisierungstendenzen hat, und erwartet daher dort steigende „Marx ArbeiterInnenunruhen" neben den zur Zeit vorherrschenden Abwehrkämpfen in den staatlichen Betrieben. Eine neue führende Industrie sei aber damit nicht gefunden.

Auch bei weiteren Kandidaten für die „führende Industrie des 21. Jahrhunderts" deren Beschäftigung sich in den letzten Jahrzehnten ausgedehnt hat: den Dienstleistungen, persönlichen Services und dem Ausbildungsbereich stellt sie zwar eine steigende Anzahl von Arbeitskämpfen fest, muss aber die Frage nach den dabei führenden Industriebereichen offen lassen.

Übersicht über ArbeiterInnenunruhen von 1870 bis 1990

Wenn die Zeitreihen aller Arbeitskämpfe von 1870 bis 1990 verfolgt werden, ergibt sich folgendes Muster:Vor den Weltkriegen häufen sich die Arbeitskämpfe um dann während des Krieges fast zu verschwinden. Mit dem Ende des Krieges explodiert die Anzahl der Arbeitskämpfe, nach dem zweiten Weltkrieg zwar etwas schwächer als nach dem ersten aber dafür länger auf hohen Niveau verbleibend. Silver versucht nun, getrennt in Peripherie (Kolonien und beherrschte Länder) und Zentren, sowohl die Entwicklung zu beschreiben als auch die Verbindung zwischen Revolutionen, nationalen Befreiungskämpfen und Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit nachzuzeichnen.



Abbildung 4: Weltweite ArbeiterInnenunruhen 1870 - 1996 (Silver S 126)

Bemerkenswert dabei ist, dass sich sowohl die expansive imperialistische Politik der Staaten vor dem ersten Weltkrieg und zweiten Weltkrieg in Zusammenhang mit den zunehmenden ArbeiterInnenunruhen sehen lässt, wie auch das fast vollständige Verschwinden der Auseinandersetzungen in den ersten Kriegsjahren mit dem relativ erfolgreichen Einbinden der ArbeiterInnenbewegung und Gewerkschaften in das „nationale Projekt". Diese Einbindung geht im ersten Weltkrieg einher mit der Anerkennung der Gewerkschaften sowie einer Reihe ihrer Forderungen in Deutschland, England, den USA und anderswo.

Der Krieg selbst wiederum führt nach anfänglicher - mehr oder weniger gelungener - Einbindung der ArbeiterInnen zu revolutionären Aufständen und dem explosiven Ansteigen der Arbeitskämpfe

nach dem Krieg. Weiters zeigen die weltweiten Zeitreihen ein bedeutendes Abklingen der Arbeitskämpfe seit den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts an. Ein Faktum, das Silver als die Krise der Arbeit und der ArbeiterInnenbewegung des späten 20. Jahrhunderts bezeichnet und deren Ursache herauszufinden, eines der Ziele der Untersuchung ist.

Einschätzung der derzeitigen Entwicklung

Abschließend versucht Silver im Lichte der Berichte über die zwei führenden Industrien der vergangenen beiden Jahrhunderte und dem Einfluss von Staat und Krieg die derzeitigen Entwicklungen der Klassenauseinandersetzungen und Arbeitskämpfe einzuschätzen. Aus ihren Beschreibungen der Verschiebung der Auseinandersetzungen in Textil- und Autoindustrie meint Silver schlussfolgern zu können, dass der globale Wettbewerb zu immer schlechteren Lebensbedingungen („the race to the bottom“) - wie er mancherorts befürchtet wird - so nicht stattfindet. Eine Verlagerung des Kapitals verursache in der Regel eine damit im Zusammenhang stehende Verlagerung der Kämpfe. Wie schon oben erwähnt, erwartet sie daher die nächste Welle von Arbeitskämpfen mit eventuellen Rückwirkungen auf den Rest der Welt in China. Allerdings wirken dieser, die Unterschiede zwischen Zentrum und Peripherie einebnenden, Kräfte andere Tendenzen entgegen:

* Der voranschreitende Produktzyklus gibt dem Kapital in den Ländern der Peripherie weniger Spielraum als den Ländern des Zentrums. Nur in der ersten Phase des Produktzyklus sind die Extraprofite vorhanden, die es auch den noch nicht so gut organisierten ArbeiterInnen gestattet, Verbesserungen ihrer Situation zu erkämpfen.
* Die workplace bargaining power, die im Laufe des 20. Jahrhunderts sich zu erhöhen schien, scheint seit den 80er Jahren wieder abzunehmen, trotz der Ausnahmen in den Transportindustrien. Die Situation erinnere mehr an die Zeiten der Neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts in der Textilindustrie.

Insgesamt meint Silver, dass die Durchsetzungsfähigkeit der ArbeiterInnenklasse wieder mehr von ihrer associational bargaining power und von möglichen Bündnissen mit anderen Schichten, oft innerhalb ihrer Community[9], abhinge und es gäbe auch Anzeichen dafür, dass die Thatcher Phrase TINA („there is no alternative“) zunehmend in Frage gestellt würde. Letztlich lässt sie die Frage offen, ob ein neuerlicher Aufschwung der ArbeiterInnenkämpfe zu erwarten sei, der das Pendel wieder in Richtung bessere Lebensbedingungen schwingen lasse.

Was können wir aus dieser Darstellung lernen?

Obwohl die Autorin das Bild des Operaismus aufnimmt, dass der Klassenkampf und nicht einfach die Selbstbewegung des Kapitals der Motor der Geschichte ist, überwiegt nach der Lektüre des Buches der Eindruck, dass der Klassenkampf, so wie ihn Silver begreift, den Charakter einer Kreis- oder Spiralbewegung hat, aus der es kein Entrinnen gibt. Aus dieser Sicht, weitgehend absehend von revolutionären Versuchen, den Kapitalismus abzuschaffen, scheint der Klassenkampf ein Kampf auf dem Feld „bargaining power“ zu sein und dieses Feld erinnert, trotz aller Bezüge Silver’s auf Kooperation und politische Einflüsse, an marktförmige Konkurrenz. Das Buch zeigt plastisch, dass der Kapitalismus ein Weltsystem war und ist und dass man die Entwicklungen aus der Sicht eines Landes nicht verstehen konnte und jetzt erst recht nicht verstehen kann. Es zeigt aber auch, dass diese Prozesse der kämpfenden Bewegung selbst weitgehend unbekannt geblieben sind. Dieses den vor sich gehenden Prozessen Ausgeliefertsein ergibt dann eben jenen Eindruck der hoffnungslosen Tretmühle der Klassenkämpfe.

Trotz der an verschiedenen Stellen erwähnten Bedeutung revolutionärer Strömungen für die Kampfkraft der ArbeiterInnenbewegung wird der Bedeutung der Versuche, nicht nur die bargaining power zu verbessern, sondern das ganze kapitalistische System zu stürzen, unterschätzt. Wenn man in der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts von den Revolutionen und ihren Zielen absieht, dann scheinen diese Kämpfe den Charakter einer Sisyphusarbeit zu bekommen. Nur wenn wir die Geschichte der Klassenkämpfe als eine Geschichte der (bisher gescheiterten) Versuche Kapitalismus und Unterdrückung

abzuschütteln begreifen, können wir erfolgreich die Frage stellen, was die gegenwärtige Situation auszeichnet und was aus den fehlgeschlagenen Versuchen, eine kommunistische Gesellschaft zu errichten, gelernt werden kann. Die große Bedeutung des Empire-Buches von Negri und Hardt liegt genau in diesem Versuch, die Tradition der kommunistischen Revolution wieder aufzunehmen. Genau das macht Silver nicht. Sie meint die Klassenkämpfe weitgehend unabhängig von politischen Kämpfen und ideologischen Auseinandersetzungen betrachten zu können.

Nach der Lektüre vieler theoretischer Dokumente der deutschsprachigen Linken, welche die Klassenkämpfe und die bisherigen Versuche des Sturzes des Kapitalismus als eine Geschichte des falschen Denkens behandeln, so als ob es quasi genügt hätte, damals den richtigen Durchblick zu haben, um erfolgreich den Kapitalismus überwinden zu können, bringt einem Silver's Buch auf den harten Boden der Arbeitskämpfe zurück. Es konfrontiert die LeserInnen mit der Tatsache der Krise der Arbeiterbewegung und der Verringerung der Arbeitskämpfe, wie sie im 20. Jahrhundert sonst nur in Zeiten des Krieges stattfand. Dennoch meine ich, dass für eine Einschätzung der aktuellen Situation der Blickwinkel der Autorin ungenügend ist: Es fehlt dafür der Zusammenhang mit den antikapitalistischen revolutionären Bewegungen und ihren Theorien.

e-mail: francois.naetar@gmx.at

Anmerkungen:

* (Cambridge University Press 2003)

1 Resultate dieser Datenerhebung sind (unter anderen) veröffentlicht in „World-Scale Patterns of Labor-Capital Conflict: Labor Unrest, Long Waves, and Cycles of World Hegemony." Review (Fernand Braudel Center), 18(1), Winter 1995, 155-92 und in „Turning Points of Workers' Militancy in the World Automobile Industry, 1930s-1990s." Research in the Sociology of Work, 6, 43-71, 1997.

2 Wichtige Arbeiten sind: „The Modern World System I. Capitalist Agriculture and the Origins of the European World-Economy in the Sixteenth Century." New York: Acadmic Press, 1974 und „The Capitalist World-Economy." Cambridge: Cambridge University Press, 1979

3 Marx macht sich über den Vulgärekonomen und Apologeten des Kapitalismus Bentham lustig und schreibt: „Gleichheit, Eigentum und Bentham. Freiheit" „Das Kapital", MEW 23, Seite 189

4 Silver beschäftigt sich nicht mit der Wert und Mehrwert produzierenden Seite des Arbeitsprozesses sondern betrachtet nur die Auswirkungen dieses Prozesses auf die Beziehungen zwischen den Klassen.

5 Laut Silver lässt Polanyi die Frage aus, welches die Kräfte der Gesellschaft sind, die dieses Pendeln zwischen Verringerung und Verstärkung der Warenform der Arbeitskraft erzeugen und warum sie das tun.

6 Da der Begriff „Rasse" in den letzten Jahren als unwissenschaftlich und als ohne jede Basis in den biologischen Wissenschaften gebrandmarkt wurde, ersetzt seit einiger Zeit der Begriff der „Ethnie", der sich nicht festlegt, ob der „Unterschied" biologisch oder kulturell begründet wird, den Platz der „Rasse".

7 Die Energiekrise in den 70er Jahren bestärkte das japanische Management in der Entscheidung, den (wenigen) Arbeitern in den Zentralen den Arbeitsplatz zu garantieren, da sie auf diese Weise leichter Zugeständnisse auf der Lohnseite in Krisenjahren erreichen konnten.

8 Natürlich gibt es auch innerhalb jeder dieser Phasen Innovation, Reifung und Standardisierung auf Basis technologischer Entwicklungen. Dennoch lässt sich sowohl in der Textilindustrie wie auch in der Automobilindustrie ein historischer Trend zur Verflachung dieser Innovationszyklen feststellen. Innovationen z.B. in der Textilindustrie haben heute eine wesentlich geringere Bedeutung als im 19. Jahrhundert

9 Ein wesentlicher Teil der neuen Arbeiter rekrutiert sich aus Immigranten. Die zum Teil ethnische Gemeinschaft spiele daher oft eine wichtige Rolle, wie die erfolgreichen Kämpfe der Reinigungsarbeiter mexikanischer Abstammung in Kalifornien - the Janitors - zeige.

Robert Foltin
Soziale Bewegungen in Österreich: Die Autonomen

Dieser Abschnitt behandelt nur einen Teil der Bewegungen der zweiten Hälfte der 1980er (z.B. gab es auch die Studierendenproteste 1987 und die Anti-Waldheim-Bewegung ab 1986). Daß dieser Abschnitt mit „Die Autonomen" betitelt wird, hat mit dem Widerschein dieser Bewegung in der medialen Öffentlichkeit zu tun. Aber auch innerhalb dieser Bewegung wird nur jener Bereich behandelt, der besonders mit Hausbesetzungen und den Anti-Opernball-Demonstrationen dieser Zeit zu tun hatte. Ortsangaben beziehen sich, wenn nicht ausdrücklic anders erwähnt, auf Wien.

In der zweiten Hälfte der 1980er tauchten die „Autonomen" auch in den Medien außerhalb der Szene auf. Immer wenn es Krawalle gab, waren es die Autonomen. Waren dieselben TeilnehmerInnen involviert, ohne daß es zu Krawallen kam, wurde von „Jugendlichen" gesprochen. Natürlich haben die ProtagonistInnen, die als Autonome bezeichnet wurden, mit dem Mythos der Militanz gespielt, tatsächlich stand und steht aber mehr dahinter, insbesonders der Anspruch, die Veränderung des eigenen Lebens mit der Umgestaltung der Gesellschaft zu verbinden. Während ein Teil der sozialrevolutionären Ideen, die 1968 gemeinsam mit einer Subkultur aufkamen, über die „neuen sozialen Bewegungen" (Alternativbewegung, Frauenbewegung etc.) in den sich umstrukturierenden Kapitalismus integriert wurde oder zumindest auf dem besten Wege dahin war, versuchten die Autonomen, das militante, vorwärtstreibende, umstürzende Element beizubehalten. Neben den trotzkistischen Sekten, die in ihrer Fixiertheit auf Machtübernahme im Staat und auf die fordistische ArbeiterInnenklasse vollkommen daneben lagen, blieb für sie als Einzige der Traum von einer Revolution. Es gab keine Bezugnahme auf revolutionäre Staaten, es waren Unruhen und Guerillakriege im Trikont und teilweise auch in Europa, die in ihrer Bedeutung überhöht wurden, um für sich selbst die Gewissheit zu schaffen, daß der herrschende Imperialismus schon in die Enge getrieben sei. Zugleich waren viele Texte voll von Katastrophismus und Beschreibung der Repression, wie sie (natürlich) gegen revolutionäre Bewegungen eingesetzt wurde und wird. Kulturell waren die Autonomen mit der Punkszene verbunden, u.a. weil diese am stärksten mit ihrem ganzen Leben die Ablehnung des herrschenden Systems ausdrückten. Aber es handelte sich auch um ein gespanntes Verhältnis: die unpolitischen Punks (oft „Suffpunks") hatten ein offenes Verhältnis zur entstehenden Skinhead-Kultur, die zu einem großem Teil die harte Musik übernommen hatte und genauso auf Leben und Vergnügen standen. Die meisten Auseinandersetzungen gab es aber wegen sexistischem Verhalten von Teilen der Punkszene, die sich dann auch von den „politisch korrekten" Autonomen (von diesen manchmal „Automaten" genannt) abgrenzten.

Das soziale Feld der Autonomen war ein Netz von Treffpunkten, WGs und Einzelpersonen, die in vielen (meist kurzfristigen) Initiativen aktiv wurden. Ein Teil von ihnen zog es vor, sich als AnarchistInnen zu bezeichnen, andere sahen sich als „AntiimperialistInnen“, die mit dem bewaffneten Kampf der Metropolenguerilla, besonders der RAF (Rote Armee Fraktion) sympathisierten, wieder andere wollten sich gar nicht einordnen lassen, waren nur (Polit-)Punks oder HausbesetzerInnen. Entstanden ist diese Struktur aus den Spontis, aus der Jugend- und HausbesetzerInnenbewegung und AktivistInnen aus dem Umfeld des Kultur- und Kommunikationszentrums Gassergasse (GAGA), das 1983 geräumt wurde. Immer mehr setzte sich auch die Vermummung durch, nicht unbedingt wegen illegaler Aktionen, sondern auch, weil die Gefahr bestand, von Nazis und Stapo erkannt und gefilmt zu werden. Von einem Teil der Szene wurde ein Fetisch daraus gemacht, weil mensch in der Gruppe vermummt gefährlicher ausschaut als mensch ist.

Bis auf die schon erwähnten AnarchistInnen und AntiimperialistInnen gab es kaum politische Identitätsbildung. Mensch traf sich in Lokalen und auf Konzerten und Demonstrationen, besetzte Häuser oder beteiligte sich an Plenas. Politische Diskussionen wurden durch eine Strukturdebatte ergänzt. Das betraf technische Elemente von Rechtshilfe und Demosanis bis hin zu HandwerkerInnen, die Reparaturen durchführten oder die Häuser verbarrikadierten. Ein Teil der Szene war beschäftigt, Plenas durchzuführen, die es auf verschiedenen Ebenen gab (von Hausplenas und Autonomenplenas bis zu offenen Treffen, wo aber meistens auch die gleichen Leute anwesend waren). Oft blieb keine Zeit für theoretische Diskussionen.

Die nicht vorhandene politische Identität förderte ein ausgeprägtes Wir-Bewußtsein auf einer anderen Ebene. Da das Autonom-Sein auch kulturellen Ausdruck fand, wurde oft bereits durch die Äußerlichkeit der Bekleidung gezeigt, daß mensch dazugehört (und andere nicht). Durch die permanente Bedrohung durch Repression entstand zeitweise ein Klima der Paranoia, das die Abgrenzung nach außen noch verstärkte. Oberflächlich gesehen war es erstaunlich, daß immer wieder und zeitweise sehr viele neue Leute dazukamen. Die Abgrenzungen wirkten sich aber auch teilweise untereinander aus. So gab es Rivalitäten zwischen den sozialen Umfeldern der verschiedenen Treffpunkte (so gab es die Rotstilzchens, die Aegidis, die vom TU-Club).

Immer wieder gab es die Erfahrung der eigenen Schwäche. So tauchte immer der Anspuch auf, noch besser organisiert, noch militanter zu werden, was aber für die entsprechenden Personen dann wieder stärkere Abgrenzung nach außen bedeutete. So ist es auch nicht verwunderlich, daß insbesonders der Teil der Szene, der sich auf den Antiimperialismus berief, den Leninismus wiederentdeckte, damit die Organisation in einer kaderartigen Avantgarde-Partei. Die AntiimperialistInnen sahen sich in Zusammenhang mit den bewaffneten Kämpfen in Westeuropa (und der ganzen Welt), ihr Orientierungspunkt war die RAF. Eine Lieblingsmetapher dieser sozialen Zusammenhänge war immer „eine Front (mit der Guerilla)“, was die eigenen, als unwichtig empfundenen Aktionen aufwertete. Durch die Gemeinsamkeit gegen den Imperialismus wurde die Sowjetunion positiver bewerteten als von „anderen“ Autonomen oder die AnarchistInnen. Der kleine Teil, der nach dem Zusammenbruch des „Kommunismus“ in Osteuropa diese Ideologie beibehielt, orientierte sich an bewaffneten Kämpfen wie den der PKK, die in der Türkei für ein unabhängiges Kurdistan kämpfte, oder an den maoistischen Gruppen, die sich um den *Sendero Luminoso* in Peru in der RIM *(Revolutionary International Movement)* zusammengeschlossen hatten. Sie blieben aber Einzelpersonen, die als die aktivsten Teile Plenas mit ihrem neu entdeckten Stalinismus oder der Verherrlichung jedes reaktionären antiimperialistischen Kampfes nervten, aber für die technische Organisation Bedeutung gewannen.

Eine Diskussion, die immer wieder aufbrach, war die des Antisexismus. Wobei es (so wie überall) keine echte Diskussion gab. Wenn es sexuelle Übergriffe gab, wurden die entsprechenden Männer ausgeschlossen, es ging selten um die Diskussion der Machtverhältnisse, sondern nur um Aus- und Abgrenzungen. Teilweise wurde das auch für interne Machtkämpfe benutzt. Es war klar, daß sich mann (und frau) gegen

Sexismus und Patriarchat aussprach, aber die realen Machtverhältnisse zwischen Männern und Frauen wurden nur am Rande (und wenn, dann eher unter Frauen) diskutiert. Das war mit ein Grund dafür, warum sich ein Teil der Frauen in Frauenzusammenhänge zurückzog. Ein Versuch, sich mit Sexismus auseinanderzusetzen, bildete die Diskussion um die *triple oppression.* Einerseits wurden in diesem Modell die netzwerkartigen Verknüpfungen der Macht reflektiert: die Macht ist überall und geht bis in unsere Körper. Andererseits wurde die Unterdrückung in den drei Hauptelementen Klassismus, Rassismus und Sexismus gesehen, gegen die gleichwertig gekämpft werden müsse.

„Autonome" gab es schon in Bewegungen in der ersten Hälfte der 1980er, u.a. in der Beteiligung als „autonomer und internationalistischer Block" bei der zweiten Friedensdemonstration im Oktober 1983 oder beim Barrikadenbau in Hainburg im Dezember 1984. Gerade in dieser Zeit erschienen sie als der militante Flügel der sozialen Bewegungen. Wobei diese zu einem gewissen Teil nur durch die „gewalttätigen Auseinandersetzungen" ihre mediale und gesellschaftliche Relevanz bekamen. Auch später beteiligten sich „autonome" AktivistInnen an allen sozialen Auseinandersetzungen, die in den 1980ern eine Rolle spielten - von den antiimperialistischen Demonstrationen gegen den Militärschlag der USA gegen Libyen 1986 bis zum Widerstand gegen Abfangjäger, aber auch im Kampf gegen Sozialabbau im Zusammenhang mit der Studierendenbewegung 1987.

Immer wieder erschienen kurzlebige Zeitungen *Diskussionsbulletin Autonomie* 1983, *Autonom* 1984, *notkühlung* Ende 1984, Anfang 1985, *Permanente Eskalation* 1986, *Autonomes Stadtinfo* 1987, einen kurzfristigen Höhepunkt erreichte die Zeitungsproduktion nach der Räumung der Aegidi im Herbst 1988: *BesetzerInneninfo, Anti.* Im Herbst 1988 wurde auch das *TATblatt* mit der Nummer minus 101 gegründet, geplant als Zweitageszeitung. Das war allerdings doch ein bißchen zu hoch gegriffen, das TATblatt wurde zu einem zweiwöchigem Informationsblatt der autonomen Szene, weniger sporadisch produziert als die früheren Zeitschriften und besteht bis heute. Die Szene war auch mit einigen Treffpunkten verbunden, einer davon war das Rotstilzchen, das nach dem Abriß der GAGA ein wichtiger Kommunikationsknoten wurde und ab 1986 ein expliziter Treffpunkt der Autonomen. Ein weiterer Kommunikationsraum war der TU-Club, der zwar offiziell von der HochschülerInnenschaft der TU organisiert wurde, tatsächlich aber von einem Kollektiv, das diesen Treffpunkt als Lokal und Kommunikationszentrum in Selbstverwaltung führte. Ab November 1988 gab es auch einen bis 1994 existierenden Infoladen am Margaretengürtel. Der wichtigste Brennpunkt wurde aber für einige Jahre das besetzte Haus in der Aegidigasse 13 (vgl. unten).

Ein erster Versuch eines eigenständigen Auftretens der Autonomen war gemeinsam mit anderen Gruppen die Störung einer Angelobung des Bundesheeres im Karl-Marx-Hofes zum Jahrestag der Februarkämpfe 1934 am 12. Februar 1984. Während VertreterInnen der Zivildiener ein Transparent mit der Parole „Gehorsam bis zum Bürgerkrieg" entfalteten (1934 wurde das Bundesheer gegen sozialdemokratisch organisierte ArbeiterInnen eingesetzt, u.a. wurde der Karl-Marx-Hof mit Kanonen beschossen), wurde die Bundeshymne durch Pfeifen und mit Knallkörpern gestört. Zivile Polizisten zertraten einem Teilnehmer die Hoden. (vgl. linke Nr. 4, 29. 2. 1984). In den nächsten Wochen kam es zu zahlreichen Vorladungen bei der Polizei anhand von Filmmaterial, das von BeamtInnen in Zivil gemacht wurde, und zu einer Reihe von Anzeigen. Ein Grund mehr für die Verwendung von Vermummung.

Anfang 1985 war das Bild der Polizei in der Öffentlichkeit etwas angeknackst. Im Dezember 1984 hatten sie in Hainburg geprügelt, wo es sich doch nur um brave StaatsbürgerInnen handelte. Im Jänner 1985 fand dann der Prozeß wegen der Räumung der GAGA statt. Ein Teil der Angeklagten wurde freigesprochen, nur die, die Aussagen bei der Polizei gemacht hatten, konnten verurteilt werden. In der Szene wurde das als eine Bestätigung der Kampagne für Aussageverweigerung gesehen (linke Nr. 3, 13.2.1985). Die Reaktion der Polizei folgte im März 1985. Ein Sprayer wurde erwischt und daraufhin gleich wieder freigelassen. Im Anschluß an eine neuerliche Festnahme wurde eine gan-

ze WG in Haft genommen, ab dem 14. März wurde über zehn Personen die U-Haft verhängt. Die meisten Festgenommenen waren schon bei einer Hausbesetzung am 22. Jänner 1984 in der Tigergasse aufgefallen. Ungewöhnlich für die damalige Situation war, daß die Beschuldigten so lange festgehalten wurden. Vermutlich passierte das, um Rache zu nehmen für Hainburg und um Aussagen zu bekommen. Am 16. März fand eine Solidaritätsdemonstration statt, bei der in der Florianigasse wasserlösliche Farbe verschüttet wurde. Beim Einsatz der Staatspolizei wurden zwei Frauen festgenommen, die ebenfalls sofort in U-Haft genommen wurden. Die Auswahl der Frauen war auffällig: es handelte sich um eine Vorbestrafte, die dann auch fünf Monate in U-Haft verbringen mußte und die „Frau Club 2".: Sie war als Verletzte auf dem Titelcover des Profil, des österreichischen Politmagazins, über den Polizeieinsatz in der Hainburger Au zu sehen und trat in einem „Club 2" (legendäre Spätabends-Diskussionssendung des ORF) auf und berichtete dort über den Polizeieinsatz. In den linken Medien erschien ein Foto, auf dem zu erkennen ist, daß ein Funkgerät eines Staatspolizisten „zufällig Manuelas Kopf berührt", anders gesagt, ihr auf den Kopf gedroschen wurde. Nach drei Wochen wurden alle bis auf E. (die vorbestrafte Frau) freigelassen. Es kam zu Freisprüchen der bei der Demonstration festgenommenen Frauen, nicht einmal der übliche Gummiparagraph „Widerstand gegen die Staatsgewalt" konnte nachgewiesen werden, weil der Polizeieinsatz durch Fotos gut dokumentiert war. Die vorbestrafte E. wurde wegen Sachbeschädigung (durch wasserlösliche Farbe auf der Straße!) verurteilt, damit keine Haftentschädigung für die fünfmonatige U-Haft bezahlt werden mußte. Die SprayerInnen wurden in unterschiedlichem Ausmaß verurteilt, u.a. auch wieder abhängig von den durch die lange Haft erzwungenen Aussagen.

Die Krawalle zum Opernball waren ein jährlicher Höhepunkt im autonomen Kalender. Der erste Krawall hatte indirekt mit Wackersdorf zu tun. Nach dem GAU in Tschernobyl Ende April 1986 hatten sich auch die österreichischen Eliten - bis auf Ausnahmen in der Wirtschaftskammer - gegen eine Wiederaufbereitungsanlage für Kernbrennstoffe im bayrischen Wackersdorf ausgesprochen. Zu Pfingsten desselben Jahres fanden militante Demonstrationen statt, getragen von der regionalen Bevölkerung und Autonomen aus der ganzen Bundesrepublik, aber auch aus Österreich. Zeitweise konnte dort sogar die Polizei in die Flucht geschlagen werden. Diese Auseinandersetzungen wurden auch in Östereich mit Sympathie verfolgt. Und dann war ausgerechnet der bayrische Ministerpräsident, Franz Josef Strauß, überhaupt ein Feindbild der Linken, zu Gast beim Opernball 1987 und das noch beim Pflichterfüller Waldheim. Die Grüne Alternative Wien kündigte aus diesem Grund eine Kundgebung am Tag des Balles, dem 26. Februar 1987 vor der Oper an. Zugleich wollte ein Salzburger Bürgerinitiativmensch einen symbolischen Wackersdorfzaun aufstellen, was von der Polizei verboten wurde. Nachdem der Wackersdorfzaun wieder abtransportiert war, kam es nach 22 Uhr zum Polizeieinsatz. Als Vorwand diente der Abschuß von Leuchtkugeln und der Wurf von Eiern und angeblich auch von Bierflaschen. Die Polizei versuchte, die 500 Menschen wegzuräumen, was aber wegen dem ungünstig aufgestellten Demonstrationswagen nicht schnell genug erfolgte, so daß es zu polizeilichen Prügelorgien kam. Erst jetzt wurde auch von den DemonstrantInnen mehr Gegenwehr geleistet. Am nächsten Tag waren die Medien voll von den Krawallen. Freda Meissner-Blau (Parteigründungs-Leitfigur) distanzierte sich im Namen der Grünen sofort von den Ausschreitungen, war aber in der Folge mit Protesten von grünen MitstreiterInnen konfrontiert, die selbst vor der Oper von der Polizei verprügelt worden waren.

Einer Gruppe von Autonomen gelang dann noch ein Coup im Sinne der Kommunikationsguerilla. Das profil vom 2. März 1987 erschien mit einem Titel über die Autonomen. Darin gab es ein Interview mit (angeblichen?) Autonomen, die sowohl Straßenmilitanz befürworteten wie auch die Militanz klandestiner Gruppen. Außerdem wurde indirekt behauptet, daß das Steyr-Hauptgebäude von Autonomen angezündet worden sei (diese Brandstiftung war ziemlich sicher Versicherungsbetrug). Hat es bis dahin die Autonomen nur in der BRD gegeben, so gab es sie für die Medien jetzt auch in Österreich, auch wenn die Polizei bei allen Anlässen immer wieder nach „deutschen RädelsführerInnen" suchte.

Mit dem Auftreten der Autonomen war immer wieder die Gewaltdiskussion verbunden. Manchmal waren es krude Kampfmetaphern, die verbreitet

sage ja – nein sage ja – nein sage ja – nein

wurden, aber es war immer auch ein Spiel mit den Medien. Diffizilere Argumentationen in autonomen Texten begründen die Ausübung von Gegengewalt auf der Gewalttätigkeit des herrschenden Systems oder struktureller Gewalt. Ein wichtiges Element ist das Spektakel der Gewalt. Ohne das werden Bewegungen nicht oder kaum beachtet. So war es bei der HausbesetzerInnenbewegung, in Hainburg und eben jetzt beim Opernball. Es gibt keine wirksame soziale Bewegung, an deren Rändern nicht auch Gewalt und / oder Straßenmilitanz vorkommt. So ist die Gewalttätigkeit auf der Straße auch als eine Form des Diskurses zu sehen. Menschen, die im elaborierten Diskurs der herrschenden Strukturen nicht vorkommen, finden andere Wege, um sich bemerkbar zu machen. Das macht ein zweites Element der Straßenmilitanz sichtbar. Gewalttätigkeit ist eine Kommunikationsform der Unterklassen („proletarisch"). Auch wenn im autonomen Diskurs die Beteiligung aus den „Vorstädten" bei den Opernballdemos sicherlich überbewertet wurde, die Beteiligung von „unpolitischen" (männlichen) Jugendlichen in ihrem Hass auf die sichtbare Ungleichheit durch das Protzen am Opernball wurde von Jahr zu Jahr bedeutender. Die Diskussion innerhalb der Autonomen, daß Inhalte vermittelt werden müssten, wäre auf jeden Fall ins Leere gegangen. Auch die Medien steigen normalerweise nicht auf inhaltliche Argumente ein, sondern interessieren sich hauptsächlich für das (Gewalt-)Spektakel. Ein drittes Element wurde oder wird kaum diskutiert: Als Sozialrevolutionäre wollen die Autonomen den Aufstandscharakter von Demonstrationen beibehalten. Das Demonstrationsrecht wurde eingführt, um Revolten und Aufstände in geregelte Bahnen zu lenken, um ungewollte - oft von der Polizei provozierte - Eskalationen zu vermeiden. Die staatsbezogene Linke hat mit dem Aufstieg der ArbeiterInnenbewegung und der Aufteilung der Welt zwischen Kommunismus und Kapitalismus den Aufstand zur Machtübernahme im Staat zugunsten demokratischer Rituale aufgegeben. Die Autonomen brauchten sich auch auf keine Siege berufen, der Aufstand hat als Ziel keine Machtübernahme (im Staat), sondern soll zur Selbstorganisation der Unterdrückten und Ausgebeuteten in der Auseinandersetzung führen.[1]

Für das nächste Jahr (11. Februar 1988) versuchte ein Personenkomitee „Anti-Obern-Ball" eine Kundgebung anzumelden, die aber untersagt wurde. Schon am Vormittag wurde eine Kette über den Ring (innerstädtische Hauptverkehrsader) gespannt, um den Autoverkehr zu blockieren und auf die Demonstration aufmerksam zu machen. U.a. wegen der durch die Medienberichterstattung angekündigten Krawalle kamen über 3000 DemonstrantInnen. Sie wurden nicht mehr auf den Ring gelassen wurden, wie auch in den nächsten Jahren üblich, wie es hieß, in Steinwurfdistanz. Bis nach 22 Uhr verlief die Demonstration weitgehend friedlich, danach fuhr ein Polizeiauto in eine Gruppe DemonstrantInnen und überfuhr eine Frau, die verletzt unter dem Auto zu liegen kam. Erst um diese Zeit kam es zu vereinzelten Flaschen- und Steinwürfen.

Neben den Opernballkrawallen waren es immer wieder Hausbesetzungen, die mit den Autonomen verbunden wurden. So wurde im Mai 1984 ein Haus in der Westbahnstraße im 7. Bezirk scheinbesetzt, am 22. September 1984 ein Haus in der Tigergasse. Dieses wurde erst nach neunstündigen Verhandlungen geräumt. Ein Haus in der Turnergasse im 15. Bezirk war von der Gemeinde angekauft worden, um es „Jugendlichen" zu übergeben. Am 14. Dezember 1985 wurde es besetzt, um Druck auszuüben, aber auch zur Selbstverständigung der autonomen Szene. Die Polizei räumte die SympatisantInnen von der Straße weg, die Anzahl der Festnahmen betrug mit den BesetzerInnen 30. Das wichtigste besetzte Zentrum war aber die Aegidigasse 13, durch den Innenhof mit dem Haus Spalowskygasse 3 verbunden, ein Haus, das bereits seit Anfang der 1980er an Gruppen aus der Szene übergeben worden war. Nach der Räumung der GAGA waren einige wenige Wohnungen in der Aegidi mit Prekariumsverträgen vergeben worden, während bereits ein Großteil der ursprünglichen MieterInnen ausgezogen war. Ab Herbst 1983 wurde damit begonnen, weitere leerstehende Wohnungen zu besiedeln (das folgende nach Anti Nr 6, Februar 1989). Neben dem Bewohnen gab es auch eine Reihe von kulturellen Aktivitäten, besonders Konzerte in der *Culture Hall,* aber auch Straßenfeste sowie Wand- und andere Malereien. Im Juli 1986 wurden die letzten noch bestehenden Verträge von der Gemeinde gekündigt. Teilweise herrschte Bunkerstimmung, u.a. wurden Teile des Hauses verbarrikadiert. Im Herbst 1987 wurde versucht, das noch nicht ganz abgesiedelte Haus im gleichen Block, in der Mittelgasse, zu erobern. Daraufhin wurden die RestmieterInnen innerhalb von wenigen

sage ja – nein
sage ja – nein
sage ja – nein

Tagen abgesiedelt und das Haus abgerissen. Immer wieder gab es Auseinandersetzungen u.a. zwischen Punks und den politischen Leuten, aber auch zwischen Frauen und anderen, die keinen eigenen Frauenbereich akzeptieren wollten. Aus diesem Grund zogen Anfang 1987 ein Teil der Politleute, hauptsächlich Frauen, aus. Immer wieder zogen einzelne Leute aus, eine Gruppe von Punks z.B. in die Turnergasse. Andere blieben, obwohl es Spannungen beim Zusammenwohnen gab. Die Unsicherheit in den beiden Häusern war zwischendurch immer wieder sehr groß, weil immer wieder die Räumung zu drohen schien. Ein Teil der BewohnerInnen der Spalowskygasse hatte inzwischen Verhandlungen für ein Ersatzobjekt aufgenommen. Die BewohnerInnen der Aegidigasse und die verbleibende Reste in der Spalowskygasse beschlossen ein gemeinsames Vorgehen bei einer Räumung. Ende Juni 1988 wurde noch ein fünftägiges Anti-Räumungsfest durchgeführt.

Anfang August 1988, also mitten in den Sommerferien, zogen 16 Personen aus der Spalowskygasse in ein Ersatzobjekt in der Dornbacherstraße (das folgende nach BesetzerInneninfo und Anti 6). Am 11. August versuchte die Polizei die geräumten Wohnungen in der Spalowsky zu besichtigen, und ein großes Aufgebot der Polizei versuchte, das Haus zu stürmen, was mit Kalksäcken, Möbeln und Baumaterial abgewehrt wurde. Von dieser Aktion stammen die bekannten Bilder von flüchtenden Polizisten, die sich mit ihren Schildern über dem Kopf gegen Wurfgeschosse schützen mußten. Versuche, zu verhandeln, scheiterten. Am Nachmittag versuchte die Polizei über das Grundstück in der Mittelgasse einzudringen, was aber an einer brennenden Barrikade scheiterte. Ein Tränengas-Wasser-Gemisch erzwang den Abzug der BesetzerInnen in das Haus in der Aegidigasse. Der Abriß der Spalowskigasse begann gleich anschließend.

Der Häuserblock blieb umstellt, trotzdem war es BewohnerInenn möglich, das Gebäude zu verlassen oder zu betreten. Am Freitag, den 12. August, wurde in der Früh ein Hausdurchsuchungsbefehl für das Haus Aegidigasse 13 erlassen. Bei einem Plenum wurde beschlossen, keinen Widerstand zu leisten. Ein Bagger drückte das verbarrikadierte Haupttor ein und drohte damit das Haus zum Einsturz zu bringen, die BesetzerInnen zogen sich in höhere Stockwerke zurück. Nach drei Stunden hatte die Polizei alle Barrikaden überwunden, die BewohnerInnen wurden aus dem zweitem Stock die Stiegen hinuntergeprügelt. So wurde die Hausdurchsuchung zur Räumung, am nächsten Tag wurde auch mit dem Abriss der Aegidi begonnen. An die 60 Personen blieben zwei Wochen in

Untersuchungshaft, die Verfahren wegen der Verteidigung der Spalowsky mussten eingestellt werden, weil niemandem der in der Aegidi Festgenommenen eine Beteiligung nachgewiesen werden konnte.

Nach zwei Wochen U-Haft konnten die BewohnerInnen kurzfristig in einer Turnhalle eines Alternativprojektes unterkommen (das Folgende meist nach Hausgemeinschaft Aegidi-Spalo 1989), die Gemeinde Wien bot ein Haus am Stadtrand von Wien (beim Alberner Hafen zwischen Friedhof der Namenlosen und Polizeisportplatz), was für die BewohnerInnen nicht in Frage kam. Die fünzig bis hundert ehemaligen BewohnerInnen hatten als kollektives Ziel den Anspruch, gemeinsam zu wohnen, aber auch genügend Räume für Veranstaltungen zu haben. Solidarische Menschen hatten am 26. September ein Haus in der Unteren Augartenstraße im 20. Bezirk besetzt. Da eine Geschäftsräumlichkeit noch regulär vermietet war (die „Vogelhandlung“), konnten sich die BesetzerInnen nach dem Polizeieinsatz dort zurückziehen. Permanente Belästigungen durch die Polizei, aber auch innere Schwierigkeiten führten dazu, daß auch die Vogelhandlung nach zwei Wochen aufgegeben wurde. Im Herbst 1988 und zu Beginn des neuen Jahres führten die Aegidi-Spalos eine Reihe von Aktionen durch.[2] Eine Gruppe von mehr oder weniger prominenten Personen setzte sich dafür ein, den Aegidi-Spalos das ehemalige Arbeitsamt in der Embelgasse zu geben, außerdem bildete sich ein sogenannter Siebenerrat zu Verhandlungen mit der Gemeinde. Am 5. April 1989 ergriffen die Aegidi-Spalos wieder die Initiative und besetzten ein leerstehendes Gebäude der ÖBB in der Oswaldgasse in Meidling (12. Bezirk). Vorerst zog die Polizei wieder ab. Als sich am nächsten Nachmittag abzeichnete, daß es zu einer Räumung kommen würde, zogen die BesetzerInnen freiwillig ab *(Nicht schon wieder meier gehen!)*. Als Argument für den Hinauswurf der BesetzerInnen galt die Sorge des Elternvereins einer naheliegenden Schule vor der angeblichen Bedrohung durch Punks und DrogenbenützerInnen. Sofort begann der Abriß des Gebäudes. Einige wenige blockierten noch den Bagger, indem sie sich davor setzten, wurden aber unsanft von der Polizei entfernt. Die Abwesenheit wurde vom WUK-Vorstand benutzt, die Restbelegschaft der Aegidi-Spalos hinauszuräumen. Außerdem wurde allen Menschen mit bunten Haaren der Eintritt durch einen privaten Sicherheitsdienst verwehrt *(Es könnten ja Aegidis sein)*. U.a bekam auch das dort im Haus befindliche Frauenzentrum Probleme, weil Frauen der Zutritt verwehrt und Schlüssel ausgetauscht wurden. Am 17. April besetzten die Aegidi-Spalos noch einmal kurzfristig das WUK, zogen aber nach Verhandlungen wieder ab. Am 22. April wurde versucht, das Areal zu bewohnen, auf dem in der Aegidigasse die Häuser gestanden waren, aber auch dort wurden die BesetzerInnen nach zwei Tagen von der Polizei vertrieben. Das war das vorläufige Ende des Versuchs, ein gemeinsames Projekt durchzusetzen. Die Frustration brachte immer mehr Menschen dazu, sich in befreundeten WGs einzuquartieren, ein Teil konnte zumindest zeitweise im Rotstilzchen übernachten. Am 15. September (ungefähr zum Jahrestag) demonstrierten dann weniger als 1000 gegen die Sanierungspolitik der Stadt, es kam zu keinen nennenswerten Auseinandersetzungen, nur zum Schluß wurde die Demobusse von der Polizei durchsucht.

Einzelne Leute aus der Aegidi, eher die Kulturfraktion, gründeten Anfang 1990 in der Arndtstraße im 12. Bezirk das *Flex* als Veranstaltungslokal. Nachdem im Sommer 1991 gegenüber ein Skinheadtreffpunkt aufgemacht wurde, die Holu-Bar, kam es immer wieder zu kleineren Reibereien zwischen BesucherInnen des Flex und den Skinheads (das folgende nach Tatblatt minus 43, 24.9.1991). Am 7. September eskalierte die Situation: FlexbesucherInnen hinderten die Skinheads, eine Frau zu verprügeln und trieben sie zurück in ihr Lokal. Wenig später stürmten zwei einzelne Polizisten das Flex, wobei sie Warnschüsse in die Luft abgaben. Später kam die Alarmabteilung und nahm vier Personen nach Gegenüberstellung mit den Skinheads fest, während das Flex nach „Waffen“ wie Mikrophonständer, Holzlatten und einer Gaspistole durchsucht wurde. In der Früh griffen die Skins ein weiteres Mal das Flex an, worauf die Polizei auch die Holu-Bar durchsuchte. Das Ergebnis der Auseinandersetzungen war die Kündigung der Räumlichkeiten. 1994 wurde ein Lokal am Donaukanal gefunden und neu eröffnet, obwohl BürgerInnen vorher noch dagegen mobilisierten, bis hin zu einer Demonstration, die aber nicht einmal hundert eingefleischte FPÖler mobilisieren konnte. Heute ist das Flex ein schon beinahe legendärer Veranstaltungsort, von Teilen der Szene als nur mehr kommerziell beschimpft, aber immer noch mit linken Sympathien, z.B. wenn es um die Organisation von Solidaritätsveranstaltungen geht.

Die HausbesetzerInnenszene strahlte auch auf die Bundesländer aus. Am 13. Jänner 1989 wurde in Graz das Haus Aegydigasse 14-16 besetzt. Die Feuerwehr nagelte Türen und Fenster zu und die Polizei beschränkte den Zugang. Am 19. Jänner wurde das Haus freiwillig verlassen. Seither gab es Verhandlungen um ein Ersatzobjekt (TATblatt minus 97, 27.1.1989). Im Frühjahr 1989 wurde kurzfristig das Büro des Bürgermeisters besetzt, als Übergangslösung wurden die Häuser Körösistraße 26 und 28 zur Verfügung gestellt. Aufgrund des

baulichen Zustandes war es unmöglich, in diesen Gebäuden zu überwintern. So wurden sie abgerissen, die Korösistraße 28 versiegelt. Die Obdachlosen waren inzwischen, teilweise nach Wien, weggezogen (TATblatt minus 57, 15.1.1991). Am 19. März 1991 besetzten Frauen ein ehemaliges Tierspital in der Zimmermanngasse und gründeten ein autonomes Frauenzentrum. Nach zwei Tagen Belagerung durch die Polizei wurde das Frauenzentrum vorerst in Ruhe gelassen. Um die Frauen rauszukriegen, wurde aber eine Räumungsklage eingebracht. Mitte April sollte ein Lokalaugenschein im Haus stattfinden, die Frauen wollten aber die Männer des Gerichts nicht einlassen, sondern machten davor eine Kundgebung. Am 19. April 1991 kamen BauarbeiterInnen und begannen mit dem Abriß, die Frauen konnten gerade noch das Notwendigste aus dem Haus retten. In Linz und Wien kam es am 20. März zu solidarischen Scheinbesetzungen mit den Frauen in Graz (TATblatt minus 52, minus 51, minus 50). Selbst in Salzburg kam es zu einer kleinen (Punk)-HausbesetzerInnenbewegung. Seit Ostern 1990 gab es jeden Freitag Renn- und Krachdemos des Komitees „Stadtlauf gegen Wohnungsnot". Am 13. April wurde im Rahmen des Stadtlaufes die Unterführung bei der Staatsbrücke besetzt, was für mediale Aufregung sorgte. Als die Stadt für Anfang Juli ein Haus in der Innsbrucker Bundesstraße anbot, wurde das am 25. April besetzt (TATblatt minus 67, 19.6.90). Am 25. September gab es eine Hausdurchsuchung wegen angeblicher deutscher Autonomer, die natürlich nicht gefunden wurden. Ein Monat später, am 21. Oktober übergoss sich ein Bewohner („Giuseppe" - Helmut Kofler) mit Benzin und zündete sich an. Die resignierenden anderen BewohnerInnen wurden in ein anderes Haus übersiedelt, das Haus in der Innsbruckerstraße abgerissen (TATblatt minus 61, 6.11.1990). Im April 1991 wurde aus Protest gegen die Wohnungsnot für eine Stunde Mozarts Geburtshaus in der Getreidegasse besetzt (TATblatt minus 49, 7.5.1991)

Während das Rotstilzchen am 28. September 1990 nach vierjährigem Prozessieren geräumt werden mußte (mit einem Straßenfest und danach mit einer illegalen Demonstration, bei der das Buffet eines Hotels besucht wurde und einige Scheiben von Banken kaputtgingen), gab es inzwischen ein neues besetztes Haus. Die Krise der KPÖ und ihre Ankündigung einer Öffnung zur übrigen Linken hin wurde benutzt, um das Haus in der Wielandgasse 2-4 („Wielandschule") zu besetzen, weil es von der KPÖ nur zum Teil und sporadisch benutzt wurde. Ein weiteres Motiv war natürlich die Hoffnung, daß es sich die KPÖ nicht leisten könne, die Polizei zu holen. Das Haus wurde in Ernst-Kirchweger-Haus (EKH) umbenannt, nach einem Kommunisten, der 1965 bei einer antifaschistischen Demonstration von einem Burschenschafter erschlagen wurde. Es gab eine Reihe von Auseinandersetzungen, die KPÖ versuchte eine Gegenbesetzung, es wurde mit hunderten steirischen BergarbeiterInnen gedroht. Über den Sommer 1990 beruhigte sich dann die Lage, die KPÖ fügte sich (vorerst) dem Unvermeidlichen (TATblatt minus 66 / 65). Bevor die ReformerInnen wegen interner Auseinandersetzungen vom Vorsitz der KPÖ zurücktraten, unterzeichneten sie am 15.3.1991 einen akzeptablen Mietvertrag bis März 2001. Das EKH blieb das wichtigste soziale Zentrum in Wien, von wo eine Reihe von Aktivitäten ausgingen, von der Antifa 10 bis zur Volxtheaterkarawane.

Nach der Räumung der Aegidi steigerte sich noch die Militanz bei den Opernballdemos und überraschte 1989 (2. Februar) und 1990 (22. Februar) sowohl Polizei wie Autonome. Obwohl keine etablierten Gruppen für die Demonstration mobilisierten, kamen 1989 wieder tausende. Die Autonomen stellten Strukturen zur Verfügung: Sanigruppe, Rechtshilfe und eine Gruppe, die sich für den Schutz der Demonstration verantwortlich fühlte. Aber: *Die OrganisatorInnen [...] konnten so auch nicht mit der konkreten Situation umgehen. So standen die Leute, die sich für den Schutz dieser Demonstration verantwortlich erklärt hatten, mit - unter ihrer Vermummung ratlosen - Gesichtern da, und schauten den „unvermummten ChaotInnen" nach, die wie wild auf die Polizeisperre in der Kärntnerstraße zurasten.* (TATblatt minus 96, 10.2.1989). Bei dieser Demonstration wurde von DemonstrantInnen ein Mercedes gekapert, der dann gegen die Absperrung geschoben wurde. Von vielen wurde die Demonstration auch als Antwort auf die ein halbes Jahr vorher erfolgte Aegidi-Räumung gesehen, aber wie schon erwähnt, ging es auch um die Randale der „Vorstadtjugendlichen". Die Polizei setzte neben Knüppeln Feuerlöscher und Wasserwerfer ein, ca. 60 Personen mussten ins Krankenhaus eingeliefert werden, viele andere wurden von den Demosanis verarztet. Der Demonstration-LKW wurde von der Polizei angehalten, der Fahrer mehrere Wochen in U-Haft genommen.

Am 22. Februar 1990 versuchte eine kleine Gruppe Prominenter um den Schriftsteller Gerhard Ruiss einen „runden Tisch" in der Kärntnerstraße durchzuführen, um die Situation zu deeskalieren. Zugleich wurden Teile der Demonstration schon den ganzen Abend von Hooligans und Skinheads mit Schlagstöcken, Leuchtraketen und Messern angegriffen (das folgende TATblatt minus 75, 27.2. 1990). Pünktlich um 22 Uhr begann dann wieder die Räumung durch die Polizei, diesmal war der Pulk der DemonstrantInnen nicht in der Kärntnerstraße,

sondern in der daneben liegenden Operngasse. Daraufhin kam es zu stundenlangen Scharmützeln zwischen Polizei und Anti-Opernball-DemonstrantInnen, die Nazis hatten sich zurückgezogen. An diesem Abend wurden die Scheiben einer Billa-Filiale auf der Wienzeile eingeschlagen und der Supermarkt teilweise geplündert. Neben dutzenden Verletzten gab es über dreißig Festnahmen, drei Personen wurden länger in Haft gehalten.

Die Bereitschaft zur Militanz wuchs einem Teil der Autonomen schon 1990 über den Kopf, außerdem tauchte vorsichtige Kritik auf, daß die Krawalle zu einem jährlichen Ritual werden. So wurde für 1991 vorgeschlagen, sich am Südtirolerplatz zu treffen, um eine Demonstration durchzuführen und die ritualisierte Schlacht bei der Oper zu vermeiden. Wegen dem Irakkrieg wurde der Opernball zwar abgesagt, aber die Demonstration trotzdem durchgeführt. Sie konzentrierte sich auf das Thema Irakkrieg. Ein Häuflein von gut 300 DemonstrantInnen wurde von der Polizei eingekesselt und jedeR Einzelne wurde perlustriert. In den folgenden Jahren wurden zwar immer wieder Demonstrationen angemeldet und angekündigt, die Beteiligung beschränkte sich im besten Fall auf ein paar hundert Schaulustige und es kam zu keinen militanten Auseinandersetzungen mehr.

Das Umfeld der Autonomen änderte und erweiterte sich immer wieder, dazwischen gab es Phasen, in denen interne Streitereien und Abgrenzungen dominierten. Den Höhepunkt erreichte diese politische Strömung zu Beginn der 1990er Jahre. 1990 erreichte das TATblatt einen ersten Höhepunkt in seiner Verbreitung (der zweite Höhepunkt war nur kurzfristig und hat mit den Toten von Ebergassing beim Versuch, einen Starkstrommasten zu sprengen, zu tun). In dieser Zeit bildeten die Autonomen den Kern verschiedener Bewegungen, die früher stärker von „braveren“ Gruppen dominiert wurden. Insbesondere das TATblatt erfüllte eine wichtige Kommunikationsfunktion, weil es zwar hauptsächlich von sich selbst so bezeichnenden Autonomen gemacht wurde, sich aber als offene Zeitung sah. Sie war damit ein Kristallisationspunkt für alle, die Aktivitäten nicht in einem institutionellen Rahmen durchführen wollten, wobei es sich zu einem großem Teil um „gewaltfreie“ Aktionen wie Besetzungen und Verweigerungen handelte. Bis auf die wenigen spektakulären Ereignisse wie die Opernballdemos handelte es sich um direkte Aktionen im Sinne des sozialen Ungehorsams, keinesfalls gewalttätig, meist aber illegal und Normen und Regeln überschreitend. So fanden in dieser Zeit eine Reihe von Besetzungen statt, um umweltzerstörende Bauprojekte zu verhindern, wie die Pyhrnautobahn und eine Ölbohrstelle bei Kleinreifling in Oberösterreich, ein Kraftwerk an der Mur bei Fisching und die ennsnahe Trasse in der Steiermark oder die Autobahnbaustelle für die A4, die Ostautobahn, und einige Bäume in Hetzendorf in Wien. In vielen BIs waren in dieser Zeit SympathisantInnen der Autonomen wichtiger als die Grünalternativen, die schon von Anfang an im Parlamentarismus gefangen waren. Auch der Antimilitarismus erreichte neue Höhepunkte: Nach dem Widerstand gegen den Kauf neuer Abfangjäger, der nicht erfolgreich war, erreichte die Zahl der Totalverweigerer um 1990 seinen Höchststand. Viele junge Männer verweigerten auch den Zivildienst, weil er in die Landesverteidigung integriert ist, und waren dafür auch bereit, ins Gefängnis zu gehen. Wobei die Verurteilungen teilweise skurrile Züge annahmen, so z.B. wenn jemand wegen „listiger Umtriebe“ verurteilt wurde, weil es nicht zumutbar sei, die Formulare für die Stellungspflicht in das besetzte Haus in der Aegidiggasse zuzustellen. In dieser Zeit wurde auch der „Aufruf zur Nichtbefolgung von Militärgesetzen“ mit hunderten Unterschriften in der AZ (Arbeiterzeitung, Parteiblatt der SPÖ), im TATblatt und in der *akin* (Aktuelle Information) veröffentlicht. Noch die ganzen 1990er über wurden Verfahren gegen die UnterzeichnerInnen durchgeführt und unterschiedliche Urteile gefällt. Daneben gab es noch den Boykott der Volkszählung 1991 und den Widerstand gegen die Durchführung der Expo, der Weltausstellung, in Wien (die in einer Volksabstimmung abgelehnt wurde). Auch im Widerstand gegen die rassistischen Verschärfungen der Fremden- und Asylgesetze, gegen das verstärkte Auftreten von Rechtsradikalen, gegen die FPÖ wie auch gegen Gen-und Reproduktionstechnologien waren die Autonomen aktiv. Sie bildeten auch einen wichtigen Teil der Bewegung gegen den Golfkrieg, die direkten Ungehorsam wie die Blockade der Panzertransporte durch das Inntal ausübte.

e-mail: r.foltin@aon.at

Anmerkungen:

1 Hardt, Negri 2001: Wir müssen Widerstand, Aufstand und konstituierende Macht als einen untrennbaren Prozess denken. Der Text hätte damals nicht so formuliert werden können, erst jetzt ist das möglich, wo in Argentinien im Dezember 2001 (kurzfristig) Selbstverwaltungsstrukturen im Aufstand entstanden sind

2 Ende September wurde am Stephansplatz eine Wohnaktion durchgeführt („Wir bauen uns einen Slum“), die von der Polizei beendet wurde, ein geschlossenes Einziehen in das Obdachlosenheim Meldemannstraße wurde von der Polizei behindert, im November wurde ein Haus in der Castelligasse besetzt, zur Eröffnung des antifaschistischen Hrdicka-Denkmals am Albertinaplatz gab es einen Aktion, im Dezember und Jänner gab es einige Scheinbesetzungen leerstehender Häuser. Dazwischen lebten die Ägidi-Spalos im WUK (einem von der Gemeinde Wien vergebenem alternativen Zentrum).

Thieß Petersen
Der Begriff der Arbeit in den Schriften von Karl Marx

Der Begriff ‘Arbeit’ ist ein außerordentlich zwiespältiger Terminus. Schon ein flüchtiger Blick verdeutlicht, wie unterschiedlich die gesellschaftliche Wertschätzung der Arbeit im Zeitablauf der menschlichen Geschichte ausfällt. Im klassischen Altertum herrschte eine „Verachtung der Arbeit“ vor. Alle griechischen Autoren waren sich darüber einig, „daß körperliche Arbeit sklavisch ist, weil sie durch die Notdurft des Körpers erzwungen ist. ... Arbeiten hieß Sklave der Notwendigkeit sein ... Bestimmt man den Menschen als ein Animal laborans, so kann er in der Tat nichts wesentlich anderes sein als ein Tier, bestenfalls die höchste der Tiergattungen, die die Erde bevölkern“ (Arendt (1994; 77-79).

Im Laufe der Menschheitsgeschichte erfolgte dann eine Aufwertung, die Hannah Arendt wie folgt begründet: „Der plötzliche glänzende Aufstieg der Arbeit von der untersten und verachtetsten Stufe zum Rang der höchstgeschätzten aller Tätigkeiten begann theoretisch damit, daß Locke entdeckte, daß sie die Quelle des Eigentums sei.

Der nächste entscheidende Schritt war getan, als Adam Smith in ihr die Quelle des Reichtums ermittelte; und auf den Höhepunkt kam sie in Marx’ „System der Arbeit“, wo sie zur Quelle aller Produktivität und zum Ausdruck der Menschlichkeit des Menschen selbst wird“ (Arendt 1994), S. 92). Oskar Negt stellt daher zurecht fest: „Die bürgerliche Gesellschaft entwickelt einen Begriff von Arbeit, der von Anbeginn zwiespältig ist. Er bezeichnet Ausbeutung, Unterdrückung, Entwürdigung, gleichzeitig aber auch das Gegenteil: ein Medium der Selbstbefreiung“ (Negt 2001; 425).

Diese Zwiespältigkeit bezieht sich nicht nur auf verschiedene Epochen oder Autoren, sie kann sich sogar auf das Gesamtwerk eines Autors beziehen. Ein Beispiel für den letztgenannten Fall stellen die Schriften von Karl Marx dar. Bei ihm ist eine mehrschichtige Bedeutung des Begriffs „Arbeit“ festzustellen, die zu Verwirrungen führen kann. Neben der von Hannah Arendt festgestellten positiven Bewertung übersieht Marx aber nicht die negativen Aspekte der Arbeit wie Fremdbestimmung, Überanstrengung, Ausbeutung etc.

Als Konsequenz der ambivalenten Einstellung zur Arbeit wird Marx z. B. von Konrad Löw unterstellt, seine Ausführungen zur Notwendigkeit und zu den Folgen der Arbeit seien „kraß widersprüchlich“ (Löw 1985), 31). Ähnlich geartet ist der Vorwurf, Marx gehe bei der Problematik der Arbeitsteilung und deren Lösung „von unterschiedlichen und zum Teil widersprüchlichen Denkansätzen aus“ (Oberndörfer/Jäger 1974; 18). Die nachfolgenden Ausführungen werden allerdings zeigen, dass es sich hierbei nur um scheinbare Widersprüche handelt, die sich mit Hilfe des Begriffs der ‘produktiven menschlichen Tätigkeit’ auflösen lassen.

Die produktive menschliche Tätigkeit

Die produktive Tätigkeit nimmt in den anthropologischen Ausführungen von Marx eine zentrale Position ein. Bei der produktiven Tätigkeit geht es im Kern um die freie Ziel- und Zwecksetzung der Aktivitäten durch das handelnde Subjekt. Diese Selbstbestimmung ist es, die den wesentlichen Unterschied zwischen dem Menschen und dem Tier ausmacht: „Das produktive Leben ist aber das Gattungsleben ... In der Art der Lebensthätigkeit liegt der ganze Charakter einer species, ihr Gattungscharakter, und die freie bewußte Thätigkeit ist der Gattungscharakter d[es] Menschen ... Die bewußte Lebensthätigkeit unterscheidet d[en] Menschen unmittelbar von der thierischen Lebensthätigkeit" (Marx 1844; 136f.).

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass der Ausdruck 'produktiv' nicht im Sinne des heutigen Sprachgebrauchs verwendet wird, der unter einer produktiven Handlung das auf ein bestimmtes Resultat abzielende Verhalten versteht. Marx geht es gerade nicht um das Resultat, sondern vielmehr um die Qualität der betreffenden Aktivität. Die Aktivität ist, sofern sie produktiv ist, eine freie, bewusste und selbständige Tätigkeit eines Individuums. Deshalb ist auch eine Betätigung ohne ein materielles Resultat als eine produktive Tätigkeit einzustufen, z. B. ein Spaziergang. Entscheidend ist die Aufstellung von eigenen Handlungszielen an Stelle einer Übernahme fremder Ziele. Gleiches gilt für die Realisation der aufgestellten Handlungspläne, die ebenfalls von dem tätig werdenden Individuum selbständig geregelt und kontrolliert werden muss. So weist Marx beispielsweise auf das Fehlen von äußeren Einflüssen bei der Zielauswahl der produktiven Tätigkeit hin, wenn er feststellt, dass „free activity ... nicht wie die labour durch den Zwang eines äußren Zwecks bestimmt ist" (MEW 26.3; 253).

Eine weitere Eigenschaft der menschlichen produktiven Betätigung besteht darin, dass das eventuell anfallende Resultat der Aktivität dem ausführenden Individuum zufällt. Der Akteur eignet sich das Handlungsergebnis „für sein eignes Leben" (MEW 23; 192) an. Wenn materielle Güter die Folge menschlichen Handelns sind, müssen sie für ihren jeweiligen ProduzentInnen unmittelbar einen Genuss bereiten, also deren eigene Bedürfnisse befriedigen. Damit ist aber keinesfalls nur die Eigenproduktion eine Produktionsweise, die dem Prinzip der produktiven menschlichen Tätigkeit gerecht wird. Zu denken ist auch an Handlungen, die zwar einer anderen Person einen Gegenstand für ihre Bedürfnisbefriedigung verschaffen, die aber zugleich dem oder der Produzierenden selbst eine Freude bereiten. Ein Austausch kann daher grundsätzlich auch im Rahmen der produktiven Tätigkeit erfolgen, er muss dann aber die Form eines „gegenseitigen Schenkens" annehmen, bei dem das Geben nicht an eine Gegenleistung gebunden ist (vgl. Gorz 1994; 239 f.).

Darüber hinaus beinhaltet die Vorstellung von der produktiven menschlichen Tätigkeit die intellektuellen Tätigkeiten, was die vollständige „intellektuelle Beherrschung" der betreffenden Handlungsabläufe einschließt. Dass die geistige Tätigkeit zur produktiven Lebenstätigkeit des Menschen gehört, zeigt sich beispielsweise, wenn Marx bezüglich des Menschen als „Gattungswesen"[1] feststellt, dass dieser „sich sowohl in seinem Sein als in seinem Wissen bestätigen und bethätigen muß" (Marx 1844; 196). Daher ist „auch das Denken ... als Wesensäusserung des Menschen" (Marx 1844; 205) zu verstehen. Die produktive menschliche Tätigkeit verlangt folglich die Anwendung aller körperlichen und geistigen Fähigkeiten, denn die Kopf- und die Handarbeit bilden eine Einheit, die nicht auseinandergerissen werden darf (vgl. MEW 23; 531).

Wichtig ist darüber hinaus, dass die schöpferische Tätigkeit stets Freiräume für die Individualität der tätigen Person zulassen muss. Weil die Tätigkeit eines Menschen immer die „Verausgabung seiner Lebenskraft" darstellt, ist sie „die persönliche Tätigkeit" des Handelnden und damit die Nutzung von einem *„spezifischen Arbeitsvermögen"*. Bedeutsam für die schöpferische Tätigkeit des Menschen ist folglich, dass sie ein Ergebnis liefert, welches „bestimmte nützliche, konkrete Arbeiten ... *verkörpert*", also einen Gebrauchswert darstellt.[2]

In einem nächsten Schritt geht Marx über zum menschlichen Bedürfnis nach dieser Art der Tätigkeit. In den „Grundrissen" konstatiert er, dass „das Individuum

'in seinem normalen Zustand von Gesundheit, Kraft, Tätigkeit, Geschicklichkeit, Gewandtheit' auch das Bedürfnis einer normalen Portion von Arbeit hat" (Marx 1857/58; 505). In seiner „Kritik des Gothaer Programms" geht er sogar so weit, dass in der kommunistischen Gesellschaft „die Arbeit ... selbst das erste Lebensbedürfnis geworden" (MEW 19, 21) ist. Allerdings, und darauf muss mit Nachdruck hingewiesen werden, bezieht sich das Bedürfnis nach Arbeit nur auf die schöpferische, produktive und deshalb auch sinnvolle und befriedigende Tätigkeit - die Ambivalenz, mit der Marx den Terminus Arbeit verwendet, deutet sich bereits hier an.

Der Umstand, dass die produktive Tätigkeit des Menschen als ein Selbstzweck aufgefasst werden kann, weist auf ein weiteres Element hin, nämlich auf das Ineinanderfließen von Mitteln und Zielen der menschlichen Betätigung. Wenn die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eine produktive menschliche Tätigkeit zulassen, werden die Handlungen nicht mehr ausschließlich als Kosten angesehen, die für den Genuss der damit erarbeiteten Güter aufgewendet werden müssen. Stattdessen stellt die produktive Betätigung einen Wert an sich dar. Ein Beispiel dafür nennt Marx im zweiten Band des „Kapitals", in dem er die produktive Tätigkeit eines Mitglieds der Urgesellschaft beschreibt. Der dort behandelte „Wilde", der seine erforderlichen Konsumtionsmittel bereits hergestellt hat, kann sich in der verbleibenden Zeit der schöpferischen und produktiven Tätigkeit widmen. Frei vom Diktat der zum Überleben notwendigen Konsumbedürfnisse, zählt er die mit produktiven Betätigungen verbrachten Momente nicht als Kosten. Die in diesem Bereich der Tätigkeiten anzutreffende „völlige Gleichgültigkeit gegen Zeitaufwand" äußert sich beispielsweise darin, dass „der Wilde ... manchmal, wie Tyler erzählt, einen ganzen Monat zur Verfertigung eines Pfeils" (MEW 24; 436 f.) benötigt.

Resümierend kann bezüglich der produktiven Tätigkeit folgendes Fazit gezogen werden: Wenn die menschliche Betätigung sämtliche hier aufgezählte Eigenschaften enthält, kann der tätige Mensch aus der geleisteten Handlung eine innere Befriedigung ziehen. Damit ist es möglich, diese Aktivität als Freude zu empfinden, wodurch der Gegensatz zwischen Arbeit und Freizeit verloren geht. Da die eigene Tätigkeit unter diesen Umständen als Genuss erfahren wird, können wir „sogar annehmen, daß Marx den Inbegriff des Glücks in der Tätigkeit, in der Aktivität, nicht im passiven Konsum erblickt" (Fetscher 1979; 86). Die Aktivität, sofern sie sich als produktive Tätigkeit im oben beschriebenen Sinn erweist, wird dann als anregend empfunden, und sie wird aus eigenem Antrieb unternommen, ohne dass dabei „Zeit und Mühe" zählen.[3]

Produktive Tätigkeit versus entfremdete Arbeit

Eine Diskussion des Begriffs „entfremdete Arbeit" verlangt vorab die Klärung des Marxschen Konzepts der Entfremdung. Hinsichtlich der Frage, was Marx unter Entfremdung versteht, gibt es erhebliche Uneinigkeiten. Dem hier folgenden Verständnis[4] bedeutet Entfremdung bei Marx eine Abweichung bzw. Entfernung der real existierenden Menschen von einem bestimmten Referenzpunkt. Dieser Referenzpunkt ist in seiner Anthropologie zu finden und besteht aus dem, was Marx als den wahren Menschen[5] ansieht. Diese Konzeption findet sich besonders deutlich in den *Grundrissen*. Dort umschreibt Marx zunächst den Begriff des wahren menschlichen Reichtums, um dann festzustellen, dass unter der kapitalistischen Produktionsweise nur eine entfremdete Form dieses Reichtums vorliegt: „was ist Reichtum anders, als die im universellen Austausch erzeugte Universalität der Bedürfnisse, Fähigkeiten, Genüsse, Produktivkräfte etc. der Individuen? Die volle Entwicklung der menschlichen Herrschaft über die Naturkräfte, die der Natur sowohl, wie seiner eignen Natur? Das absolute Herausarbeiten seiner schöpferischen Anlagen, ohne andre Voraussetzung als die vorhergegangne historische Entwicklung, die diese Totalität der Entwicklung, d. h. der Entwicklung aller menschlichen Kräfte als solcher ... zum Selbstzweck macht? ... In der bürgerlichen Ökonomie - und der Produktionsepoche, der sie entspricht, - erscheint diese völlige Herausarbeitung des menschlichen Innern als völlige Entleerung, diese universelle Vergegenständlichung als totale Entfremdung" (Marx 1857/58; 387).

Auch in den *Ökonomisch-philosophischen Manuskripten* trennt Marx „die *wirkliche* Natur d[es] Menschen" bzw. „die wahre *anthropologische* Natur" von deren „*entfremdeter* Gestalt" (Marx 1844; 168). Wenn Marx fordert: „Wir müssen also das Maß des Wesens der inneren Idee an die Existenz der Dinge legen" (MEW 1; 50), erklärt er damit unter anderem den wahren Menschen zu dem Maßstab, an dem die Realität gemessen und bewertet wird. Jedes noch so geringfügige Auseinanderfallen von Realität und Ideal stellt einen entfremdeten Zustand dar,[6] sodass Heinrich festhalten kann: „Die Wirklichkeit wird mit einem idealen menschlichen Wesen konfrontiert, wobei eine Nichtübereinstimmung, ein Widerstreit von Existenz und Wesen, eine Entfremdung vom wirklichen Wesen festgestellt wird" (Heinrich 1991; 106). Elliott beschreibt die Marxsche Konzeption der Entfremdung ebenfalls als „a departure or separation from the authentic human existence which is (potentially) realizable under the aegis of the future genuine communist society" (Elliott 1979; 319). Eine

nahezu identische Konzeption findet sich bei Ollman, eine ähnliche bei Elster, der als Referenzpunkt „the good life for man“ heranzieht, welches er näher spezifiziert.[7] Ebenso bringt Arnold das Konzept der Entfremdung in einen Zusammenhang mit „truly human labor and truly human beings“ (Arnold 1990; 62), also mit dem, was die wahre menschliche Natur ausmacht. Bei Devine findet sich schließlich die folgende Definition: „*alienation*, the restriction of people's full humanity, prevention of the actualization of our potentials“ (Devine 1989; 302).

Referenzpunkt für die Entscheidung, ob eine bestimmte Handlung als entfremdete Arbeit einzustufen ist oder nicht, ist demnach die Idealvorstellung der produktiven Tätigkeit. Alle Handlungen, die nicht die Merkmale der produktiven Tätigkeit erfüllen, gelten als entfremdete Arbeit. So muss beispielsweise jede Form der Lohnarbeit als entfremdete Arbeit angesehen werden. Selbst umfangreiche Anstrengungen zur Humanisierung der Arbeit ändern daran nichts. Den LohnarbeiterInnen werden die Ziele ihres Handels vorgegeben, was gegen die freie Ziel- und Zwecksetzung der produktiven Tätigkeit verstößt. Zudem verfügt der Kapitalist über das hergestellte Produkt, sodass sich der Lohnarbeiter oder die Lohnarbeiterin das Arbeitsergebnis nicht für sein oder ihr eigenes Leben aneignen kann.

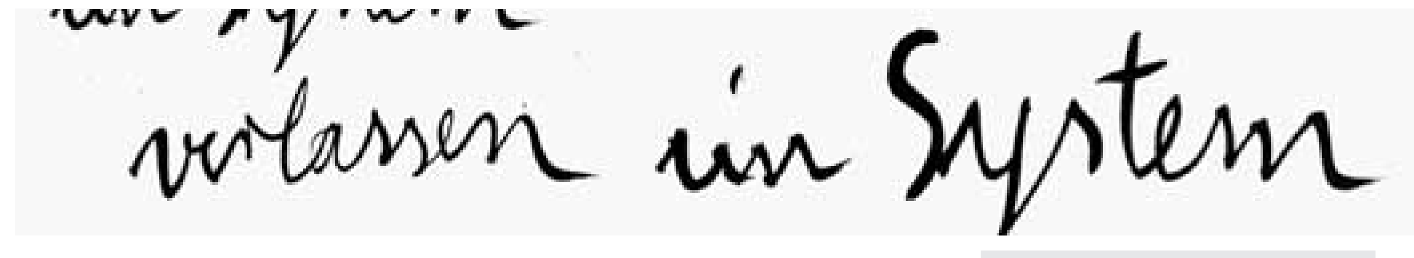
Bezogen auf die konkreten Handlungsergebnisse spiegelt sich das Begriffspaar „produktive Tätigkeit - entfremdete Arbeit“ in den Begriffen „Gebrauchswert - Tauschwert“ wider. Ziel der produktiven Tätigkeit sind nützliche, Bedürfnisse befriedigende Gegenstände, also Gebrauchswerte: „in dem Gebrauchswert jeder Ware steckt eine bestimmte zweckmäßig produktive Tätigkeit oder nützliche Arbeit“ (MEW 23; 57).

Für den Tauschwert hingegen ist diese Nützlichkeit irrelevant. Mit dem Verschwinden des nützlichen Charakters verschwinden „auch die verschiedenen konkreten Formen dieser Arbeiten, sie unterscheiden sich nicht länger, sondern sind allzusamt reduziert auf gleiche menschliche Arbeit, abstrakt menschliche Arbeit“ (MEW 23; 52). Abstrakte Arbeit ist ohne jegliche individuelle Besonderheiten, ohne spezielle individuelle Eigenschaften - also entfremdete Arbeit.

Der Begriff der Arbeit bei Marx

Die zwiespältige bzw. ambivalente Einstellung Marxens zur Arbeit zeigte sich bereits in den Ausführungen zur produktiven Tätigkeit des Menschen. Die Feststellung, dass „das Individuum 'in seinem normalen Zustand von Gesundheit, Kraft, Tätigkeit, Geschicklichkeit, Gewandtheit' auch das Bedürfnis einer normalen Portion von Arbeit hat“ (Marx 1857/58; 505), lässt auf eine positive Bewertung des Begriffs Arbeit schließen. Diese positive Einstellung ist allerdings nicht kompatibel mit den Marxschen Frühschriften. Dort äußert er sich extrem negativ über die Arbeit und fordert deren Abschaffung. Exemplarisch zeigt sich dies in der „Deutschen Ideologie“, in der es heißt, dass „die kommunistische Revolution sich gegen die bisherige *Art* der Tätigkeit richtet, die *Arbeit* beseitigt“ werden muss (MEW 3; 69f.). Arbeit wird hier als entfremdete Form der produktiven menschlichen Tätigkeit verstanden,[8] sodass „die Arbeit erst „eine genußreiche pp. freie Tätigkeit“ werden *soll* und *muß*, es also noch nicht ist“ (MEW 3; 472). Ganz allgemein stuft Marx in seinen frühen Schriften die Arbeit als Gegensatz zur freien, schöpferischen Betätigung ein. Arbeit ist deshalb in den Frühschriften von Marx als Synonym für die entfremdete Arbeit anzusehen. Marx folgt damit der bereits genannten, bis in die Antike zurückreichenden Tradition, in der Arbeit stets etwas mit Elend, Leid, Schmerz, Unlust, Plage und Armut zu tun hat.

In den späteren Werken hingegen - und dies stiftet die eingangs erwähnte Verwirrung - wird der Ausdruck „Arbeit“ auch für eine entfremdungsfreie Betätigung verwendet. Exemplarisch lässt sich dies anhand der folgenden Passage aus dem „Kapital“ über den Arbeitsprozess verdeutlichen: „Die Arbeit ist zunächst ein Prozeß zwischen Mensch und Natur, ein Prozeß, worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch seine eigne Tat vermittelt, regelt und kontrolliert. Er tritt dem Naturstoff selbst als eine Naturmacht gegenüber. Die seiner Leiblichkeit angehörigen Naturkräfte, Arme und Beine, Kopf und Hand, setzt er in Bewegung, um sich den Naturstoff in einer für sein eignes Leben brauchbaren Form anzueignen. Indem er durch diese Bewegung auf die Natur außer ihm wirkt und sie verändert, verändert er zugleich seine eigne Natur. Er entwickelt die in ihr schlummernden Potenzen und unterwirft das Spiel ihrer Kräfte



seiner eignen Botmäßigkeit. Wir haben es hier nicht mit den ersten tierartig instinktmäßigen Formen der Arbeit zu tun. Dem Zustand, worin der Arbeiter als Verkäufer seiner eignen Arbeitskraft auf dem Warenmarkt auftritt, ist in urzeitlichen Hintergrund der Zustand entrückt, worin die menschliche Arbeit ihre erste instinktartige Form noch nicht abgestreift hatte. Wir unterstellen die Arbeit in einer Form, worin sie dem Menschen ausschließlich angehört. Eine Spinne verrichtet Operationen, die denen des Webers ähneln, und eine Biene beschämt durch den Bau ihrer Wachszellen manchen menschlichen Baumeister. Was aber von vornherein den schlechtesten Baumeister vor der besten Biene auszeichnet, ist, daß er die Zelle in seinem Kopf gebaut hat, bevor er sie in Wachs baut.

Am Ende des Arbeitsprozesses kommt ein Resultat heraus, das beim Beginn desselben schon in der Vorstellung des Arbeiters, also schon ideell vorhanden war. Nicht daß er nur eine Formveränderung des Natürlichen bewirkt; er verwirklicht im Natürlichen zugleich seinen Zweck, den er weiß, der die Art und Weise seines Tuns als Gesetz bestimmt und dem er seinen Willen unterordnen muß. Und diese Unterordnung ist kein vereinzelter Akt. Außer der Anstrengung der Organe, die arbeiten, ist der zweckmäßige Wille, der sich als Aufmerksamkeit äußert, für die ganze Dauer der Arbeit erheischt, und um so mehr, je weniger sie durch den eignen Inhalt und die Art und Weise ihrer Ausführung den Arbeiter mit sich fortreißt, je weniger er sie daher als Spiel seiner eignen körperlichen und geistigen Kräfte genießt. / Die einfachen Momente des Arbeitsprozesses sind die zweckmäßige Tätigkeit oder die Arbeit selbst, ihr Gegenstand und ihr Mittel“ (MEW 23; 192f.).

Die Arbeit erfüllt in dieser Beschreibung die entscheidenden Kriterien einer produktiven menschlichen Tätigkeit und ist deshalb positiv bewertet.[9]

Während der Begriff der Arbeit damit sowohl die entfremdete Arbeit als auch die produktive Tätigkeit des Menschen umschreiben kann, ist die Verwendung des Begriffs der Tätigkeit in allen Werken eindeutig auf die kreative, schöpferische, folglich produktive Tätigkeit bezogen. Zu klären ist, warum Marx den Begriff der Arbeit in den späten Werken nicht mehr ausschließlich negativ verwendet.

Ursache der ambivalenten Verwendung des Begriffs Arbeit bei Marx

Der Grund für diesen ambivalenten Gebrauch des Ausdrucks Arbeit in den Spätwerken ist unserer Meinung nach die erst in den Spätwerken anzutreffende Verwendung des Begriffs ‘Arbeitskraft’. Der Begriff der Arbeitskraft ist entscheidend für die „Vereinbarkeit des Mehrwerts mit der Vorherrschaft des „Wertgesetzes“ ... Angelpunkt bildete die Unterscheidung von Arbeit und Arbeitskraft“ (Dobb 1977; 169). Marx definiert die Arbeitskraft im „Kapital“ wie folgt: „Unter Arbeitskraft oder Arbeitsvermögen verstehen wir den Inbegriff der physischen und geistigen Fähigkeiten, die in der Leiblichkeit, der lebendigen Persönlichkeit eines Menschen existieren und die er in Bewegung setzt, sooft er Gebrauchswerte irgendeiner Art produziert“ (MEW 23; 181). Und weiter: „‘Wertschöpfung’ ist Umsatz von Arbeitskraft in Arbeit“ (MEW 23; 229, Anm. 27).[10]

Entscheidend für die Marxsche Wert- und Mehrwerttheorie ist somit die Arbeitskraft. Und weil „die Arbeit selbst .. dingliche Äußerung jener Kraft“ (MEW 23; 217) ist, wird auch jede Ausübung der im Menschen existierenden Arbeitskraft in den Spätwerken als Arbeit bezeichnet. Abhängig von den konkreten Umständen dieser Ausübung erweist sich die Arbeit dann entweder als entfremdete oder als entfremdungsfreie Tätigkeit. Sofern daher in den Spätwerken von ‘Arbeit’ die Rede ist, muss stets untersucht werden, um welche Art der beiden Tätigkeiten es sich dabei handelt.[11] Zur Auseinanderhaltung dieser beiden Lesarten ist es sinnvoll, auf die im Englischen anzutreffende Unterscheidung zwischen ‘work’ und ‘labour’ hinzuweisen, auf die Engels in einer Anmerkung zum ersten Band des „Kapitals“ aufmerksam macht (vgl. MEW 23; 61f., Fußnote 16). Dabei beschreibt der Ausdruck ‘work’ die Herstellung von Gebrauchswerten und deutet auf eine produktive menschliche Tätigkeit im dargestellten Marxschen Sinne hin. Der Begriff ‘labour’ hingegen betrifft die Schaffung von Tauschwerten und impliziert eine entfremdete Tätigkeit. Während Arbeit im Sinne von ‘labour’ von Marx somit negativ bewertet wird, stellt die Arbeit im Sinne von ‘work’ etwas Positives dar und ist zudem Synonym für die produktive menschliche Tätigkeit.



Gesellschaftspolitische Konsequenzen

Von besonderer gesellschaftspolitischer Bedeutung ist die Unterscheidung zwischen Arbeit und Tätigkeit im Zusammenhang mit der Diskussion über die Zukunft der Arbeitsgesellschaft. Der technische Fortschritt erlaubt es den hochentwickelten Industrienationen, immer größere Mengen an Gütern und Dienstleistungen mit einem immer geringeren Einsatz an menschlicher Arbeit herzustellen. Der damit einhergehende Anstieg der Arbeitslosigkeit bewegt zahlreiche Autoren, das Ende der Arbeitsgesellschaft zu prognostizieren. Exemplarisch kann für diese Position Jeremy Rifkin zitiert werden. In seinem Buch „Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft" untersucht er „die technischen und wirtschaftlichen Entwicklungen ..., die dazu führen, daß uns die Arbeit ausgeht" (Rifkin 1996; 12). Er erwartet, „daß in Zukunft die meiste Arbeit nicht mehr von Menschen, sondern von Maschinen erledigt werden wird", sodass die „High-Tech-Weltwirtschaft ... bald ohne massenhafte Erwerbsarbeit auskommen" wird (Rifkin 1996; 161, 177). Allerdings gibt es auch die gegenteilige Ansicht, nach der es kein Ende der Arbeitsgesellschaft geben wird. Auch hierzu reicht ein exemplarisch genannter Vertreter aus. Nach Ansicht von Wolfgang Klauder könnte uns die Arbeit nur ausgehen, wenn „im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt generell die arbeitssparenden Effekte des technischen Fortschritts (miterfasst im Produktivitätsfortschritt) seine arbeitsschaffenden Effekte (über Produkte und Dienste) im Trend nachhaltig übertreffen" oder wenn „Marktsättigungen ... das Wirtschaftswachstum zum Erliegen bringen" (Klauder 2002; 75). Für beide Entwicklungen sieht er jedoch keine Hinweise und kommt folglich zu einer gänzlich anderen Einschätzung als Rifkin: „Die Arbeit braucht uns weder heute noch in Zukunft auszugehen" (Klauder 2002; 78).

Neben dieser Frage zu den Entwicklungstrends der Arbeitswelt und der kapitalistischen Produktionsweise ist auch eine normative Fragestellung von Bedeutung. Hierbei handelt es sich um die Frage, welche Entwicklungsrichtung die kapitalistische Produktionsweise nehmen soll. Auf den ersten Blick spricht nichts gegen die vollständige Abschaffung der Arbeit im Sinne einer entfremdeten Tätigkeit. Wenn Arbeit etwas Negatives bedeutet (Fremdbestimmung, Leid, Ausbeutung etc.), wäre die Abschaffung dieses Übels überaus wünschenswert. Allerdings werden der Arbeit[12] auch positive Aspekte zugesprochen. Durch die Arbeit erfolgt die gesellschaftliche Integration der Menschen. Arbeit unterstützt darüber hinaus die Weiterentwicklung menschlicher Fähigkeiten und dient dadurch der Selbstverwirklichung - verstanden als die Entwicklung der im Menschen vorhandenen und geschätzten Potentiale.[13] Zudem ist an das menschliche Bedürfnis nach Tätigkeit zu denken. Dass der Mensch ein angeborenes Bedürfnis nach Tätigkeit besitzt und nicht als grundsätzlich faul gelten kann, stellt eine in psychologischen und soziologischen Standardwerken weitverbreitete Auffassungen dar. Empirischer Beleg dafür ist beispielsweise das frühkindliche Verhalten, das sich durch aktive Reaktionen ohne materielle Belohungen auszeichnet und erst durch langwierige Domestizierungsrituale konform gemacht werden soll. Auch der als leidvoll empfundene Verlust der Arbeit, der sich speziell im Alter in Form des „Pensionierungsschocks" äußert, kann als Beleg herangezogen werden.[14] In diesem Zusammenhang ist zudem das auf McClelland zurückgehende 'Leistungsmotiv' zu nennen. Die Befriedigung nach der guten Erfüllung einer schwierigen Aufgabe sowie die Gewissheit, etwas Bedeutendes zu vollbringen, sorgen dafür, dass das menschliche Leistungsbedürfnis heute als existent anerkannt ist. Entscheidend ist dabei der Umstand, dass die Ausübung einer derartigen Tätigkeit an sich befriedigend ist, sodass diese Tätigkeit einen Eigenwert darstellt und ohne äußere Belohnung vollbracht wird.[15] Vor dem Hintergrund dieser positiven Aspekte erscheint die Abschaffung der Arbeit nicht mehr als ein anzustrebender Zustand.

Einen Lösungsansatz für dieses Dilemma bietet die folgende Passage aus dem 3. Band des „Kapitals". „Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion. Wie der Wilde mit der Natur ringen muß, um seine Bedürfnisse zu befriedigen, um sein Leben zu erhalten und zu reproduzieren, so muß es der Zivilisierte, und er muß es in allen Gesellschaftsformen und unter allen möglichen Produktionsweisen. Mit seiner Entwicklung erweitert sich dies Reich der Naturnotwendigkeit, weil die Bedürfnisse; aber zugleich erweitern sich die Produktivkräfte, die diese befriedigen. Die Freiheit in diesem Gebiet kann nur darin bestehn, daß der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehn. Aber es bleibt dies immer ein Reich der Notwendigkeit. Jenseits desselben beginnt die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt, das wahre Reich der Freiheit, das aber nur auf jenem Reich der Notwendigkeit als seiner Basis aufblühn kann" (MEW 25, 828). Hier

wird zwischen zwei Arten der Tätigkeit unterschieden.

Das ‘Reich der Notwendigkeit’ umschreibt die Tätigkeiten, die als entfremdete Arbeit angesehen werden können. Inhaltlich geht es um die Existenzsicherung des Menschen. Der Mensch ist zum Zwecke des Überlebens auf eine materielle Produktion angewiesen, weil die vorgefundene Natur im Regelfall unmittelbar für die menschliche Bedürfnisbefriedigung ungeeignet ist. Damit wird eine Umformung der Natur durch den Menschen, also eine materielle Produktion, notwendig. Zu denken ist dabei in erster Linie an die Herstellung von Nahrungsmitteln, Kleidung und Wohnraum, d. h. an die Gewinnung von Lebensmitteln im Sinne von Mitteln, die für das Überleben der Menschen erforderlich sind. Bei dieser zum Überleben notwendigen materiellen Produktion werden die Ziele der damit verbundenen Tätigkeiten den jeweiligen ProduzentInnen oktroyiert. Selbst die Assoziation der freien ProduzentInnen unterliegt hinsichtlich ihrer Ziele in diesem Bereich einer Fremdbestimmung durch die biologischen Lebensprozesse, sodass es sich bei den betreffenden Tätigkeiten um entfremdete handelt. Wegen der Beschaffenheit der Natur, die eine unmittelbare Befriedigung menschlicher Bedürfnisse nicht ermöglicht, ist die restlose Eliminierung der Entfremdung undenkbar.[16] Auch den entwickelten Industrienationen wird deshalb die Arbeit niemals vollständig ausgehen.

Das ‘Reich der Notwendigkeit’ besteht somit aus denjenigen Tätigkeiten, die niemals vollständig unentfremdet sein können. Hiervon zu unterscheiden ist das ‘Reich der Freiheit’. Dabei handelt es sich um die Tätigkeiten, die dem Ideal der produktiven menschlichen Tätigkeit entsprechen. Grundsätzlich sollte es das Ziel einer Gesellschaft sein, das Volumen der Arbeiten, die zum ‘Reich der Notwendigkeit’ gehören, auf ein Minimum zu reduzieren, und die Tätigkeiten, die zum ‘Reich der Freiheit’ zählen, so weit wie möglich auszubauen. Das theoretische Ideal wäre ein Zustand, in dem es nur noch produktive menschliche Tätigkeiten gibt.

Angestrebt wird daher von Marx ein Zustand, in dem grundsätzlich „die Tätigkeit selbst Genuß bieten soll“ (MEW 3; 506). Dennoch ist er nicht so naiv, zu meinen, dass dies auch in jedem Moment der menschlichen Betätigung der Fall sein wird. Vielmehr ist sich Marx der Unaufhebbarkeit der Arbeit im Sinne einer entfremdeten Tätigkeit durchaus bewusst. Die Unmöglichkeit der vollkommenen Eliminierung der Entfremdung ist aber nicht gleichbedeutend mit der Unmöglichkeit einer Verminderung ihrer vorhandenen Ausmaße. Selbst wenn die Tätigkeiten im Rahmen der zum Überleben erforderlichen materiellen Produktion stets Elemente der Entfremdung enthalten, so ist es gleichzeitig möglich, andere Entfremdungsmomente aufzuheben oder zumindest in ihrem Ausmaß zu reduzieren. Beispielsweise kann die lebensnotwendige Produktion Formen annehmen, die der Förderung der menschlichen Anlagen und Fähigkeiten dienen und „den Wechsel der Tätigkeit“ (MEW 4; 377) erlauben. Ebenso stellen die gemeinsame Planung und Kontrolle der materiellen Produktion Momente einer unentfremdeten Tätigkeit dar, weil die Individuen hier, wenn auch im Zusammenwirken mit anderen Personen, den Produktionsprozess beherrschen und kontrollieren. Ganz allgemein geht es im „Reich der Notwendigkeit“ darum, die Arbeitsbedingungen so menschlich wie möglich zu gestalten und die Entfremdung auf das niedrigst mögliche Niveau zu beschränken. Erforderlich sind dafür die Verkürzung der Arbeitszeit, die Erleichterung der Arbeitsbedingungen, die Reduktion der Arbeitsintensität sowie eine verstärkte Mitbestimmung der ProduzentInnen hinsichtlich der Ziele, der Organisation und des Ablaufs der materiellen Produktion.[17] Das gesellschaftspolitische Ziel von Marx lässt sich somit zusammenfassend durch drei Teilziele beschreiben: erstens den Bereich der produktiven menschlichen Tätigkeiten (das „Reich der Freiheit“) so weit wie möglich auszubauen, zweitens den Bereich der entfremdeten Arbeit (das „Reich der Notwendigkeit“) so weit wie möglich zu reduzieren und drittens die Arbeiten im Rahmen des ‘Reichs der Notwendigkeit’ so nahe wie möglich an das Ideal der produktiven menschlichen Tätigkeiten heranzubringen. Diese Zielvorgaben sind nach wie vor aktuell.

e-mail: thiess.petersen@verdi.de

Literatur:

Arendt, Hannah, (1994), Vita Activa oder Vom tätigen Leben, 8. Aufl., München.
Arnold, N. Scott (1990), Marx’s Radical Critique of Capitalist Society, New York/Oxford.
Devine, James (1989), Paradigms as Ideologies: Liberal vs. Marxian Economics, in: Review of Social Economy, Vol. XLVII, S. 293 - 312.
Dobb, Maurice, (1977), Wert- und Verteilungstheorien seit Adam Smith. Eine nationalökonomische Dogmengeschichte, Frankfurt am Main.
Elliott, John E. (1979), Continuity and Change in the Evolution of Marx’s Theory of Alienation: from the Manuscripts through the Grundrisse to Capital, in: History of Political Economy, Vol. 11, S. 317-362.

Elster, Jon (1985), Making Sense of Marx, Cambr.
Emden, Horst, (1983), Der Marxismus und seine Pädagogik, Sankt Augustin.
Fischer, Joschka, (1993), Die Linke nach dem Sozialismus, Hamburg.
Fleischer, Helmut (1980), Sozialismus, Humanismus, Anthropologie, in: E. Bloch (Hrsg.), Marxismus und Anthropologie: Festschrift für Leo Kofler, Bochum, S. 47 - 61.
Fromm, Erich, (1991), Wege aus einer kranken Gesellschaft. Eine sozialpsychologische Untersuchung, München.
ders. (1993), Haben oder Sein, 22. Aufl., München.
Gorz, André, (1991), Und jetzt wohin? Nördlingen.
ders. (1994), Kritik der ökonomischen Vernunft: Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft, Hamburg.
Heinrich, Michael (1991), Die Wissenschaft vom Wert, Hamburg.
Klauder, Wolfgang, (2002), Die Zukunft der Arbeitswelt, in: Politische Studien, 53. Jg., Heft 384, 72 - 80.
Körber, Manfred / Staman, Jolanda (2001), Der Wandel der Arbeitsgesellschaft im Spiegel aktueller sozialethischer Texte, in: Arbeit, 10. Jg., S. 180 - 185
Löw, Konrad (Hrsg.), (1985), Marxismus-Quellenlexikon, Köln.
Man, Hendrik de, (1927), Der Kampf um die Arbeitsfreude, Jena.
Marcuse, Herbert, (1994), Der eindimensionale Mensch, München.
Marx, Karl / Engels, Friedrich: Karl Marx / Friedrich Engels, Werke (MEW), Bd. 1ff., Berlin 1956ff.
Marx, Karl, (1844), Ökonomisch-philosophische Manuskripte vom Jahre 1844, in: Karl Marx, Ökonomisch-philosophische Manuskripte, hrsg. von Joachim Höppner, 4., veränd. Aufl., Leipzig, S. 83 - 222.
ders. (1863/64), Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses, in: Karl Marx, Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses, Berlin, 1988, S. 25 - 177.
ders. (1857/58), Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Frankfurt, o. J.
Maslow, Abraham Harold, (1978), Motivation und Persönlichkeit, 2. erw. Aufl., Olten/Freiburg.
McClelland, David C., (1961), The Achieving Society, Princeton u. a..
ders. (1985), Human Motivation, Glenview u. a.
Müller, Severin, (1994), Phänomenologie und philosophische Theorie der Arbeit, Bd. 2: Rationalität - Welt - Vernunft, Freiburg/München.
Negt, Oskar, (1987), Lebendige Arbeit, enteignete Arbeit: Politische und kulturelle Dimensionen des Kampfes um die Arbeitszeit, 3. Aufl., Frankfurt a. M./New York.
ders. (1989), Die Herausforderung der Gewerkschaften: Plädoyers für die Erweiterung ihres politischen und kulturellen Mandats, F/M
ders. (2001), Arbeit und menschliche Würde, Göttingen.
Oberndörfer, Dieter / Jäger, Wolfgang, (1974), Marx - Lenin - Mao: Revolution und neue Gesellschaft, Stuttgart u. a.
Ollman, Bertell (1971), Alienation: Marx's Conception of Man in Capitalist Society, Cambridge.
Petersen, Thieß (2002), Entfremdung: Begriff und Erscheinungsform, in: Z - Nr. 49, 13. Jg., S. 141-153.
ders. (2003), Karl Marx' Vorstellungen vom 'guten Leben', in: Hintergrund, 16. Jg., Heft 1, S. 31 - 42.
Reich, Hermann, (1991), Eigennutz und Kapitalismus, Berlin.
Rifkin, Jeremy, (1996), Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, 4. Aufl., Frankfurt/New York.
Robinson, Joan, (1987), Grundprobleme der Marxschen Ökonomie, Marburg.
Senghaas-Knobloch, Eva (1999), Von der Arbeits- zur Tätigkeitsgesellschaft?, in: Arbeit, 8. Jg., S. 117ff.

1 Hervorhebungen im Original werden dadurch kenntlich gemacht, dass sie kursiv wiedergegeben werden.
2 Vgl. Marx (1863/64), S. 73-75, 83, 89, 132-136.
3 Vgl. Gorz (1994), S. 27-29, S. 218, S. 236-238, S. 311 f.
4 Vgl. dazu ausführlicher Petersen (2002).
5 Vgl. dazu ausführlicher Petersen (2003).
6 Vgl. dazu Heinrich (1991), S. 84-111. Dieses Vorgehen entspricht der Tradition des Humanismus. Dort bildet das humanistische Menschenbild den Maßstab, an dem bisher realisierte Zustände bewertet und nach dem anstehende Aufgaben bestimmt werden, vgl. Fleischer (1980), S. 48.
7 Vgl. Ollman (1971), S. 132; Elster (1985), S. 54, 74-92.
8 Ähnlich negative Beurteilungen der Arbeit finden sich unter anderem in MEW 3, S. 54, 67- 70, 77, 186, 200; Marx (1857/58), S. 231 und MEW 17, S. 546.
9 Gleiches gilt für den dritten Band des „Kapitals“, in dem Marx die „Arbeit als solche ... als zweckmäßige produktive Tätigkeit“, MEW 25, S. 833, beschreibt.
10 Vgl. zur Wert- und Mehrwerttheorie von Marx statt vieler Dobb (1977), S. 155 - 184 oder Robinson (1987), S. 32 - 43.
11 Vgl. für eine Sichtweise, die den „Positionswandel“ und „Einschätzungswandel der Arbeit“ durch Marx im Laufe der Zeit anders beurteilt, z. B. Müller (1994), vor allem S. 163-170.
12 Der Marxschen Terminologie folgend, beziehen sich die positiven Aspekte allerdings nur auf die produktive Tätigkeit und nicht auf die entfremdete Arbeit.
13 Vgl. zu den verschiedenen Funktionen der Arbeit Senghaas-Knobloch (1999), S. 120f. und Körber/Staman (2001), S. 181.
14 Vgl. statt vieler Maslow (1978), S. 75; Negt (1987), S. 179-182; Fromm (1991), S. 245f.; Fromm (1993), S. 100.
15 Vgl. z. B. McClelland (1961), S. 36-61; McClelland (1985), S. 223-265. Hendrik de Man spricht in diesem Zusammenhang von einem „Tätigkeitstrieb“, der über den bloßen Drang zur Verausgabung von physischer Energie hinausgeht und stattdessen „auf Schöpfung, d. h. auf Verwirklichung eines Vorstellungsbildes gerichtet“ ist, vgl. Man (1927), S. 151.
16 Damit verbietet sich eine immer wieder anzutreffende Gleichsetzung der postkapitalistischen Gesellschaft mit dem Reich der Freiheit. Eine derartige, unzulässige Gleichsetzung findet sich z. B. bei Emden (1983), S. 12; Reich (1991), S. 246 und Fischer (1993), S. 93-102.
17 Vgl. dazu Gorz (1991), S. 37f., 170f.; Gorz (1994), S. 46f., 55, 85f., 313, 320-332; Marcuse (1994), S. 263.

Ingo Elbe
Warenform, Rechtsform, Staatsform. Paschukanis' Explikation rechts- und staatstheoretischer Gehalte der Marxschen Ökonomiekritik

Der folgende Text ist Teil einer umfangreicheren Untersuchung[1] über die Entwicklung der sowjetischen Rechts- und Staatsdebatte hin zu einem Konzept des ‚adjektivischen Sozialismus', einer Position, die, bei allen Ambivalenzen, bereits in Lenins und Petr Stutschkas rechtssoziologisch-staatsinstrumentalistischen Ansätzen angelegt ist und in Stalins und Andreij Wyschinskis offen sozialtechnologischen Rechts- und Staatsvorstellungen zu sich selbst kommt. Nicht die *Aufhebung* der kapitalistischen Formbestimmungen, sondern ihre *alternative Nutzung,* nicht die *Dechiffrierung* der Reichtums- und Zwangs-Formen als historisch-spezifische, sondern ihre Naturalisierung kennzeichnen den adjektivischen Sozialismus und seine ‚sozialistische politische Ökonomie'. Was mit Engels' prämonetärer Werttheorie beginnt und im absurden Theorem eines originär sozialistischen Wertgesetzes endet, das setzt sich auch auf rechts- und staatstheoretischem Gebiet durch: Die Kritik an Recht und Staat wird - wie die der Ökonomie - in eine Affirmation derselben umgearbeitet.

Die einzige radikale zeitgenössische Gegenposition zu diesem Paradigma formuliert Eugen Paschukanis, dessen Ansatz bis in die 1960er Jahre hinein als einzigartig gelten darf und der im Folgenden kursorisch dargestellt werden soll.

I. In seinem zuerst 1924 veröffentlichten Werk ‚Allgemeine Rechtslehre und Marxismus' beansprucht Paschukanis, den paradigmatischen Bruch des Marxschen praktisch-kritischen oder gesellschaftstheoretischen Materialismus mit ‚bürgerlich'-fetischistischen Deutungsmustern auf rechtstheoretischem Gebiet herauszuarbeiten. Analog zur Differenz zwischen politischer Ökonomie und Kritik derselben lässt sich demnach zeigen, dass Marx, im Gegensatz zur Rechts- bzw. politischen Philosophie, die Phänomene Recht und Staat selbst zum Gegenstand einer ‚kritisch-genetischen' Wissenschaft macht, sie als gesellschaftliche Verhältnisse unter bestimmten Bedingungen dechiffriert, statt sie zu enthistorisieren: Geht es jenem um die Klärung der Frage, „kraft welcher Ursachen sich der Mensch als zoologisches Individuum in ein juristisches Subjekt verwandelt", so geht diese „vom Rechtsverkehr als von einer fertigen, von vornherein gegebenen Form aus."[2] Im ahistorischen, kategorialen Rahmen der bürgerlichen Ansätze kann sich Rechts*kritik* zudem nur als Konfrontation positiven Rechts mit dem (in der Vernunft oder Natur

fundierten) Rechtsbegriff vollziehen. Der Rechtsbegriff selbst ist dort „kein Objekt der Rechtskritik“.[3]

Rechts- und politische Philosophie sind also, Paschukanis zufolge, als Theorien sozialer Verhältnisse in bestimmten Formen dem historischen Materialismus als *Theorie dieser Formen als (historisch-spezifischer) Formen selbst* radikal entgegengesetzt.

Der Untertitel von Paschukanis’ Werk, „Versuch einer Kritik der juristischen Grundbegriffe“, ist bewusst an den des ‚Kapitals’ angelehnt. Kritik bedeutet für ihn Dechiffrierung und Kontextualisierung der rechtlichen Form, die juristischen „Kategorien analysierend, ihre wirkliche Bedeutung dartun, d.h. [...], die historische Bedingtheit der Rechtsform aufdecken.“[4] Paschukanis will sich aber nicht mit der Dechiffrierung des Rechts als historisch-spezifischer Vergesellschaftungsweise zufrieden geben. Wie Marx zielt er zugleich auf die Beantwortung der Frage, wie diese Form ihre Verkennung als Form, ihre Deutung als allgemein-menschlich und natürlich, selbst spontan hervorbringt.

Doch auch das sich gegen die neukantianische Transzendentalisierung des Rechtsbegriffs wendende, traditionsmarxistisch-rechtssoziologische Paradigma verfällt Paschukanis’ Kritik. So wendet er explizit gegen Petr Stutschkas Rechtsdefinition[5] ein, diese „deck[e] zwar den in den juristischen Formen beschlossenen Klasseninhalt auf, erklär[e] [...] aber nicht, warum dieser Inhalt eine solche Form annimmt.“[6] Im bisherigen marxistischen Rechtsdenken bleibt also „die rechtliche Regelung selbst [...] als Norm unanalysiert.“[7]

Aber nicht nur ‚methodisch’, auch inhaltlich knüpft Paschukanis an die Kritik der politischen Ökonomie an. Er versteht seine Darlegungen als Rekonstruktion der Marxschen Thesen über den Zusammenhang von Warenform und Rechtsform.[8]

Ausgangspunkt seiner Bestimmung des Rechtsbegriffes ist weder, wie z.B. bei Kelsen, der „Begriff der Norm als äußeres autoritatives Gebots“[9] noch, wie bei Stutschka, der Begriff des gesellschaftlichen Verhältnisses überhaupt.[10] Auch die isolierte Charakterisierung als Willensverhältnis reicht ihm zur Erfassung des Rechts nicht aus.[11] Erst unter spezifischen historischen Vergesellschaftungsbedingungen der Arbeit nehmen gesellschaftliche Verhältnisse rechtlichen Charakter an, so Paschukanis.[12] Die Willensverhältnisse von Akteuren erhalten eine juristische Form nur im Warentausch. So wird z.B. nicht das (Klassen-) Verhältnis zwischen Sklavenhalter und Sklave, sondern erst das zwischen Kapitalist und doppelt freiem Lohnarbeiter in der rechtlichen Form des Vertrags geregelt.[13]

Der gesellschaftliche Zusammenhang stellt sich unter privat-arbeitsteiligen Produktionsverhältnissen zugleich im Wert (der ‚Werteigenschaft’ der Produkte) und im Recht (der ‚Subjekteigenschaft’ der Individuen) dar, der ‚ungeheuren Warensammlung’, als die der Reichtum im Kapitalismus erscheint, entspricht eine „unendliche Kette von Rechtsverhältnissen“.[14] Dieses Prinzip der Rechtssubjektivität, der freien, gleichen und zurechnungsfähigen Persönlichkeit,[15] ist nicht nur ideologisches Betrugsmanöver der Bourgeoisie, wie es bei Lenin meist erscheint, sondern reales Prinzip der Verrechtlichung menschlicher Beziehungen in der auf universalisiertem Warentausch beruhenden kapitalistischen Produktionsweise.[16] Tatsächlich stellen sich ihre ökonomischen Verhältnisse unter dem Aspekt der Übereinstimmung der Willen, der wechselseitigen Anerkennung als Freie und Gleiche, die nötig ist, um ihre Produkte *als Waren auszutauschen* (und nicht etwa *als Güter bloß gewaltsam anzueignen*), als Rechtsverhältnisse dar.[17] Wie in solchen Ware-Geld-Beziehungen faktisch vom Gebrauchswert der Waren abstrahiert wird, tritt in ihnen an die Stelle des konkreten Individuums mit seinen mannigfaltigen Eigenschaften die „Abstraktion des Menschen überhaupt“,[18] das Rechtssubjekt als „Wertform des Menschen“.[19]

Das Recht nimmt auf dieser Grundlage seine spezifische abstrakt-allgemeine Form der universellen Anwendbarkeit und Geltung ohne Ansehen der (konkreten) Person an.[20] In der zivilrechtlich fundierten Rechtsauffassung Paschukanis’ fallen damit die Form Recht und die bürgerliche Rechtsform zusammen: Nur der Kapitalismus bringt „die am höchsten entwickelte, allseitigste und vollendetste rechtliche Vermittlung“[21] hervor. Nur „unentwickelte und rudimentäre Formen“[22] derselben sind in vorkapitalistischen Produktionsweisen zu finden. Im Feudalismus beispielsweise „wird jedes Recht nur als Zubehör eines gegebenen konkreten Subjekts

gegen Arbeitszwang gegen Arbeitszwang

oder einer begrenzten Gruppe von Subjekten gedacht.“[23] Es existiert kein Recht im ‚ausgebildeten' Sinne, sondern nur ein ‚Vorrecht', ein Privileg, das Mitgliedern einer (meist verwandtschaftlich verbundenen) Gruppe anderen gegenüber zukommt. Hier gibt es nur Stadtbürger, Leibeigene, Belehnte, Grundherren usw., nicht ‚den Staatsbürger' oder gar ‚den Menschen' als Träger von Freiheiten und Adressaten von Pflichten.[24]

Nun bringt das Rechtsverhältnis aber, wie das Tauschverhältnis, zugleich seine eigene Verkennung hervor. Die Notwendigkeit, mit der der Mensch im Kapitalismus zum Rechtssubjekt wird, kann der bereits im Warenfetischismus befangenen Vorstellung nur als Naturnotwendigkeit erscheinen.[25] „Von diesem Standpunkte aus ist es dem Menschen als beseeltem und mit einem vernünftigen Willen ausgestatteten Wesen eigen, Rechtssubjekt zu sein.“[26] Das gesellschaftliche Phänomen der „Herrschaftssphäre, die die Form des subjektiven Rechts angenommen hat“,[27] also Privatautonomie, exklusive Verfügung über Gegenstände als Eigentum und Gleichheit der Akteure, erscheint als Eigenschaft der Individuen als (‚zoologischer') Individuen, wie der Wert als Sacheigenschaft der Waren erscheint, womit der „Warenfetischismus [...] durch den Rechtsfetischismus ergänzt“[28] wird.

Von dieser fehlenden Reflexion auf die (historische Spezifität) warengesellschaftlicher Fundiertheit des Menschen als Verträge schließendes, privatautonomes Willenssubjekt, schließt Paschukanis auf eine „allen bürgerlichen Rechtstheorien bewusst oder unbewusst [...] [zugrundeliegende] naturrechtliche Doktrin.“[29]

Er intendiert dagegen eine Ideologiekritik der Rechtsvorstellungen durch Vermittlung der klassischen Rechtskategorien mit der Totalität warenförmiger Vergesellschaftung. Diese Kritik impliziert nicht nur den Versuch einer Historisierung der Rechtsform, sondern auch eine Reflexion auf den Zusammenhang derselben mit gesellschaftlicher Unfreiheit. Bereits auf der begrifflichen Ebene der einfachen Zirkulation ist die Konstituierung des Individuums zum Rechtssubjekt durch die eigentümliche Dialektik privatautonomer Freiheit gekennzeichnet: Der Herrschaft des Menschen über die Sachen, dem privatautonomen Eigentumsverhältnis, liegt die Herrschaft der Ware über den Menschen zugrunde: „Nachdem er in eine sklavische Abhängigkeit von den hinter seinem Rücken in der Gestalt des Wertgesetzes entstehenden ökonomischen Verhältnissen geraten ist, erhält das wirtschaftende Subjekt, sozusagen als Entschädigung, nunmehr als juristisches Subjekt eine seltene Gabe: den juristisch unterstellten Willen, der ihn unter den anderen Warenbesitzern [...] frei und gleich macht.“[30]

Dieses Ineinander von Freiheit und Unfreiheit wird nun perpetuiert und durch eines von Gleichheit und Ungleichheit erweitert, wenn staatlich regulierte Klassenverhältnisse in die Betrachtung einbezogen werden.

Auch auf staatstheoretischem Gebiet formuliert Paschukanis als erster Marxist, gegen die auf den bloßen Klasseninhalt des (bürgerlichen) Staates abzielenden, instrumentalistischen Positionen Lenins, die Grundfrage einer Formanalyse des Staates: „ [...] warum wird der Apparat des staatlichen Zwanges nicht als privater Apparat der herrschenden Klasse geschaffen, warum spaltet er sich von der letzteren ab und nimmt die Form eines unpersönlichen, von der Gesellschaft losgelösten Apparats der öffentlichen Macht an?“[31] Nach Marx macht der Widerspruch zwischen Eigen- und Allgemeininteresse im Prozess der Wertvergesellschaftung eine besondere Instanz notwendig, die das gemeinsame Interesse der Tauschenden repräsentiert und eventuell auch gewaltsam durchsetzt. Ausgehend vom Warentausch lässt sich auch Paschukanis zufolge auf die Notwendigkeit einer außerökonomischen, Recht setzenden/fixierenden (legislative Funktion) und garantierenden (exekutive Funktion) Zwangsgewalt schließen. Er konstatiert, dass „von zwei Tauschern auf dem Markte keiner das Tauschverhältnis eigenmächtig regeln kann, sondern dass hierfür eine dritte Partei erforderlich ist, die die von den Warenbesitzern als Eigentümer einander gegenseitig zu gewährende Garantie verkörpert und dementsprechend die Regeln des Verkehrs zwischen den Warenbesitzern personifiziert.“[32]

Außerökonomisch ist die Gewalt, weil der Zwang, den sie auf die Rechtssubjekte ausübt, außerhalb der sachlichen Zwänge der Zirkulation (wechselseitige Abhängigkeit der Akteure in arbeitsteiliger Privatproduktion, objektive Reduktion von individuell-konkreter Arbeit auf das gesell-

schaftliche Durchschnittsmaß abstrakter Arbeit, Zwang zum Verkauf der Arbeitskraft usw.) situiert ist und sein muss, damit von Zirkulation, also Austausch, noch die Rede sein kann.[33] Die Aneignung darf also nicht selbst gewaltvermittelt verlaufen, die Gewalt muss sich jenseits des Verfügungsbereichs der einzelnen Warenhüter in einer gesonderten Instanz monopolisieren und die Gewaltsubstitution in der Ökonomie notfalls gewaltsam erzwingen.

Die generelle Norm, das allgemeine Gesetz (im Gegensatz zum Privileg im Feudalismus) fungiert dabei als staatliches, den anonymen faktischen Rechtsverhältnissen der Zirkulationssphäre, in der sich die Individuen nur als Repräsentanten gleichwertiger Waren aufeinander beziehen, adäquates Formprinzip: Staatliche Maßnahmen und Regeln müssen eine abstrakt-allgemeine Form annehmen, Gesetze ohne Ansehen der Person gelten.[34] Erst eine solche, durch Enteignung personalen Herrschaftsbesitzes[35] gekennzeichnete, mittels abstrakt-allgemeiner Normen sich vollziehende Staatsmacht kann ‚öffentliche Gewalt' genannt werden, „d.h. eine[...] Gewalt, die keinem im besonderen gehört, über allen steht und sich an alle richtet."[36]

So wie Freiheit und Gleichheit (das Prinzip der Rechtssubjektivität) in der einfachen Zirkulation *reale* Bestimmungen menschlichen Handelns darstellen, garantiert auch der Rechtsstaat[37] *tatsächlich* „im Interesse aller am Rechtsverkehr Beteiligten" mittels „einer objektiven unparteiischen Norm"[38] die faktischen Anerkennungsverhältnisse der Warenbesitzer. Das bürgerliche (!) Klassenverhältnis impliziert diese rechtsstaatliche Form notwendig: „Insoweit das Ausbeutungsverhältnis formell als Verhältnis zwischen zwei ‚unabhängigen' und ‚gleichen' Warenbesitzern verwirklicht wird [...], kann die politische Klassengewalt die Form einer öffentlichen Gewalt annehmen."[39] Da sich die einfache Zirkulation als abstrakte Sphäre der kapitalistischen Produktionsverhältnisse entpuppt, Rechtsgleichheit und ‚freier Wille' - die spezifische Handlungsfreiheit der Vertragsschließenden - sich als Vollzugsform von Ausbeutung und strukturellen Zwängen erweisen, lässt sich leicht einsehen, wie die staatliche Garantie der faktischen Rechtsverhältnisse der einfachen Zirkulation zugleich eine Garantie der Reproduktion der kapitalistischen Produktionsbedingung schlechthin, des Klassenverhältnisses an der Arbeit, darstellt. Der Klassencharakter des bürgerlichen Staates erweist sich also prinzipiell nicht zuerst an der gewaltvermittelten Repression der ArbeiterInnen und ihrer Organisationen oder an der Einflussnahme von Kapitalisten und ihren Verbänden auf die Politik, sondern an der Garantie des Privateigentums, der Sicherung der Rechtsgleichheit und Wahlfreiheit aller Individuen, der Verhinderung physischer Gewalt im Tauschakt. Der „bürgerliche Staat kann gerade als eine ‚neutrale' Anstalt ein bestimmtes Klassen- und Herrschaftsverhältnis sichern."[40]

Trotz dieser Hervorhebung der Form und Funktion bürgerlicher Staatsgewalt äußert Paschukanis, ähnlich wie Stutschka[41], fundamentale Bedenken gegen eine Repressionstheorie des Rechts, die den Aspekt der äußeren Zwangsnorm als dessen Grundzug unterstellt.[42] Paschukanis behauptet dagegen ein Primat der Rechtsverhältnisse bzw. implizit im Alltagsleben praktizierten Rechtsnorm vor der als Staatsgesetz kodifizierten, mit Zwangsandrohung versehenen Rechtsordnung.

Ein formelles Gesetz bzw. die ‚Rechts'norm als ausdifferenzierte, reflexiv organisierte Ordnung ist demnach noch lange kein wirkliches Recht: „Haben sich gewisse Verhältnisse tatsächlich gebildet, so heißt das, dass ein entsprechendes Recht entstanden ist; ist aber nur ein Gesetz oder Dekret erlassen worden, aber kein entsprechendes Verhältnis in der Praxis entstanden, so ist wohl ein Versuch zur Schaffung eines Rechts gemacht worden, aber ohne Erfolg."[43] Hier folgt Paschukanis durchaus den Ausführungen Stutschkas.

Im Verhältnis von objektivem („äußere[...] autoritäre[...] Regelung") und subjektivem Recht („private[...] Autonomie")[44] gebührt letzterem der Vorrang, da es im von der staatlichen Regulation unabhängigen „materiellen Interesse"[45] gründet. Die rechtliche Verpflichtung unterscheidet sich zwar von der moralischen dadurch, dass sie als äußere Forderung an das Subjekt herantritt, diese stellt aber zuerst eine „von einem konkreten Subjekt, das zugleich [...] auch Träger eines entsprechenden materiellen Interesses ist, ausgehende Forderung"[46] dar. Das objektive Recht als staatliche Zwangsnorm regelt nur nachträglich den Verkehr zwischen vorstaatlich als Rechtssubjekte bestimmten Akteuren.

Die „Idee der unbedingten Unterwerfung unter eine äußere normsetzende Autorität"[47] ist, Paschukanis zufolge, dem Begriff der Rechtsform sogar vollkommen äußerlich. Der rechtliche Charakter von Normen wird einzig durch ihren Bezug auf privat-isolierte Akteure hergestellt, die sich nur ‚indirekt', über ‚gesellschaftliche Sachen' aufeinander beziehen und dabei ausschließlich ihren eigenen Bedürfnissen folgen.[48] Je weiter sich ein soziales Verhältnis von diesen Bestimmungen entfernt, desto weniger kann ihm ein Rechtscharakter zugebilligt werden: Ist z.B. das Verhältnis zwischen ArbeiterIn und Kapitalist ein nur vertraglich herzustellendes zwischen privatautonomen Warenbesitzern, so kann das durch eine Zwangsnorm geregelte





Verhältnis zwischen Sklavenhalter und Sklave kaum als Rechtsverhältnis bezeichnet werden. Hier haben wir es nicht mit der wechselseitigen, freiwilligen Anerkennung, sondern der gewaltvermittelten Unterordnung eines Willens unter einen anderen zu tun. Ja, der Sklave gilt seinem Herrn als Werkzeug seiner Willkür, als „belebtes Besitztum".[49]

Je konsequenter also „das Prinzip der autoritären, jeden Hinweis auf einen gesonderten autonomen Willen ausschließenden Regelung durchgeführt ist, desto weniger Boden [bleibt] für die Anwendung der Kategorie des Rechts".[50]

Hier offenbart sich, Paschukanis zufolge, eine grundlegende Differenz zwischen Recht und technischer Regel. Besteht ersteres in der Übereinstimmung der ‚autonomen' Willen von privat-isolierten Warensubjekten, so unterstellt letztere eine vorab koordinierte Einheit des Zwecks oder die (repressive) Unterordnung unter einen einzigen Willen.[51] Die technische Regel dient in Form der Anweisung oder Anleitung der Verwirklichung einer Zwecksetzung ohne Berücksichtigung eines anderen Willens. Sie bezieht sich entweder manipulativ auf andere Akteure oder auf Sachen bzw. gegenständliche Prozesse. Sie ist „kein Gesetz im formellen Sinne". Paschukanis begreift sie vielmehr als Wissen um Gesetzmäßigkeiten, die sich aus der Struktur technischer und sozialer Institutionen ergeben, und dessen Transformation zu Zweck-Mittel-Empfehlungen."[52]

Auch der Sozialismus zeichnet sich nach Paschukanis durch das Absterben von Recht und Staat zugunsten der technischen Regelung von Produktionsprozessen gemäß einem einheitlichen, sozial definierten Ziel aus. Grundlage dafür ist die Aufhebung antagonistischer ökonomischer Interessen und der selbstzweckhaften Kapitalverwertung.[53] In der sozialistischen Übergangsepoche existiert allerdings noch die rechtliche Form der Koordination gesellschaftlicher Produktionsprozesse.[54] Eine Charakterisierung dieser Rechtsverhältnisse als ‚proletarische' oder genuin sozialistische, wie sie sich bei Lenin oder Stutschka findet[55], lehnt Paschukanis jedoch kategorisch ab. Gemäß seiner radikalen Rechtsformkritik und Identifizierung von Recht mit bürgerlichem Recht konstatiert er gegen einen adjektivischen Sozialismus, der mittels einer positiven proletarischen Rechtslehre naturalisierte soziale Formen alternativ in Dienst nehmen will, dass das „Absterben gewisser Kategorien [...] des bürgerlichen Rechts [...] keineswegs ihre Ersetzung durch neue Kategorien des proletarischen Rechts [bedeutet], genau so wie das Absterben der Kategorien des Wertes, Kapitals, Profits usw. bei dem Übergang zum entfalteten Sozialismus nicht das Auftauchen neuer proletarischer Kategorien des Werts, Kapitals usw. bedeuten wird."[56]

II. Kritik an Paschukanis

Im folgenden soll ein kursorischer Blick auf zwei charakteristische Kritikpunkte an Paschukanis' Rechtsbegriff geworfen werden.[57]

A: „Reduktion des Rechtsbegriffs" *(Radbruch):* Gustav Radbruch würdigt zunächst Paschukanis' Bestreben, entgegen den traditionsmarxistischen Versuchen, „den Rechtsinhalt auf das Interesse der herrschenden Klassen oder den Rechtszwang auf bestehende Machtverhältnisse zurückzuführen", die „ökonomisch-soziale Bedingtheit der Rechtsform selber"[58] auszuweisen. Auch der Entwicklung des Prinzips der Rechtssubjektivität aus dem Warentausch folgt Radbruch zunächst weitgehend.[59]

Dennoch zeichnet sich ihm zufolge Paschukanis' Ansatz durch eine folgenschwere Reduktion des Rechtsbegriffs auf das individualistische Privatrecht der bürgerlichen Epoche aus: Recht entsteht nach Radbruch grundlegend qua Erfassung „aus der ökonomischen Sphäre emporsteigende[r]" Interessen durch die universalhistorische „Kulturform der Allgemeinheit und Gleichheit".[60] Diese Transformation bewirkt zugleich eine sich verselbständigende Eigendynamik des Rechts, das damit zum relativ autonomen Machtfaktor und Gestaltungsinstrument gesellschaftlicher Verhältnisse wird, schließlich durch seine Mediatisierung von Interesse und Gewalt in der (abstrakt-) allgemeinen Form als Stützpunkt und Schutzfunktion gerade für die Subalternen wirken kann.[61] Wird eine partikulare Forderung der Herrschenden in Form eines Rechtsanspruchs formuliert, kann dessen universelle Form zugleich von

den Beherrschten gegen den partikularen Inhalt mobilisiert werden. Diese können damit ein rationales Interesse an der Verwirklichung eines von jenen gesetzten Rechts haben, womit dem Klassenkampf eine juristische Form gegeben wird. Die politischen Vertreter der Bourgeoisie unterliegen sogar einer List der juristischen Vernunft, denn „wer sich im eigenen Interesse auf eine [Rechts-]Idee berufen hat, [ist] genötigt [...], sie zu verwirklichen, auch wenn sie aufhört, ihm zu dienen."[62]

Obwohl Radbruch Recht als Einheit verschiedenster Elemente begreift, die zueinander in einem widersprüchlichen Verhältnis stehen (generalisierende Gerechtigkeit vs. individualisierende Zweckmäßigkeit; Relativismus der Zwecksetzung vs. universelle Geltung der Norm; positive Setzung mittels Willkür und Macht vs. überpositive Gleichheitsidee),[63] gilt ihm der unableitbare, „absolute[...] Wert"[64] der Gerechtigkeit als Gleichheit als „artbestimmende Idee des Rechts",[65] denn „Recht ist nur, was der Gerechtigkeit zu dienen wenigstens bezweckt".[66] Gerechtigkeit fungiert also als formbestimmendes Element, als alleiniges Abgrenzungskriterium zwischen Recht und Nicht-/ Unrecht, während über den Charakter der Rechtsinhalte Zweckmäßigkeit und Rechtssicherheit mitentscheiden.[67]

Im Gegensatz zu Paschukanis versteht Radbruch die Rechtsform als überhistorische, transzendentale Rechtsidee.[68] Paschukanis gelingt es nun, Radbruch zufolge, nur, die historische Formung der Rechtsidee in der ‚liberalkapitalistischen' Epoche zu erfassen. Er glaube aber, damit die Rechtsform als solche soziologisch abgeleitet zu haben, was ein Irrtum sei. Paschukanis' zivilrechtlicher Reduktionismus blende demzufolge das Phänomen des öffentlichen Rechts aus, sein ‚Rechtsnihilismus' behaupte mit dem Untergang der abstrakt-allgemeinen Rechtsform des „individualistischen Zeitalters"[69] zu Unrecht ein Absterben der Rechtsform überhaupt.[70]

Das individualistische Recht entspricht der ‚liberalen Phase' des Kapitalismus, manifestiert sich im Zivilrecht und repräsentiert den ‚bürgerlichen Rechtshorizont'. Vorherrschend ist darin die Vorstellung des Privateigentums als Naturrecht und das reale Prinzip der exklusiven Verfügungsgewalt, der Abtrennung des Einzelnen von der Gesellschaft. Das Individuum als unterschiedsloser, egoistischer, isolierter Eigentümer gilt als Objekt rechtlicher Regelungen wie als Subjekt von Rechtsansprüchen. Das Rechtsverhältnis nimmt die abstrakt-allgemeine Form der Geltung ohne Ansehen der Person an und abstrahiert von weiteren sozialen Bestimmungen als der des Wareneigners, damit auch von sozialer Ungleichheit.[71] Es herrscht das Prinzip der ausgleichenden Gerechtigkeit.[72]

Paschukanis blendet nun aber die Rechtsform des „soziale[n] Rechtszeitalter[s]"[73] aus, die sich bereits im ‚organisierten' Kapitalismus und dessen öffentlichem Recht bzw. als Tendenz zur „Publizierung des Privatrechts"[74] ankündigt. Diese Form, deren Paradigmen das Arbeits- (‚Stützung sozial Ohnmächtiger') und Wirtschaftsrecht (‚Beschränkung sozialer Übermacht')[75] sind, vertritt die Vorstellung der Sozialpflichtigkeit des Eigentums und versteht Rechte prinzipiell als staatlich verliehene Rechte auf Widerruf. Gegenstand rechtlicher Regelungen ist das Individuum als ‚Kollektivmensch': Das Recht „kennt [...] nicht mehr nur Personen, sondern Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Arbeiter und Angestellte",[76] es vollzieht eine Angleichung an den Rechtsinhalt, indem es das ‚Klassenschicksal' der Akteure berücksichtigt. Die Gerechtigkeitsidee des ‚sozialen Rechts' ist keine begriffliche Abstraktion des äquivalenten Tauschs[77], ist nicht komutative, sondern distributive Gerechtigkeit: „Ausgleichende Gerechtigkeit bedeutet die Forderung absoluter Gleichheit beim Austausch von Leistungen, z.B. Gleichheit zwischen Arbeit und Lohn, Schaden und Ersatz, [...]; austeilende Gerechtigkeit bedeutet die Forderung relativer Gleichheit in der Behandlung von Personen, Verteilung von Lasten und Vorteilen nach Tragfähigkeit und Bedürfnis, nach Schuld und Verdienst. Dort ein Verhältnis zwischen zwei Personen, unter denen ein Austausch stattfindet, hier ein Verhältnis mindestens zweier Personen zu einer dritten, die unter ihnen eine Verteilung vornimmt. Die ausgleichende Gerechtigkeit gilt für den Verkehr zwischen rechtlich gleichgeordneten, d.h. für das Privatrecht, die austeilende Gerechtigkeit dagegen im Verhältnis der Über- und Unterordnung: im öffentlichen Recht."[78] Als gleiche Behandlung von Gleichen, un-

nein

nein!

nein

nein!

nein

nein

gleiche Behandlung von Ungleichen, ist die ‚soziale' Rechtsform für Radbruch nun geradezu *das* Spezifikum entwickelter sozialistischer Vergesellschaftung,[79] die damit immer auch als staatlich regulierte gedacht werden muss. Radbruchs Kritik am zivilrechtlichen Reduktionismus Paschukanis' trifft ein zentrales Problem seines Werks. Nicht nur bleibt in diesem der zunehmende Maßnahmencharakter von Gesetzen im ‚organisierten' Kapitalismus unterbelichtet, es wird auch die Frage nach dem Rechtscharakter dieser Gesetze nicht gestellt, da Recht primär als Willensverhältnis privatautonomer Warensubjekte aufgefasst wird. Paschukanis scheint sogar wesentliche Aspekte des öffentlichen Rechts (Maßnahmecharakter, Subordinations- und Zwangsaspekt) mittels der Kategorie der technischen Regel per se aus dem Rechtsbegriff auszuschließen.[80]

Dennoch ist Radbruchs Kritikmodus nicht unfragwürdig. Zunächst wirft seine Ausweitung des Rechtsbegriffs immanente Probleme auf: Der überpositive Rechtsbegriff, den er gegen die Rechtspositivisten ins Feld führt[81], konterkariert seine Äußerungen über das Recht als Stützpunkt und Appellationsinstanz der Subalternen, weil er sich weitgehend vom ‚individualistischen' Recht und seiner abstrakt-allgemeinen Form der Geltung ohne Ansehen der Person abgrenzt. Das distributive Gerechtigkeit („jedem das Seine"[82]) in den Mittelpunkt stellende Rechtskonzept *kann* für die vom öffentlichen Recht als ‚Ungleiche' Eingeteilten durchaus zynische Konsequenzen haben und möglicherweise nicht mehr gegen einen partikularen Inhalt gewendet werden, weil es diesem ja gerade juristische Weihen verleiht. Schließlich kann auch distributive Gerechtigkeit das Prinzip äquivalenter Leistung und Gegenleistung, das Radbruch einseitig der komutativen Gerechtigkeit zuordnet, zum (freilich staatlichen) Verteilungsprinzip erheben. Genau gegen diese Form eines radikalisierten Leistungsprinzips, wie gegen den Gedanken staatlicher Zuteilung überhaupt, richtet sich Marx' Kritik in den ‚Randglossen' zum Gothaer Programm.

Nicht nur vor diesem Hintergrund wirken Radbruchs Assoziationsketten ‚Privatrecht - ausgleichende Gerechtigkeit - bürgerlicher Rechtshorizont' vs. ‚öffentliches Recht - austeilende Gerechtigkeit - sozialistische Rechtsform' naiv. Er geht sogar so weit, die zunehmende ‚Publizierung des Privatrechts' und die Tendenzen eines fortschreitenden Staatsinterventionismus als „auf dem Wege vom Kapitalismus zum Sozialismus"[83] liegend zu betrachten. Drei klassische Denkfehler der traditionellen Sozialdemokratie liegen dieser Haltung zugrunde:

1. Die etatistische Tendenz der Identifizierung von Verstaatlichung mit Sozialisierung des Privateigentums.[84] 2. Der vulgäre Evolutionismus, der den Sozialismus bereits im Kapitalismus ‚heranreifen' sieht. So folgert Radbruch, „dass Sozialismus und Kapitalismus nicht durch eine revolutionäre Kluft voneinander unterschiedene Gesellschaftszustände, sondern Bewegungen innerhalb der Gesellschaft sind, die als sozialistische Aufwärtsbewegung und kapitalistische Abwärtsbewegung untrennbar ineinandergeflochten sind."[85] diese Entwicklung gilt ihm als geschichtsphilosophisch verbürgte „Selbstverwirklichung einer überbewussten geschichtlichen Notwendigkeit".[86] 3. Die „undurchschaute Ambivalenz der [proletarischen] Rechtsforderungen und der Gesetzgebung des bürgerlichen Staates",[87] die die Erfolge der ArbeiterInnenbewegung im Kampf um soziale Rechte (z.B. des Normalarbeitstages, des Tarifsystems usw.) nicht in ihrer systemstabilisierenden Funktion durchschaut und sie statt dessen als Schritte zur Überwindung des ‚bürgerlichen Rechtshorizonts' feiert. Die Einsicht in die juristische Form des Klassenkampfs wird damit zur Illusion der graduellen rechtsförmigen Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise. In diesem Zusammenhang lässt sich auch Radbruchs Stadienmodell kapitalistischer Entwicklung bezweifeln. Von einer zunehmenden Substituierung des privaten durch das öffentliche Recht kann keine Rede sein. Vielmehr setzen auch die von ihm als Paradigmen ‚sozialen Rechts' angeführten arbeits- und wirtschaftsrechtlichen Maßnahmen das Privatrecht ebenso voraus, wie sozialstaatliche Eingriffe das Privateigentum nicht grundlegend in Frage stellen können[88].

B: Zirkulationsfixiertheit *(Negt, Tuschling):* Nicht der Vorwurf des Absehens vom öffentlichen Recht, sondern der der Nichtberücksichtigung der Produktionssphäre bei der Rechtsbestimmung steht im Mittelpunkt von Oskar Negts und Burkhard Tuschlings Auseinandersetzung mit Paschukanis. Dieser Kritik zufolge verortet Paschukanis den Gegenstand und die Quelle des Rechts „ausschließlich in der Zirkulation".[89] Seine Rechtstheorie ist damit nicht nur unfähig, den rechtlichen Überbau in



seiner relativen Autonomie zu erfassen[90], sie verfängt sich auch in einem ‚krypto-naturrechtlichen' Argumentationsmuster, indem sie das Recht von Verträge schließenden Einzelnen aus konzipiere, sein Wesen im freien Vertrag zwischen unabhängigen Subjekten verorte.[91] Paschukanis erklärt nicht die Differenz zwischen bürgerlichen und vorbürgerlichen Rechtsverhältnissen, weil er unterschiedslos von der „Warenform für sich genommen"[92] ausgeht. Diese existiert aber als marginales Verhältnis schon vor der kapitalistischen Produktionsweise. Die Begründung für die Universalisierung der Warenform und damit die „Ausbildung der Rechtsform zu einer allgemeinen und notwendigen Form"[93] gesellschaftlicher Verhältnisse bleibt Paschukanis schuldig.

Dies beruht, Negt zufolge, auf einem Missverständnis des systematischen Stellenwerts der ersten drei Kapitel des ‚Kapital', denen die Warenform-Rechtsform-Theorie wesentlich entnommen ist. Paschukanis isoliert die Bestimmungen der Warenbesitzer als freie und gleiche Eigentümer von ihren weiteren sozialen Formbestimmungen als klassenspezifische Produktionsagenten. Werden diese berücksichtigt, wird nicht nur deutlich, dass sich erst auf Grundlage des kapitalistischen Klassenverhältnisses die Warenform zum charakteristischen Sozialverhältnis entwickelt, es lässt sich nur noch der „produktionsvermittelte[...] Austausch"[94] zwischen Lohnarbeitern und Kapitalisten als Grund der Rechtskonstitution angeben: *„Nicht alle Waren, auch nicht der durch Verträge vermittelte Warenverkehr, sondern ausschließlich die Ware Arbeitskraft ist deshalb Bezugspunkt der [...] Erklärung des Rechts."*[95] Demgemäß ist auch der Rechtsfetischismus nicht so sehr vom Warenfetisch, als vielmehr vom Fetischismus der Lohnform her zu begreifen.[96] Im Gegensatz zum quasi-‚naturrechtlichen' Bezugssystem Paschukanis' werden so die „wechselseitigen Bedingungs- und Abhängigkeitsbeziehungen zwischen kapitalistisch organisierter Produktion und Recht"[97] , die Vermitteltheit der Rechtsverhältnisse durch die Totalität kapitalistischer Produktionsverhältnisse wie die systematische Kontamination des Rechts durch Herrschaft und strukturelle Zwänge berücksichtigt. Im Unterschied zu Radbruchs Kritik steht hinter den Vorwürfen Negts und Tuschlings kein konkurrierendes Rechtsverständnis, sondern eine bestimmte Deutung der Methodik Paschukanis'. Dem Warenform-Rechtsform-Theorem wird eine historizistische oder empiristische Reduktion auf ein Modell zweier Tauschender im Sinne der Fiktion ‚einfacher Warenproduktion' unterstellt[98], mithin eine naive Konzeptualisierung von Ware und Recht unter Absehung ihrer repressiven Konstitutionsbedingungen. Tatsächlich kann sich eine solche Interpretation auf uneindeutige methodologische Bemerkungen in ‚Allgemeine Rechtslehre und Marxismus' beziehen: wenn etwa von der Skizzierung der „Grundzüge der historischen und dialektischen Entwicklung der Rechtsform"[99] die Rede ist. Dennoch ist Harms gegen Negt zuzustimmen, dass bei Paschukanis der Begriff der „Rechtssubjektivität und der produktionsvermittelte Austausch [...] implizit zusammen[fallen]".[100] Trotz historizistischer Andeutungen lässt sich ‚Allgemeine Rechtslehre und Marxismus' nämlich in methodologischer Hinsicht als ‚verschwiegene *Heterodoxie*' kennzeichnen: Eine logische Rekonstruktion der Rechtsform aus der Warenform ist hier Programm. Demnach geht Paschukanis auch nicht von der ‚einfachen Warenproduktion' aus, sondern legt seiner Analyse „die voll entwickelte Rechtsform zugrunde"[101] und blendet deren Zusammenhang mit kapitalistischen Produktionsverhältnissen - wie oben gezeigt - keineswegs aus: Der „praktische Zweck der rechtlichen Vermittlung" besteht im „ungehinderte[n] Gang" der kapitalistischen „Produktion und Reproduktion".[102] Gegen den Vorwurf der Zirkulationsfixiertheit lässt sich mit Harms zusammenfassend vorbringen: „Wenn die Rechtsbegriffe als Begriffe der Zirkulation erscheinen, ist dies die spezifische Zirkulation der *kapitalistischen* Warenproduktion, nicht jedoch einer einfachen [...] Dies gilt ebenso für die Begriffe Rechtssubjekt und Rechtsverhältnis. Er [Paschukanis] versteht diese nicht als apriorische Begriffe, welche durch eine spezifische Denkform des Rechts vorgegeben sind, sondern als Begriffe, die sich nur in der Totalität des gesellschaftlichen Zusammenhangs klären."[103] Schließlich fügt die Kritik der Zirkulationsfixiertheit Paschukanis' Rechtsbegriff nichts hinzu. Auch sie muss die Zirkulationssphäre als spezifischen Ort der Rechtsgenese verstehen, da sie kein etatistisches Zwangskonzept des Rechts vertritt. Eine Verortung des Rechts im unmittelbaren Produktionsprozess dagegen liefe auf eine Theorie der „personal gebundene[n] Funktionalität des Rechts"[104] hinaus, die dieses ohne Betrachtung seiner spezifischen Form „auf das Partikularinteresse der Kapitaleigner"[105] zurückführen müsste.

Paschukanis' Entwurf ist weit davon entfernt, eine umfassende Rechtskritik zu liefern, bietet oft eher Problemaufrisse als definitive und zufriedenstellende Antworten. Dennoch darf seine Rechtskritik nach wie vor als Herausforderung für eine Linke gelten, die nicht erst seit gestern mit den Formen Recht und Staat ihren theoretischen wie praktischen Frieden geschlossen hat. Nicht zuletzt deshalb galt sein Werk noch im poststalinschen Realsozialismus als unbrauchbar und keiner Diskussion wert. Ein Staat war mit ihm nicht zu machen ...

e-mail: ingoelbe@compuserve.de

Literatur:

Aristoteles (1989): Politik. Schriften zur Staatstheorie, Stuttgart
Blanke, Bernhard/ Jürgens, Ulrich/ Kastendiek, Hans (1975): Das Verhältnis von Politik und Ökonomie als Ansatzpunkt einer materialistischen Analyse des bürgerlichen Staates. In: dies. (Hg.): Kritik der politischen Wissenschaft. Analysen von Politik und Ökonomie in der bürgerlichen Gesellschaft, 2 Bde., Ff/M.- New York, S. 414-444
Böhm, Andreas (1998): Kritik der Autonomie. Freiheits- und Moralbegriffe im Frühwerk von Karl Marx, Bodenheim
Elbe, Ingo (2002): (K)ein Staat zu machen...? Die sowjetische Rechts- und Staatsdebatte auf dem Weg zum adjektivischen Sozialismus. Unter: www.rote-ruhr-uni.org
Gerstenberger, Heide (1990): Die subjektlose Gewalt. Theorie der Entstehung bürgerlicher Staatsgewalt, Münster
Harms, Andreas (2000): Warenform und Rechtsform. Zur Rechtstheorie von Eugen Paschukanis, Baden-Baden
Heinrich, Michael (1999): Die Wissenschaft vom Wert. Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tradition, 2. Aufl., Münster
Kelsen, Hans (1931): Allgemeine Rechtslehre im Lichte materialistischer Geschichtsauffassung. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 66, S. 449-521
Korsch, Karl (1969): [Rezension von:] E. Paschukanis, Allgemeine Rechtslehre und Marxismus; K. Renner, Die Rechtsinstitute des Privatrechts und ihre soziale Funktion. In: E. Paschukanis: Allgemeine Rechtslehre und Marxismus. Versuch einer Kritik der juristischen Grundbegriffe, Ff/M., S. I-XI
Maihofer, Andrea (1992): Das Recht bei Marx. Zur dialektischen Struktur von Gerechtigkeit, Menschenrechten und Recht, Baden-Baden
Negt, Oskar (1975): 10 Thesen zur marxistischen Rechtstheorie. In: H. Rottleuthner (Hg.): Probleme der marxistischen Rechtstheorie, Ff/M., S. 10-71
Paschukanis, Eugen (1969): Allgemeine Rechtslehre und Marxismus. Versuch einer Kritik der juristischen Grundbegriffe, 2. Aufl., Ff/M.
Poulantzas, Nicos (1972): Aus Anlass der marxistischen Rechtstheorie. In: N. Reich (Hg.): Marxistische und sozialistische Rechtstheorie, Ff/M., S. 181-199
Radbruch, Gustav (1929): Klassenrecht und Rechtsidee. In: Zeitschrift für soziales Recht, 1. Jg., Nr. 2, S. 75-79
ders. (1930): [Rezension von:] Paschukanis, E.: Allgemeine Rechtslehre und Marxismus. Versuch einer Kritik der juristischen Grundbegriffe. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 64, S. 617-620
ders. (1993a): Rechtsidee und Rechtsstoff. Eine Skizze. In: ders.: Gesamtausgabe, Bd. 2: Rechtsphilosophie, Heidelberg, S. 453-460
ders. (1993b): Die Problematik der Rechtsidee. In: ebd., S. 460-467
ders. (1993c): Der Mensch im Recht. Heidelberger Antrittsvorlesung. In: ebd., S. 467-476
ders. (1993d): Vom individualistischen zum sozialen Recht. In: ebd., S. 485-495
Rappoport, Anatol (1972): Die marxistische Rechtsauffassung (Auszüge). In: N. Reich (Hg.): Marxistische und sozialistische Rechtstheorie, Ff/M., S. 143-167
Stutschka, Petr I. (1969): Die revolutionäre Rolle von Recht und Staat, Ff/M
Tuschling, Burkhard (1976): Rechtsform und Produktionsverhältnisse. Zur materialistischen Theorie des Rechtsstaates, Köln-Ff/M.
Wesel, Uwe (1979): Zur Entstehung von Recht in frühen Gesellschaften. In: Kritische Justiz, 12. Jg., Heft 3, S. 233-252

Anmerkungen:

1 Elbe (2002).
2 Paschukanis (1969), S. 89.
3 Maihofer (1992), S. 51. Eine solche Rechtsinhaltskritik findet sich auch noch in den junghegelianischen Schriften des frühen Marx. Vgl. dazu Heinrich (1999), S. 88-93 sowie Böhm (1998), Kapitel 1.
4 Paschukanis (1969), S. 37.
5 Recht wird von diesem begriffen als „'System [...] gesellschaftlicher Verhältnisse, das den Interessen der herrschenden Klasse entspricht und von ihrer organisierten Gewalt aufrechterhalten wird.'" (Stutschka (1969), S. 65)
6 Paschukanis (1969), S. 59.
7 Paschukanis (1969), S. 26.
8 Vgl. Paschukanis (1969), S. 10.
9 Paschukanis (1969), S. 72.
10 Vgl. Paschukanis (1969), S. 58.
11 Vgl. Paschukanis (1969), S. 57.
12 Vgl. Paschukanis (1969), S. 53.
13 Vgl. Paschukanis (1969), S. 88.
14 Paschukanis (1969), S. 60.
15 Vgl. Paschukanis (1969), S. 11f.
16 Vgl. Paschukanis (1969), S. 12.
17 Vgl. Paschukanis (1969), S. 132: „Damit sich menschliche Arbeitsprodukte zueinander verhalten können wie Werte, müssen sich Menschen zueinander verhalten wie unabhängige und gleiche Persönlichkeiten."
18 Paschukanis (1969), S. 91.
19 Bruhn (1994), S. 96. Unmensch und Übermensch. Über Rassismus und Antisemitismus. In: ders.: Was deutsch ist. Zur kritischen Theorie der Nation, Freiburg
20 Vgl. Paschukanis (1969), S. 100.
21 Paschukanis (1969), S. 16.
22 Paschukanis (1969), S. 16.
23 Paschukanis (1969), S. 98.
24 Vgl. Paschukanis (1969), S. 98f.
25 Vgl. Paschukanis (1969), S. 41.
26 Paschukanis (1969), S. 95.
27 Paschukanis (1969), S. 96.
28 Paschukanis (1969), S. 60.
29 Paschukanis (1969), S. 42. Diese sich auf die Verdinglichung des subjektiven Rechts beziehende Fetischismus-Diagnose kann allerdings den Ansatz Hans Kelsens nur bedingt treffen. Vgl. dazu Harms (2000), S. 88f., 171.

30 Paschukanis (1969), S. 92.
31 Paschukanis (1969), S. 120.
32 Paschukanis (1969), S. 130.
33 Vgl. Paschukanis (1969), S. 123: „Der Tauschwert hört auf, Tauschwert zu sein, die Ware hört auf Ware zu sein, wenn die Tauschproportionen von einer außerhalb der immanenten Gesetze des Marktes stehenden Autorität bestimmt werden." Vgl. auch Blanke/ u.a. (1975), S. 479 (Anm. 13).
34 Vgl. Paschukanis (1969), S. 97, 124 u.a. Vgl. auch Blanke/ u.a. (1975), S. 421.
35 Vgl. Gerstenberger (1990), S. 525f.
36 Paschukanis (1969), S. 126.
37 ‚Rechtsstaat' bedeutet hier keinesfalls ‚parlamentarische Demokratie'. Diese ist aus der Warenform nicht ableitbar.
38 Beide Zitate: Paschukanis (1969), S. 124.
39 Paschukanis (1969), S. 121.
40 Heinrich (1999), S. 266.
41 Vgl. dazu Elbe (2002), S. 9.
42 Vgl. als Beispiele für einen solchen Ansatz: Kelsen (1931), S. 464, 516 oder Wesel (1979), S. 235, 251.
43 Paschukanis (1969), S. 63.
44 Beide Zitate: Paschukanis (1969), S. 73.
45 Paschukanis (1969), S. 75.
46 Paschukanis (1969), S. 145. Von daher stellt sich ihm auch das Privatrecht als „Prototyp der Rechtsform überhaupt" dar (ebd.).
47 Paschukanis (1969), S. 78.
48 Vgl. Paschukanis (1969), S. 77.
49 Aristoteles (1989), 1254a.
50 Paschukanis (1969), S. 78. Vgl. auch Anatol Rappoports Formulierung: „Der Gedanke der Gleichberechtigung ist, was das Recht kennzeichnet." (Rappoport (1972), S. 151).
51 Vgl. Paschukanis (1969), S. 55f., 78.
52 Harms (2000), S. 146.
53 Vgl. Paschukanis (1969), u.a. S. 34, 111f.
54 Paschukanis folgt in deren Begründung Marx' ‚Kritik des Gothaer Programms'. Vgl. Paschukanis (1969), S. 34-36.
55 Vgl. Elbe (2002), S. 6f., 11f.
56 Paschukanis (1969), S. 33.
57 Dabei kann nicht ansatzweise das gesamte Spektrum der Kritiken an Paschukanis' Werk berücksichtigt werden. Dennoch kreist eine Reihe von Stellungnahmen, wenn auch vor dem Hintergrund verschiedenster Rechtskonzeptionen, um die hier skizzierten Kritikpunkte ‚Rechtsnihilismus', ‚zivilrechtlicher Reduktionismus' und ‚Zirkulationismus'. Eine Übersicht über die Paschukanis-Rezeption bietet Harms (2000).
58 Beide Zitate: Radbruch (1930), S. 617f.
59 Vgl. Radbruch (1930), S. 618.
60 Beide Zitate: Radbruch (1929), S. 77.
61 Vgl. Radbruch (1929), S. 76f.
62 Radbruch (1929), S. 77. Es ist allerdings bereits jetzt darauf hinzuweisen, dass diese Bestimmungen ausschließlich für bürgerliches, abstrakt-allgemeines Recht gelten und von Radbruchs späterer Ausweitung des Rechtsbegriffs konterkariert wird, ohne dass er diese generalisierenden Äußerungen zurücknähme.
63 Vgl. Radbruch (1993b), S. 462-465.
64 Radbruch (1993b), S. 461.
65 Radbruch (1993b), S. 462.
66 Radbruch (1993b), S. 462. Vgl. auch die bei Harms ((2000), S. 73, FN 345) zitierte ‚Radbruchsche Formel': „'[...] wo die Gleichheit [...] bei der Setzung positiven Rechts bewusst verleugnet wurde, da ist das Gesetz nicht etwa nur ‚unrichtiges Recht', vielmehr entbehrt es überhaupt der Rechtsnatur.'"
67 Vgl. Radbruch (1993b), S. 465.
68 Vgl. Radbruch (1993a), S. 453.
69 Radbruch (1993a), S. 455.
70 Vgl. Radbruch (1930), S. 619.
71 Vgl. Radbruch (1993a), S. 455 und (1993d), S. 486f.
72 Vgl. Radbruch (1993b), S. 462.
73 Radbruch (1993c), S. 472.
74 Radbruch (1930), S. 619.
75 Vgl. Radbruch (1993d), S. 490.
76 Radbruch (1993d), S. 488.
77 Wie Paschukanis ((1969), S. 143) für die Gerechtigkeit schlechthin unterstellt.
78 Radbruch (1993b), S. 462.
79 Vgl. Radbruch (1929), S. 79.
80 Vgl. Harms (2000), S. 148.
81 Vgl. Radbruch (1993b), S. 460, 466.
82 Radbruch (1993b), S. 462.
83 Radbruch (1930), S. 619.
84 Vgl. Radbruchs Andeutungen (1993d), S. 488f.
85 Radbruch (1930), S. 619f.
86 Radbruch (1993d), S. 495.
87 Negt (1975), S. 58.
88 Vgl. Blanke/ u.a. (1975), S. 429ff., 434ff.
89 Tuschling (1976), S. 12.
90 Vgl. Negt (1975), S. 47, Korsch (1969), S. Xf. sowie Poulantzas (1972), S. 181f.
91 Damit wiederholt sich aus marxistischer Perspektive eine Kritik, die schon Hans Kelsen an Paschukanis geübt hat (vgl. Kelsen (1931), S. 486ff.). Freilich geht es Negt et al. nicht, wie Kelsen, primär um die Betonung des staatlichen Zwangscharakters des Rechts, als vielmehr um dessen Klassenspezifik und Beziehung auf ökonomische Zwänge.
92 Tuschling (1976), S. 14.
93 Tuschling (1976), S. 14.
94 Negt (1975), S. 50.
95 Negt (1975), S. 52. Vgl. auch ebd., S. 48.
96 Vgl. Negt (1975), S. 54f.
97 Tuschling (1976), S. 14.
98 Vgl. Harms (2000), S. 121.
99 Paschukanis (1969), S. 18. Vgl. auch ebd., S. 31.
100 Harms (2000), S. 121.
101 Paschukanis (1969), S. 45.
102 Alle Zitate: Paschukanis (1969), S. 16. Vgl. auch ebd., S. 10, 91f., 121, 123, 160.
103 Harms (2000), S. 122.
104 Harms (2000), S. 123.
105 Harms (2000), S. 124.

Eugen Paschukanis: Allgemeine Rechtslehre und Marxismus. Versuch einer Kritik der juristischen Grundbegriffe.

Freiburg: ça ira Verlag 2003, 200 Seiten, 17 Euro

Materialistische Staatskritik nimmt im ohnehin schon konfusen marxistischen Bretterverschlag eine seltsame Stellung ein: niemand würde behaupten, dass sie neben der politischen Ökonomie nicht eine zentrale Position im Unterfangen einer gesellschaftlichen Gesamtkritik zu erlangen hätte. Trotzdem liegt sie brach. Immerhin ist jetzt (zum wievielten Mal eigentlich?) ein Klassiker der marxistischen Literatur neu aufgelegt worden. Eugen Paschukanis „Allgemeine Rechtslehre und Marxismus“ ist nicht zuletzt deshalb ein so beliebtes Buch, weil es auf präzise Weise Marxsche Wissenschaftstheorie an eine konkrete Fragestellung heranbringt.

Betrachtet man die Ergebnisse marxistischer Literatur des letzten Jahrhunderts, so kommt man zu dem Schluss, dass dieses Heranbringen allgemein scheinbar sehr schwer gelingt (und im Besonderen auch , was - nur nebenbei bemerkt - verwundert, weil sich die Marxsche Wissenschaftstheorie doch geradezu anzubieten scheint, gesellschaftliche Phänomene in einen kausalen Zusammenhang zu bringen. Wenn es nun - wie im Falle der „Allgemeinen Rechtslehre“ - gelingt, ist das Ergebnis um so besser und unmissverständlicher. Jedenfalls ist Paschukanis’ Buch nicht nur beliebt, es ist auch in vielerlei Hinsicht ausgezeichnet.

Paschukanis hat sich 1923 - der Zeitpunkt ist nicht zufällig -bemüht, ein Feld zu bestellen, das bisher von NeukantianerInnen und PositivistInnen besetzt war. Natürlich befand sich damals die marxistische Wissenschaft insgesamt in einer kurzen Phase der gesellschaftlichen Etablierung, und vermutlich bildeten praktische Fragen des jungen Sowjetstaates den Hintergrund für die systematische Behandlung des Rechts. Aber Paschukanis leistet keine praktische Anleitung, und er bietet auch keine bloß formale Übernahme Marxscher Kategorien, in die er sein spezifisches Thema hineinpresst. Ersteres wäre für einen gebildeten Marxisten, wie es Paschukanis nun einmal war, nicht möglich gewesen: geht es doch um die Feststellung, „die durch logische Abstraktionen ausgedrückte Rechtsform ist ein Produkt der realen oder konkreten Rechtsform (...), der realen Vermittlung der Produktionsverhältnisse.“

Zweites könnte schon eher nahe liegen, wie andere Marxisten bewiesen haben. Doch grade gegen sie wendet sich Paschukanis vehement: So hält er Karl Renner dessen technizistischen Rechtsbegriff vor (den dieser später als wiederholt praktizierender Notnagelpräsident freilich gut brauchen konnte), und erklärt allgemein, dass „die wenigen Marxisten, die sich mit der Rechtslehre beschäftigen, den Versuchungen scholastischer Weisheit erlegen“ seien. Den Fehler begeht Paschukanis nicht. Seine Analyse ist strikt staatskritisch. Das setzt sozusagen die Kritik der bestehenden Rechtslehren voraus, und diese Auseinandersetzung mit herrschenden rechtstheoretischen Schulen dürfte auch für WissenschaftshistorikerInnen von hoher Bedeutung sein.

Es verwundert nicht, dass die breite Rezeption von Paschukanis Buch in den zwanziger Jahren durch die Tendenz gekennzeichnet war, den kritischen Stachel darin langsam zu entfernen. Es verwundert auch nicht, dass Paschukanis selbst im Stalinismus bald keinen Platz mehr hatte und schlicht im Gulag verschwand (wie viele andere kritische Intellektuelle auch). Eine biographische Notiz am Ende des Buches bringt ein wenig Licht in den Lebensweg des Autors. Und eine kluge Einleitung macht darauf aufmerksam, dass Paschukanis Buch selbst einer Revision bedarf: die Entwicklung des Volksstaats, der totalen Vergesellschaftung konnte von Paschukanis noch nicht vorhergesehen werden. In dem Vorwort wird auch versucht, die zeitgemäße Reformulierung von „Allgemeine Rechtslehre und Marxismus“ zu skizzieren. Lauter Umstände, die das Buch äußerst empfehlenswert machen.

Thomas König

Jutta Sommerbauer: Differenzen zwischen Frauen. Zur Positionsbestimmung und Kritik des postmodernen Feminismus.

Münster: Unrast-Verlag 2003, 136 Seiten, 13 Euro

Jutta Sommerbauer hat den hohen Anspruch, den Feminismus als kritische Theorie wiederherzustellen. In den postmodernen Diskussionen sieht sie zwar ein berechtigtes Aufwerfen problematischer Elemente früherer Formen des Feminismus, aber zugleich den Verlust der Kritikfähigkeit. Ihrer Ansicht nach sollte feministische Theorie das Geschlechterverhältnis darstellen und analysieren und damit zu einer praktischen Kritik und zu einer Veränderung der patriarchalen Gesellschaft führen. Da der postmoderne Feminismus nur „mikropolitisch und kulturalistisch" orientert sei, könne er nicht dabei helfen, die gesellschaftstheoretische Positionierung feministischer Wissenschaft weiterzuentwickeln (S. 15). Die Postmoderne und auch der postmoderne Feminismus wolle hierarchische, binäre Oppositionen dekonstruieren. Es wird bezweifelt, daß Geschlecht eine „relevante Strukturkategorie in der Aufdeckung und Kritik von Herrschaftszusammenhängen" ist, was sich besonders an den Institutionalisierungsprozessen wie Gleichstellungspolitik, Gender Mainstreaming, Frauenbeauftragten zeige (S. 37). Es werden Unterschiede zwischen Frauen positiviert, während soziale Institutionen, gesellschaftliche Strukturen und ökonomische Bedingungen durch die postmoderne Theorie vernachlässigt werden.

Die feministischen Diskussion liefen unterschiedlich im angloamerikanischen und im deutschsprachigem Raum. Während in den USA die postmoderne Debatte auch durch die Kritik der *Women of Colour* am weißen (Mittelschicht)-Feminismus angestoßen wurde, wurde die deutschsprachige Rezeption von der Diskussion um Judith Butlers *Gender Trouble* dominiert. Dabei wird die Frau als Subjekt in Frage gestellt, die gemeinsame Identität, das Wir-Gefühl der Frauen erschüttert. In einem Einschub behandelt Sommerbauer die „Szenen von Theorie-Ehen", wobei sie zeigt, daß diese „Ehen" immer einseitig waren. Marxismus und Feminismus wurden als eins betrachtet, es ist aber zu keiner Verschmelzung gekommen, sondern der Feminismus wurde nur als eine Theorie mit partikularem Teilanspruch gesehen, ums Ganze ging (und geht) es dem Marxismus. Dasselbe Verhältnis besteht zwischen feministischer und postmoderner Theorie, auch dort wird nur die „untergeordnete Integration der feministischen Theorie in ein männlich dominiertes Theoriegebäude"[1] vollzogen (S. 55). Die Postmoderne mit ihrer Propagierung der vielfältigen Möglichkeiten des Lebens taucht genau zu dem Zeitpunkt auf, als sich die Lebensverhältnisse im Kapitalismus zu verändern begonnen haben. Die Individualisierung, Multikulturalisierung und Pluralisierung der Lebensstile liegt weniger in einem selbstbestimmten Wertewandel, sondern in der Dynamik des globalen Akkumulationsprozesses und den damit verbundenen Umstrukturierungen (S. 68ff, Sommerbauer bezieht sich dabei auf Hirsch: Der nationale Wettbewerbsstaat. Berlin 1998). Die Postmoderne korreliert somit mit der neoliberalen Theorie und Praxis. Der Feminismus betreibt dabei noch eine weitere Verengung, indem er sich auf die Vervielfältigungen der (weiblichen) Identitäten bezieht. Die Kritik der Kategorien wird nur als innerfeministische Auseinandersetzung betrachtet und bezieht sich nicht auf die Neuordnung kapitalistischer und geschlechtlicher Herrschaftsverhältnise, mit der das intellektuelle und gesellschaftliche Klima der Postmoderne verbunden ist (S. 75).

Weiter wird kein Ausweg aus der Gleichheits-Differenz-Debatte gezeigt, im Gegenteil, die Differenzen, die sich zuerst auf das gemeinsame „Wir" Frau bezogen haben, werden jetzt vervielfältigt. So geht die Kritik am androzentrischen Universalimus in einen haltlosen Partikularismus über. In der Diskussion in den USA wird das im Zusammenhang mit der dortigen gesellschaftlichen Situation gesehen, weil die Anerkennung als identitäre soziale oder gesellschaftliche Gruppe an das dortige System des Wohlfahrtsstaates angepasst ist, an den Bezug von Unterstützung und soziale Umverteilung. Der dekonstruktivistische Ansatz (u.a. von Judith Butler) hat zwar den Anspruch, Identitäten und

Differenzen aufzulösen, tatsächlich werden aber die Differenzen, die Brüche zwischen Frauen nur verstärkt. Die Vervielfältigung der Identitäten ist angepasst an die geforderte Flexibilität in Arbeit und Leben im Postfordismus. Der Schwerpunkt, der in der Kritik der eigenen Identität liegt, erlaubt nur einen „Seiltanz“ zwischen dem Anprangern der sozialen Verhältnisse und der Kritik der Identität, mit der diese Strukturen verbunden sind.

Die Perspektive sieht Sommerbauer darin, die Unterschiede zwischen Frauen wahrzunehmen, die von postmodernen Feministinnen aufgeworfenen Fragen zu beachten, aber in einen gesellschaftskritischen Kontext zu setzen. In den praktischen Aktivitäten soll trotzdem an einem gemeinsamen Konzept („Frauen“) angesetzt werden. Dabei soll das „Wir“ nicht am „Wesen“ der Frau ansetzen, sondern an der gemeinsamen gesellschaftlichen Situation der Diskriminierung (S. 122, Sommerbauer bezieht sich auf Nagl-Docekal: Feministische Philosophie. Frankfurt 2000). Eine Schwäche postmoderner feministischer Theorien ist tatsächlich, daß das Geschlechterverhältnis nicht in Bezug zur herrschenden kapitalistischen Ordnung gestellt wird. Insofern ist dieses Buch eine wichtige Anregung, daß auch in der Theorieproduktion von Frauen über den feministischen Tellerrand hinausgeschaut wird. Umgekehrt sollte sich auch die „männliche“ Theorie mit dem Zusammenhang von Geschlechterordnung und Kapitalismus beschäftigen, damit wir über die Kapitalismus-Bindestrich-Patriarchat-Analysen hinauskommen. Konkrete Anhaltspunkte dazu werden auch in Sommerbauers Buch nicht geliefert, was der Autorin jedoch nicht vorzuwerfen ist.

Robert Foltin

1 Wobei das insbesonders für die Theorie Judith Butlers nicht gilt, im Zusammenhang mit Queer Theorie wird gerade sie geschlechterübergreifend rezipiert.

Gerald Faschingeder, Karin Fischer, Johannes Jäger, Alexandra Strickner (Hrsg.): Bewegung macht Geschichte. Globale Perspektiven für Gesellschaftsveränderung,

Wien: Mandelbaum - Edition Südwind 2003, 180 Seiten, 14 Euro

Der Sammelband, herausgegeben von Wiener WissenschaftlerInnen mit entwicklungspolitischem Background erhebt den Anspruch, „dem gesellschaftlichen Veränderungspotenzial dieser neuen sozialen Bewegung nachzugehen“. Gemeint ist die, 1999 in Seattle ihren Ausgangspunkt nehmende, gegen die neoliberale Globalisierung und ihre Institutionen gerichtete und sich nicht zuletzt in den Sozialforen manifestierende „globalisierungskritische Bewegung“. Der Sammelband ist in drei Teile gegliedert:

1. Struktur und Handlung: Der politökonomische Kontext für Gesellschaftsveränderung Ausgehend von politisch-ökonomischen Analysen soll der Rahmen des Projekts „Globalisierung“, d.h. der Transformation ökonomischer sowie politischer Herrschaft in der Gegenwart abgesteckt werden. Die behandelten Bereiche sind jene der National(wohlfahrts)staatlichkeit (Andreas Novy), der Europäischen Union (Hans-Jürgen Bieling) sowie der ökonomischen Transformation als Krisenbewältigungsstrategie (Christof Parnreiter).

2. Soziale Bewegung: Historische Dimensionen, regionale Unterschiede Die drei Beiträge dieses Teils behandeln drei Phänomene sozialer Bewegung: die Transformation kämpfender Subjektivität von der ArbeiterInnenklasse zu den Neuen Sozialen Bewegungen bzw. „Von der ‚Revolution’ zur ‚sozialen Bewegung’?“ (so der Titel des Beitrags von Gerhard Melinz), die Transnationalität sozialer Bewegungen (Frieder Otto Wolf) sowie „Das Beispiel Lateinamerika“ (Dieter Boris) als „regional“-politisch orientiertem Zugang.

3. Von der Analyse zur Praxis: Ausgewählte Handlungsfelder der Globalisierungskritik Die drei Beiträge zu diesem Kapitel sind von kollektiven AutorInnen verfasst. Joachim Becker, Karin Fischer und Johannes Jäger versuchen die gesellschaftsverändernden Potenziale von Wissen und deren ProduzentInnen, den Intellektuellen, aufzuzeigen, Gerald Faschingeder und Alexandra Strickner widmen sich einem verwandten Themenkomplex, nämlich „Wissenskritik, Gegenöffentlichkeit und alter-

native[n] Vermittlungsformen". Der das Buch beschließende Beitrag stellt ein „work in progress" (S. 180) dar, in dem Karin Fischer und Johannes Jäger (an Entstehung und Weiterentwicklung des Textes arbeite(te)n mehrere AutorInnen mit) versuchen, „mögliche Ursachen für verschiedene (in der globalisierungskritischen Bewegung existierende, Anm. d. A.) Positionen auszuloten, aber auch tiefer liegenden Gemeinsamkeiten nachzugehen"(S. 172).

Im Folgenden soll versucht werden, in einem „großen Bogen" Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Texten herauszuarbeiten und kritisch zu reflektieren. Dabei soll auf drei Beiträge genauer eingegangen werden, in denen die Stärken aber auch die Schwächen des vorliegenden Bandes besonders deutlich sichtbar werden.

Der Beitrag von **Andreas Novy**, „Der umkämpfte Wohlfahrtsstaat", verfehlt - es mag an der gebotenen Kürze seines Textes liegen - sein mögliches Ziel, eine Darstellung des widersprüchlichen Terrains „Staat" einerseits als Raum der Möglichkeit von Teilhabe, andererseits als „Staat des Kapitals" (Johannes Agnoli), dessen spezifisch kapitalistische - und damit ausbeuterische - Formbestimmungen sich letztlich durchsetzen *müssen.* Einerseits gelingt es Novy nicht, die oft unkritische Übernahme durchaus problematisierungswürdiger Begrifflichkeiten des politikwissenschaftlichen Mainstreams (Souveränität, Demokratie, Wohlfahrtsstaat, Aufklärung, etc.) mit seiner kritischen Absicht zur Deckung zu bringen, andererseits nimmt die explizite und ebenso falsche Vorstellung Michel Foucaults als „typischen Vertreter der 1968er-Bewegung" (S. 47) und den für ihn damit in Verbindung stehenden „naiven Vorstellungen der Blumenkinder" (S. 48) seiner Argumentation viel von ihrer Plausibilität. Die Annäherung an die Widersprüchlichkeit des staatlichen Transformationsprozesses im Neoliberalismus gelingt Novy nicht und eine grundsätzliche Kritik von (kapitalistischer) Staatlichkeit rückt somit aus dem Blickfeld.

Im „historisch-regionalen" Teil des Buches arbeitet **Gerhard Melinz** die historischen Zyklen von antisystemischen Bewegungen heraus. Seine Darstellung der aktuelle Transformation widerständiger Subjektivitäten im Postfordismus (Von der „Revolution" zur „sozialen Bewegung") leistet dabei zweierlei: Der Autor arbeitet sowohl die historischen Widersprüchlichkeiten zwischen „reformistischen" und „revolutionären" Bewegungen und ihr heutiges Fortwirken heraus, als auch das zunehmende Verschwinden dieser Dichotomie. Mit starkem Bezug auf die Weltsystemperspektive (Wallerstein, Arrighi, ...) beschreibt Melinz auf erfrischend lesbare Art und Weise einen historischen Bogen, der nicht in einem Ende der Geschichte gipfelt, sondern diese als einen umkämpften und offenen Prozess darstellt.

Den theoretischen Kern oder auch die Achse, um die sich die Themen des Bandes gruppieren, stellt der Gemeinschaftstext von **Joachim Becker, Karin Fischer** und **Johannes Jäger** dar. In ihm verdichten sich methodische, politstrategische und „kritische" Aspekte zu einer vorläufigen (mehr ist auf knapp 20 Seiten wohl auch nicht zu leisten) Standortbestimmung gesellschaftskritischer Wissenschaft. Die an Gramsci angelehnte Analyse der Hegemoniekämpfe um die Durchsetzung ideologischer Formationen über das kulturelle/intellektuelle Feld stecken dabei konzise das Terrain kritischwissenschaftlicher Produktion ab. Methodisch orientiert an Regulationstheorie und Weltsystemanalyse geht es um die Erarbeitung „theoretische[r] Ordnungsrahmen [..], die sowohl die Struktur- als auch die Handlungsdimension von Gesellschaft integrativ behandeln können." (S. 150) Nicht ganz nachvollziehbar bleibt jedoch die Kritik an Negri/Hardt: In seltsam altbacken-marxistisch anmutender Manier werden Negri (Co-Autor Michael Hardt wird kaum erwähnt) „Ökonomismus" (S. 147) und revolutionärer „Attentismus" (S., 148) vorgeworfen: „Ist die Revolution unvermeidlich, so braucht man nur zu warten." (ebd.) Derartige Untergriffe (wie auch der Hinweis auf die „wohlwollende" Aufnahme von *Empire* in der „konservativ-liberalen Presse") verstellen sowohl die Sicht auf die - selbstverständlich kritisierbaren - Formen politischer Aktivität, welche sich auf die Theorien Negris beziehen, als auch auf die zentrale ideologie- und staatstheoretische Dimension der postoperaistischen Theoriebildung. Den italienischen Disobbedienti „hoffnungsfrohes Warten" (ebd.) zu unterstellen wäre wohl ebenso frivol wie die Etikettierung „ökonomistisch" in Bezug auf Hardt /Negri´s Buch „Die Arbeit des Dionysos".

Grundsätzlich bedenkenswert erscheint uns der „Gendergap": Die „sexistische Seite" der neoliberalen Globalisierung und die Vielzahl existierender feministischer Erklärungs- und Politisierungsansätze als Antwort darauf bleiben nämlich leider ebenso ausgeblendet wie die Transformation rassistischer Segregationsmechanismen und die Chancen ihrer Bekämpfung. Dennoch bietet „Bewegung macht Geschichte" einen gut lesbaren und breiten Überblick über Theorie, Geschichte und mögliche Perspektiven der globalisierungskritischen Bewegung und dankenswerter Weise bleiben auch radikalere Ansätze nicht ausgeblendet. Nur vom Umschlag darf mensch sich nicht abschrecken lassen.

Martin Birkner, Michael Zakel-Reip

Subcomandante Insurgente Marcos
Drei Fabeln von Don Durito[1]

Die Geschichte von der winzigen Maus und der winzigen Katze
(7. August 1995)

Don Durito aus Lakandonien, fahrender Ritter, Zurechtbieger allen Übels, der Frauen rastloser Traum, der jungen Männer Vorbild, Letzter und Größter jener exemplarischen Rasse, die die Menschheit mit kolossalen und selbstlosen Bravourstücken emporhob, der Käfer und Kämpfer des Mondes, schreibt Euch.

Ich habe meinem treu ergebenen Knappen, den Ihr „Sup Marcos" nennt, aufgetragen, Euch einen Gruß in einem Schreiben zu übermitteln, mit all den Erfordernissen für zeitgenössische Diplomatie, mit Ausnahme schneller Eingreiftruppen, ökonomischer Programme und Kapitalflucht. Nichtsdestotrotz will ich Euch ein paar Zeilen aus dem einzigen Grund schreiben, daß der Geist Eure Gemüter mit guten und vornehmen Gedanken fülle. Deshalb schicke ich Euch die folgende, mit reichen und unterschiedlichen Bravourstücken gespickte Geschichte. Die Geschichte ist ein Teil der Sammlung Geschichten für eine Nacht des Erstickungstodes (die wahrscheinlich in näherer Zukunft nicht veröffentlicht werden wird).

Die Geschichte von der winzigen Maus und der winzigen Katze

Es war einmal eine winzige Maus, die sehr hungrig war und ein winziges Stück Käse essen wollte, das in der winzigen Küche eines winzigen Hauses war. Wüst entschlossen begab sich die winzige Maus in die winzige Küche, um das winzige Stück Käse zu schnappen. Allein, es geschah, daß eine winzige Katze ihren Weg kreuzte, und die winzige Maus wurde sehr ängstlich und lief davon und konnte das winzige Stück Käse nicht aus der winzigen Küche mitnehmen. Da dachte die winzige Maus darüber nach, was zu tun sei, um das winzige Stück Käse aus der winzigen Küche zu holen, und sie überlegte, und sie sagte:

„Ich weiß. Ich werde einen kleinen Teller mit ein wenig Milch aufstellen, und die winzige Katze wird die Milch zu trinken beginnen, weil winzige Katzen ein wenig Milch sehr sehr lieben. Und dann, wenn die winzige Katze das wenig Milch trinkt und nicht aufpaßt, gehe ich in die winzige Küche, um das winzige Stück Käse zu schnappen und es zu essen. Das ist eine seeeeehr gute Idee", sagte sich die winzige Maus.

Und dann sah sie nach der Milch, aber es stellte sich heraus, daß die Milch in der winzigen Küche war, und als die winzige Maus in die winzige Küche gehen wollte, kreuzte die winzige Katze ihren Weg, und die winzige Maus war sehr verängstigt und lief davon und kam nicht an die Milch heran. Da dachte die winzige Maus darüber nach, was zu tun sei, um das winzige Stück Käse aus der winzigen Küche zu holen, und sie überlegte, und sie sagte:

„Ich weiß. Ich werde einen winzigen Fisch sehr weit wegschleudern, und dann wird die winzige Katze dem winzigen Fisch hinterherlaufen, weil winzige Katzen winzigen Fisch sehr sehr lieben. Und dann, wenn die winzige Katze den winzigen Fisch ißt und nicht aufpaßt, gehe ich in die winzige Küche, um das winzige Stück Käse zu schnappen und es zu essen. Das ist eine seeeeehr gute Idee", sagte sich die winzige Maus.

Dann sah sie nach dem winzigen Fisch, aber es stellte sich heraus, daß der winzige Fisch in der winzigen Küche war, und als die winzige Maus in die winzige Küche gehen wollte, kreuzte die winzige Katze ihren Weg, und die winzige Maus war sehr verängstigt und lief davon und kam nicht an den winzigen Fisch heran.

Und da sah die winzige Maus, daß das winzige Stück Käse, die Milch und der winzige Fisch, daß alles, was sie wollte, in der Küche war, und sie kam dort nicht hin, weil es die winzige Katze niemals erlauben würde. Und da sagte die winzige Maus: „Genug!" und griff nach einem Maschinengewehr und schoß die winzige Katze zusammen und ging in die winzige Küche, und sie sah, daß der winzige Fisch, die Milch und das winzige Stück Käse verdorben und ungenießbar waren. Also kehrte sie zur winzigen Katze zurück, schnitt sie in Stücke und richtete einen großen Braten an. Dann lud sie all ihre Freundinnen und Freunde ein, und sie feierten und aßen die gebratene winzige Katze, und sie sangen und tanzten, und wenn sie nicht gestorben sind, dann leben sie noch heute.

Und es war einmal...

Das ist das Ende der Geschichte und das Ende dieses Sendschreibens. Ich will Euch daran erinnern, daß die Trennungen zwischen Ländern nur dazu da sind, die Verbrechen der Kontrabanden zu illustrieren und dem Krieg einen Sinn zu liefern. Offensichtlich gibt es zumindest zwei Dinge, die größer als Grenzen sind: das eine ist das als Moderne verkleidete Verbrechen, das Elend weltweit verteilend; das andere ist die Hoffnung, daß es Scham nur gibt, wenn jemand einen kühnen Tanzschritt wagt, und nicht jedesmal, wenn wir in den Spiegel blicken. Um das erste zu beenden und das zweite zur Blüte zu bringen, müssen wir nur besser kämpfen. Der Rest folgt seinem eigenen Takt und füllt üblicherweise Bibliotheken und Museen.

Es ist nicht nötig, die Welt zu erobern, es genügt, sie neu zu machen...

Vale. Gesundheit, und wißt, daß ein Bett nur Vorwand für Liebe; daß eine Melodie nur Zierde des Tanzes; und daß Nationalismus einfach nur ein den Umständen geschuldeter Fehler im Kampf ist.

P.S.

Bitte entschuldigt die Kürze dieser Briefe. Ich muß mich nämlich um meine Expedition kümmern, da ich diesen Winter in Europa einfallen werde. Was haltet Ihr von einer Landung am nächsten Neujahrstag?

Die Geschichte vom Kalten und vom Heißen Fuß (27. Oktober 1995)

Allmählich beginnt sich die Dämmerung selbst zu verfolgen. Kälte und Dunkelheit bedecken die Wacht eines galanten fahrenden Ritters und die Sorgen seines gebeutelten Knappen. Keiner findet den Mond, und dem Blitz folgt Donner. Schlamm erneuert sich durch Regen, und der Weizen mit einem Kuß. Durito studiert die Zeitungen, kaut an seiner Pfeife und sieht mich vorwurfsvoll an. „Du hast also einen Skandal verursacht, wie jene, die Geschichte schreiben!“ sagt er, während er die Zeitung weglegt.

„Ich?“ sage ich und gebe mich seeeeehr besorgt um meinen gerissenen Stiefel.

„Natürlich! Wer sonst? Wieder einmal hast du bewiesen, daß du, wenn du sprichst, dieselbe Raffinesse an den Tag legst wie eine Elefantenherde im Porzellanladen. Und nicht nur das. Deine Schwachsinnigkeit hat es einer Lawine mittelmäßiger Gemüter erlaubt, anderthalb Idiotien über die Halbidiotie zu verkünden, die du von dir gabst - „

„Ich... Was geschehen ist: sie haben mich nicht verstanden! Ich wollte nicht sagen, was ich sagte, sondern sagen, was ich nicht sagte, und daher sagte ich nicht, was ich sagen wollte, und sagte, was ich nicht sagen wollte...“ Ich suche mich zu rechtfertigen, während ich meine Scham im Loch - bezweifelt das irgendwer? - meines linken Stiefels verstecke.

„Schwachsinn! Diese Erwägung hat dieselbe Logik wie die eines PRI-Abgeordneten, der seine Stimme gegen die Senkung der IVA[2] erklärt.“

Ich bleibe ruhig und beginne, mit einem kleinen Stock Spiralen und kleine Kreise in den Boden zu zeichnen. Durito hat Mitleid mit mir und klopft mir auf die Schulter. Um das zu tun, muß Durito auf meinen Arm klettern und die Patronengürtel lockern. Er sitzt neben dem Kragensaum und sagt:

„Ach, mein lieber tolpatschiger Knappe, Sprechen ist eine schlüpfrige und problematische Sache. In Wirklichkeit sollte man nur mit Frauen sprechen, den einzigen Wesen, bei denen das Schlüpfrigsein und in Probleme geraten lohnt. Um mit einer Frau zu sprechen, sollte man es nah an ihrem Ohr tun. Auf diese Weise wird das, was du sagst, nicht so viel ausmachen wie die warme Nähe ihres Nackens. In der Politik bergen Worte viele Fallen und Verhedderungen, und nicht nur die zu uns gesprochenen, sondern die wir sprechen. Und, da wir von Politik sprechen, fällt mir eine Geschichte ein, die für das Buch, das du vorbereitest, hilfreich sein könnte, das, wenn ich mich recht entsinne, Geschichten für eine Nacht des Erstickungstodes heißen soll.“

Ich seufze, wortlos einverstanden, eine weitere Geschichte Duritos zu erdulden; aber er glaubt, es ist, weil ich von den Aussagen gegen Don Porfirio ermüdet sei, deshalb fährt er fort. Er räuspert sich und befiehlt mir, Kugelschreiber und Bleistift zu nehmen. Während er diktiert, schreibe ich die Geschichte namens...

Die Geschichte vom Kalten und vom Heißen Fuß

Es waren einmal zwei Füße, die waren zusammen. Sie waren zusammen, aber nicht vereint. Der eine war heiß, der andere kalt. Der kalte Fuß sagte zum heißen: „Du bist sehr heiß.“ Und der heiße Fuß sagte zum kalten: „Du bist sehr kalt.“ So haderten sie miteinander, als Hernán Cortes ankam und beide verbrannte.

„Ist sie aus?“ frage ich ungläubig.

„Natürlich! Das ist eine Geschichte, nicht eine deiner Pressekonferenzen“, antwortet er.

Ich blicke ihn vorwurfsvoll an. Er sagt:

„Genug. Laß gut sein. Laß mich nachdenken... mmmh, mmmh, ich weiß! Schreib am Schluß: ‚Und wenn Hernán Cortes nicht gestorben ist, dann lebt er noch heute... und das ist nicht das Ende der Geschichte.’“

„Ist es nicht?“ frage ich ihn, derweil ich das Papier in meine Taschen stecke.

„Natürlich nicht! Es gibt noch immer viele kalte und heiße Füße, also könnte Hernán Cortes eine *seeeeehr* unerfreuliche Überraschung erleben.“

„Wenn wir schon über unerfreuliche Dinge sprechen“, unterbreche ich ihn, „in einer Zeitung beschwert man sich über dich.“

„Über mich? Wer wagt sich über einen fahrenden Ritter zu beschweren, der das Verlangen junger und alter Maiden ist, in den Träumen großer und kleiner Kinder auftaucht und von allen Edelmännern aller Zeiten geschätzt wird?“

„Gut, man beschwert sich nicht direkt über dich. Sie sagen nur, daß überall schon genug von Durito ist. Jedenfalls wollen sie, daß ich dich in meinen Briefen ausspare...“

Durito läßt mich nicht fortfahren und brüllt mir ins Ohr:

„Halt’s Maul, du unverschämter Feigling! Nur ein Gassenbub wie du kann glauben, daß respektable Menschen die Geschichten meiner Meisterleistungen, meine unbestrittene Sympathie und die profunde und tiefe Weisheit meines Diskurses nicht goutierten.“

„Aber Durito! Nicht ich hab’ an solch Absurditäten gedacht! Stell dir vor, daß es eine gewisse Person geben könnte - eine reine Hypothese -, die nicht mit demselben Enthusiasmus reagiert wie...“

Durito unterbricht wieder.

„Gut, ich gebe zu, es ist möglich, daß ein gewisses Wesen existieren könnte, das nicht an mir oder meinen Meisterleistungen interessiert sein könnte. Also sollten wir etwas unternehmen, um deinen Rang, du unverschämter Tölpel, mit meinem, einem großen fahrenden Ritter, zu vergleichen.“

„Mit dem ‚Ritter’ bin ich einverstanden, aber erlaube mir, das ‚groß’ zu bezweifeln.“

„Ich spreche von der Natur meiner Ideale, du Kretin.“

„Gut, was schlägst du vor?“

„Eine *consulta.*“.“

„Eine *consulta.*“? Aber Durito... man wird das für einen Scherz halten...“

„Kein weiteres Wort! Es soll eine *consulta.*“ geben. National, international und interplanetarisch. Und die Frage soll sein:

Erstens: Sollte El Sup die Durito-Geschichten aus seinen Briefen tilgen?

Zweitens: Sollte das verachtungswürdige Geschöpf, das Duritos Verschwinden aus den Geschichten zu fordern wagt, in einem Inferno umkommen, welches Dantes’ als Gefriertruhe erscheinen läßt?

Das sind zwei mit „Ja“, „Nein“ oder „Ich weiß nicht“ zu beantwortende Fragen.“

„Und wohin sollen die, die wollen, ihre Briefe schicken?“ frage ich skeptisch.

„In mein Büro: Don Durito aus Lakandonien, Hoyito von Huapac Nr. 69, Berge des mexikanischen Südosten, Chiapas, Mexiko.“

Ich sehe, daß Durito äußerst entschlossen ist; also ist es besser für ihn, manches zu klären.

„Was sind Mindest- und Höchstalter zur Teilnahme an der *consulta.*“?“

„Minimum sechs Monate. Maximum eine Minute vorm letzten Atemzug.“

„Aber Durito, glaubst du, ein sechsmonatiger Mensch könnte diese Fragen beantworten?“

„Natürlich! Als ich sechs Monate alt war, schrieb ich schon jene Sonette, die Stürme in Frauenmägen und, paradoxerweise, Ruhe hervorrufen.“

„Aber du bist ein Käfer!“

„Desto mehr spricht für mich! Keine weitere Diskussion! Schreib den Aufruf und füge hinzu, daß alle weiblichen Weisen ihren besten Seufzer dem Stimmzettel hinzufügen sollen... Obwohl, nochmal nachgedacht... Nein, laß die Seufzer besser weg... Wahrlich, so viele Seufzer könnten sich hier in einen Hurrikan

verwandeln und ‚Roxana' wie eine unbedeutende Brise aussehen lassen. Noch besser, laß sie rote Nelken schicken. Vielleicht können wir ein Blumenexportgeschäft aufziehen... Na, was meinst du?"

„Ich glaube, du delirierst. Du bist verrückt geworden", sage ich ihm.

„Mein lieber, dünner Knappe! Der Morgen kann nur Dämmerung werden, wenn es Delirium und Verrücktheit in Mengen gibt", sagt Durito, während er an seinen Platz zurückgeht und sich mit einem *huapac* Blatt bedeckt, aber nicht ohne ein großes, rundes „69" daraufzumalen.

„Gib mir Bescheid, wenn die Antworten eintrudeln. Verdammt! Ich werde dieses süßen Wartens wegen nicht schlafen können", sagt Durito wenige Sekunden, bevor er zu schnarchen beginnt, als sei er eine auspufflose Power-Säge.

Ich bleibe ruhig. Ich entzünde meine Pfeife und inhaliere langsam Erinnerung. Die Dämmerung über mir verdünnt ihre letzten dunklen Graus, weit weg nimmt der Tag einen Biß Horizont, und die Kälte wird lauwarm hier... in den Bergen des mexikanischen Südostens...

Vale abermals. Gesundheit, und mögen sich Verrücktheit und Delirium vervielfachen.

EL SUP, SICH NACH DER BLUME SEHNEND, MIT DER EIN OKTOBER DIE CEIBA SCHMÜCKT.

Die Geschichte vom bohnenbraunen Pferd (9. Jänner 1996)

An diesem nationalen indigenen Forum ist eine Persönlichkeit anwesend, die, weil sie so schüchtern ist, gerade eben den Raum flieht. Ich meine natürlich den sehr großen und geliebten Don Durito aus Lakandonien, den wandernden Ritter und Edelmann, der über die Berge des mexikanischen Südosten galoppiert. Der exaltierteste und würdigste Vertreter des ehrwürdigsten Standes eines fahrenden Rittertums, der stets lebhafte Don Durito, hat mich, seinen Schildträger und Gefährten, gebeten, ein paar Worte in seinem Namen zu Euch zu sprechen. Es ist wegen eines dieser von einem fahrenden Ritter gemachten und gehaltenen Versprechens, daß Don Durito, in Erwartung des Ausgangs der von ihm geforderten intergalaktischen *consulta.*", eine Zeitlang schweigen muß. Ich muß - seine Abwesenheit ausnutzend - sagen, daß seine Stille ziemlich kreischend war und er mir nie einen Morgen zum Ausruhen gönnte, was, wie ich meine, alle guten Schildträger verdienen.

Heute also, als es dämmerte, rauchte ich und dachte darüber nach, wie ich Euch für Euer Kommen danken könnte, als ich plötzlich etwas Eiliges unter der Tür bemerkte, das seltsamerweise wie ein Käfer aussah. Es war... Durito!

Er trug einen alten, zerschlissenen Mantel und einen ziemlich großen Hut - für meinen Geschmack zu groß für ihn - und hielt einen Stock in der Hand. Hastig ließ mich Durito wissen, er sei undercover unterwegs, um seinen vielen Bewunderinnen aus dem Weg zu gehen. Zudem stellte er richtig, daß er keinen Stock, sondern Excalibur trage, sein als Stock verkleidetes gerechtigkeitssuchendes Schwert.

„Aus dem Weg muß du den nationalen Sicherheitsagenten gehen, der PGR, dem Militärgeheimdienst, dem CIA, dem FBI und anderen Undsoweiters, die Veranstaltungen wie diese so gern besuchen", sagte ich, während ich alarmiert sah, wie er einen Beutel Tabak ergaunerte.

„Schnell!" sagte er mir. „Schreib auf, was ich dir sagen werde, ich muß weg!"

Und ohne mir die Möglichkeit zu geben, mich nach dem Grund der Eile zu erkundigen, diktierte Durito...

Die Geschichte vom bohnenbraunen Pferd

Es war einmal ein braunes Pferd, das braun wie eine Bohne war und im Haus eines sehr armen Bauern lebte. Und der arme Bauer hatte ein sehr armes Weib, und sie hatten ein sehr dünnes Huhn und ein lahmes, kleines Schwein. Daher sagte eines Tages das Weib des sehr armen Bauern:

„Wir haben nichts mehr zu essen, weil wir sehr arm sind, also müssen wir das sehr dünne Huhn essen." Also töteten sie das sehr dünne Huhn, bereiteten eine dünne Suppe und aßen sie. Und so ging es ihnen eine Zeitlang gut; aber der Hunger meldete sich zurück, und der sehr arme Bauer sagte seinem sehr armen Weib:

„Wir haben nichts mehr zu essen, weil wir sehr arm sind, also müssen wir das lahme, kleine Schwein essen." Also war das lahme, kleine Schwein an der Reihe, sie töteten es, bereiteten eine lahme Suppe und aßen sie. Und dann war das bohnenbraune Pferd an der Reihe. Aber das bohnenbraune Pferd wartete nicht das Ende der Geschichte ab; es lief einfach davon und in eine andere Geschichte.

„Ist die Geschichte aus?“ fragte ich Durito, unfähig, meine Verblüffung zu verbergen.
„Natürlich nicht. Sagte ich nicht, daß das bohnenbraune Pferd in eine andere Geschichte flüchtete?“ sagte er, als er sich zum Aufbruch anschickte.
„Und?“ fragte ich verärgert.
„Und nichts - du mußt das bohnebraune Pferd in einer anderen Geschichte suchen!“ sagte er und richtete seinen Hut.
„Aber Durito!“ sagte ich, sinnlos protestierend.
„Kein weiteres Wort! Erzähl’ die Geschichte, wie sie ist. Ich kann nicht, weil ich in geheimer Mission unterwegs bin.“
„Heimlich? Worum geht’s?“ fragte ich flüsternd.
„Unverschämter Schurke! Verstehst du nicht, daß es, wenn ich es dir sage, kein Geheimnis mehr ist“, sagte Durito, während er sich aus dem Staub machte.

Durito kennt bereits das Ergebnis der intergalaktischen *consulta.*, die 1995 zu Ende ging. Er weiß, daß er einen gewaltigen und zweifelfreien Sieg errang, was mich dazu verurteilt, weiterhin von seinen Bravourstücken und Abenteuern zu erzählen. Aus diesem Grund ist Don Durito aus Lakandonien schon wieder aufgebrochen, um die Ungerechtigkeiten auszumerzen und die gesamte Welt mit seinen Leistungen zu betören. Der größte Räuber weiblicher Seufzer, das Vorbild der jungen Männer, der Held der Kinder, der große Don Durito aus Lakandonien ist zurück. Ich weiß, daß viele von Euch froh über seine Rückkehr sind, aber für mich ist es kein großes Vergnügen, der Kritzler solch absurder und wunderbarer Geschichten wie dieser zu sein... *Geschichten für eine Nacht des Erstickungstodes.*

Aus den Bergen des mexikanischen Südostens
Subcomandante Insurgente Marcos

1 Übersetzt von Clemens Berger
2 impuesto valor agregado, Mehrwertsteuer

Inhalt der bisher erschienen Nummern der grundrisse:

Nr. 1 Der Begriff der abstrakten Arbeit [Karl Reitter] ~ Die marxschen Schemata [Marcus Gassner] ~ Der schmale Grat [Martin Birkner] ~ Frantz Fanon wiederlesen? [Robert Foltin] ~ Apologie der Erstarrung [Klaus Neundlinger]

Nr. 2 Immaterielle Arbeit, Empire, Multitude. Neue Begrifflichkeiten in der linken Diskussion. Zu Hardt / Negris „Empire". [Robert Foltin] ~ Ursprüngliche Akkumulation im Postfordismus [Beat Weber/Petra Karlhuber] ~ Repräsentation und Multitude [Karl Reitter] Emanzipation als Maßstab jeglicher Organisation [Marcus Gassner] ~ Ehekrise. Zur Geschichte feministischer Marxkritik [Käthe Knittler/Martin Birkner] ~ „Gilt" das „Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate"? [Karl Reitter]

Nr. 3 Die 68er Bewegung - Versuch einer Darstellung ~ Teil 1 [Karl Reitter] ~ „Die Schlächter der Erinnerung" Eine Einleitung zum gleichnamigen Buch von Pierre Vidal-Naquet [Alice Pechriggl] ~ Weltanschauungsmarxismus oder Kritik der politischen Ökonomie? Replik auf Martin Birkner,"Der schmale Grat" [Michael Heinrich] ~ Die Grundstruktur des Marxismus und die Entwicklung der Umweltphilosophie in Japan [Takashi Shimazaki] ~ Humanismus und Terror [Haimo Pergmann] ~ Wie die EDV Konzerne ihre Mehrwertproduktion zu kontrollieren versuchen - ein sehr persönlicher Bericht [Franz Naetar]

Nr. 4 Staat, Kapital und Geschlecht. Eine Bestandsaufnahme feministischer Staatskritik [Evi Genetti] ~ Zum Verhältnis von Kommunikation und Gebrauchswert in der mexikanischen Marxismus-Diskussion [Stefan Gandler] ~ Die Symbolik der Neuen Ökonomie oder wie staatliche Politik neoliberalisiert wird [Johanna Klages] ~ Multitude - Subjektivität gegen das Empire [Robert Foltin] ~ Die 68er Bewegung - Versuch einer Darstellung ~ Teil 2 [Karl Reitter] ~ Wie macht man eine Arbeiterpartei? [Roland Atzmüller]

Nr. 5 Verdopplung und Entgegensetzung - die Staatsthematik in der Marxschen Frühschrift „Zur Judenfrage" [Karl Reitter] ~ Der Staat als Verhältnis? [Roland Atzmüller] ~ Der fünfte Band des Kapitals [Franz Naetar] ~ Wie es uns geht ... Kommentar zu Anne und Marine Rambach - Les intellos précaires. [Günter Hefler] ~ Skizzen zum Staat oder ein als Bericht etwas verunglückter Aufsatz zum „grundrisse"-Staatsseminar nebst einigen kritischen Anmerkungen zu Lenins „Staat und Revolution" [Bernhard Dorfer]

Nr. 6 Asymmetrie der Kriege im Empire (Zu Münkler: Die neuen Kriege) [Robert Foltin] ~ Wo wir stehen. Überlegungen zu John Holloways Buch „Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen" [Karl Reitter] ~ Staatstheorien oder BeckenrandschwimmerInnen der Welt vereinigt euch!" [Ingo Stützle] ~ Unser kleines Jenseits. Das Wir und der Antirassismus, ein Beitrag zur antirassistischen Arbeitspraxis [BUM - Büro für ungewöhnliche Maßnahmen]~ Knietief im Antira-Dispo oder Do you remember Capitalism? [Serhat Karakayali, Vassilis Tsianos]

Nr. 7 Soziale Bewegungen in Österreich: Die fordistische Ordnung [Robert Foltin] ~ Gespräch mit Joachim Hirsch über Staat, Kapital, Kräfteverhältnisse, „Empire", Gramsci und Poulantzas [Redaktion] ~ Ausländer/innenbeschäftigungspolitik und Migration. Zur Rolle des österreichischen Gewerkschaftsbundes und zur Bedeutung von Migration aus Weltsystemperspektive. [Eveline Wollner] ~ Welche politische Bedeutung hat der Antisemitismus heute? [Franz Naetar] Der Hase im Pfeffer: Ein fahrender Ritterkäfer aus dem Lakandonischen Urwald. Anmerkungen zu den Fabeln des Subcomandante Marcos [Clemens Berger] ~ Drei Fabeln von Don Durito [Subcomandante Insurgente Marcos]

Nr. 8 Über revolutionäre Subjektivitäten [Bernhard Dorfer] ~ Bewusstseinsindex oder Klassenkampf? Bemerkungen zur einer erneuerten Klassentheorie [Martin Birkner] ~ Logisch oder historisch? Einführende Bemerkungen zu einer Kontroverse zwischen Michael Heinrich, Hans Georg Backhaus und Wolfgang Fritz Haug [Karl Reitter] ~ Glanz und Elend einer kritischen Theorie. Kritik des Adornismus [Meinhard Creydt] ~ Soziale Bewegungen in Österreich: Differenzierung der Szenen [Robert Foltin] ~ Zwei Fabeln von Don Durito [Subcomandante Insurgente Marcos]

Abobestellungen und Probenummern: grundrisse@gmx.net
K. Reitter, Antonigasse 100/8, A - 1180 Wien
Ein Abo für 4 Ausgaben kostet nur 18 Euro (inkl. Porto)


Die Waffe der Kritik ...